

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

AGEZ **3** Financing for Development –
Swiss Coalition Positionspapier der
VENRO Nichtregierungsorganisationen

Thomas Betz **17** IWF und Weltbank
Anspruch und Wirklichkeit

Elisio Macamo **34** Die Weltbank, der IWF und das
Streben nach Perfektion in
Mosambik

Steffen Wippel **41** Theorie und Praxis "Islamischen
Wirtschaftens"

45 Bücher – Veranstaltung

49 31. Mündener Gespräche

Liebe Leserin und lieber Leser,

mit dieser Ausgabe erhält unsere Zeitschrift für Sozialökonomie ein neues 'Outfit'. Wir hoffen sehr, dass es ihnen zusagt.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in New York wurde deutlich, wie sehr die westliche Welt einerseits gegen die Rezession und andererseits gegen den Terror kämpft. Was jedoch vordergründig wie ein Zweifrontenkampf aussieht, scheint zu einer Doppelstrategie zu werden: Die Rezession wird mit höheren Rüstungsausgaben bekämpft. Zweifellos waren die Terroranschläge in Amerika bestialisch – sie liefern aber mittlerweile auch den Anlass für das Bestreben, die Einbrüche auf den zivilen Märkten der IT-Branche, des Auto- und Flugverkehrs, der Chemieindustrie sowie der Bauwirtschaft durch mehr Rüstung zu kompensieren. Der amerikanische Rüstungs-*etat* wird in diesem Jahr um 48 Mrd Dollar auf geradezu irrsinnige 379 Mrd Dollar erhöht! Und die Europäer sollen ihre Rüstungsanstrengungen ebenfalls verstärken. Das Militärische erhält ein erdrückendes Übergewicht und im gleichen Zuge verliert die Genfer Konvention offenbar ihre Verbindlichkeit.

Wie nicht anders zu erwarten, hat US-Außenminister Colin Powell die amerikanische Militärpolitik auf dem Weltwirtschaftsforum in New York gerechtfertigt; aber zum Terrorismus und dessen Ursachen hat er auch etwas gesagt, was sich von der sonst üblichen Rhetorik von der "Achse des Bösen" wohltuend abhebt: "Wir müssen auch Armut, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit bekämpfen. Der Terrorismus blüht in den Regionen der Verzweiflung." (FAZ vom 2.2.02) Doch was unternehmen die zur "Achse des Guten" gehörenden Länder der westlichen Welt zur Bekämpfung von Armut, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in den übrigen Teilen der Welt? Nach wie vor liegen ihre Entwicklungshilfeleistungen weit unter den von ihnen selbst versprochenen 0,7% ihres

Bruttosozialprodukts. Und bezeichnend ist der geringe Umfang ihrer Hilfe beim Wiederaufbau des zerbombten und geschundenen Afghanistan. Die ganze internationale Gemeinschaft hat auf ihrer Geberkonferenz in Tokio die im Vergleich zu den Rüstungsausgaben wahrlich bescheidene Summe von 4,5 Mrd Dollar als Wiederaufbauhilfe zugesagt – allerdings nicht für das laufende Jahr 2002, sondern für die nächsten fünf Jahre. Pro Jahr steht also gerade mal knapp 1 Mrd Dollar zur Verfügung, wovon im ersten Jahr schon die Hälfte allein für die Beseitigung der überall in Afghanistan verstreuten Landminen benötigt wird. Lässt sich mit den verbleibenden 4 Mrd Dollar ein ganzes Land wieder aufbauen? Wohl kaum. Aber vielleicht genügen sie ja, um Afghanistan zumindest als "Transitland für Erdgas und Erdöl" (FAZ vom 2.2.02) wieder aufzubauen ... Und sehr merkwürdig ist auch, dass die Medien kaum einmal über die Opfer der Streubomben und die Lage der Flüchtlinge berichten.

Parallel zum Weltwirtschaftsforum gab es im brasilianischen Porto Alegre ein Weltsozialforum, an dem sich 60.000 Menschen aus 130 Ländern beteiligten. Es stand unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich". Neben einigen pauschalen Vorurteilen über die USA und 'die Globalisierung' bot es auch ernstzunehmende differenzierte Analysen zum Beispiel der IWF-Politik. Für die Notwendigkeit ihrer Überprüfung bot gerade das krisengeplagte Nachbarland Argentinien Anschauungsunterricht. Die bisherige Politik des IWF und Überlegungen zur Frage, wie sich eine schrittweise nachhaltige Entwicklung finanzieren ließe, sollen auch uns in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigen. Und im Sinne eines Dialogs der Kulturen wollen wir uns auch über einige Grundprinzipien des 'islamischen Wirtschaftens' informieren.

Ihr Werner Onken

"Die USA nutzen den Anti-Terror-Krieg für den Aufbau einer dauerhaften Militärpräsenz im rohstoffreichen Zentralasien."

"Geträumt hatten die Planer im Pentagon schon lange davon, doch der Traum schien selbst für die machtvollen Vereinigten Staaten unerfüllbar zu sein: Eine dauerhafte militärische Präsenz amerikanischer Truppen irgendwo in Zentralasien, vielleicht ein Stützpunkt gar oder zwei, dies würde die strategische Reichweite der USA dramatisch erweitern und vertiefen. Indes: Russland, China und Iran hätten wohl ebenso nachhaltig wie lautstark Bedenken angemeldet, wenn sich Amerika in ihrem Hinterhof breit gemacht hätte. Doch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und Amerikas Krieg in Afghanistan haben anscheinend auch diese so fest gefügten Gewissheiten über den Haufen geworfen. Heute scheint es sich die amerikanische Armee fast schon aussuchen zu können, wo sie mehr oder minder dauerhaft ihre Zelte aufschlagen möchte. Am weitesten ist bisher Kirgisien, der kleinste der aus der sowjetischen Erbmasse hervorgegangenen zentralasiatischen Staaten, den USA entgegengekommen. ... Etwas engherziger hat sich bisher Usbekistan erwiesen, der bevölkerungsreichste und bedeutendste der zentralasiatischen Staaten. ... Eine Präsenz im Herzen des asiatischen Kontinents ist für die Seemacht Amerika deshalb verlockend, weil von hier aus China, Russland, der Subkontinent und der Nahe Osten gleich schnell erreicht werden können. Washington sendet zudem ein Signal an die Regierungen und Regime, dass man gewillt ist, diesmal auf Dauer ein Auge auf die Region zu haben. Das konnte man sich dort freilich schon vorher ausrechnen; schließlich ist Zentralasien mit seinen Öl- und Gasvorkommen ein wichtiger Energielieferant der Zukunft. Amerika hat noch stets lieber seine Hand auf ausländische Energiequellen gelegt als daheim Energie zu sparen. Vergessen scheinen auch die Gelöbnisse, die man zu Beginn des Afghanistanfeldzuges gehört hatte. Damals hatte Washington ständig betont, Amerika werde nicht den Fehler der Sowjetunion wiederholen und sich längerfristig in diesem Land einrichten. Reingehen, Taliban und al-Qaida zerschlagen, wieder rausgehen – so lautete die Maxime. Doch mittlerweile macht das Pentagon kein Geheimnis daraus, dass 'der Job dort unten noch lange nicht erledigt ist'."

Wolfgang Koydl, Amerika in der Region seiner Träume, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.1.2002, S. 8.

AGEZ / Swiss Coalition / VENRO:

Financing for Development (FfD) – Positionspapier der Nichtregierungsorganisationen zur UN-Konferenz am 18.-22. März 2002 in Monterrey/ Mexico*

Einleitung

Die in den NRO-Zusammenschlüssen aus Deutschland (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen / VENRO), Österreich (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit / AGEZ) und der Schweiz (Arbeitsgemeinschaft Swissaid-Fastenopfer-Brot für alle-Helvetas-Caritas / Swisscoalition) versammelten NRO unterstützen den ambitionierten Ansatz der UN, eine Weltkonferenz mit einer umfassenden Agenda zur Diskussion aller für die Entwicklungsfinanzierung des nächsten Jahrzehnts wichtigen Fragen zu veranstalten. Wir halten es für vordringlich, dass diese Konferenz einen Aktionsplan mit konkreten Verpflichtungen für Industrie- und Entwicklungsländer beschliesst und sich geeignete Instrumente zum Monitoring der Umsetzung dieser Verpflichtungen schafft.

Richtschnur unserer Überlegungen und Forderungen sind dabei die im Mai 1996 vom Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD formulierten und auf dem Millenniumsgipfel der UN im September 2000 von der gesamten Staatengemeinschaft unterstützten Ziele, den Anteil der absolut Armen bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu senken und bis zu diesem Zeitpunkt auch weitere wesentliche Fortschritte in Bezug auf eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die deutsche Bundesregierung hat sich diese sog. "International Development Goals" mit der Annahme ihres "Aktionsprogramms 2015" am 4. April 2001 nachdrücklich zu eigen gemacht.

Wir fordern die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz deshalb auf, in

Verfolgung der Millennium-Ziele im Vorbereitungsprozess der FfD-Konferenz eine aktive und konstruktive Rolle – im Falle Deutschlands und Österreichs auch hinsichtlich der Positionsbildung innerhalb der EU – einzunehmen. Dies bedeutet, dass die Regierungen sowohl durch ihre Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in erheblich grosszügigerem Maße als in den 90er Jahren die Eigenanstrengungen der Länder des Südens unterstützen müssen als auch, dass sie durch ein erheblich verstärktes Engagement im Bereich der "Globalen Strukturpolitik" dazu beiträgt, Fehlentwicklungen und Governance-Defizite des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems zu beheben.

Aus NRO-Sicht ist grundsätzlich zu betonen, dass beim FfD-Prozess die Aufbringung von zusätzlichen Mitteln für die Entwicklungsfinanzierung das entscheidende Ziel ist, mit "mehr Geld" aber nur ein Teil des Weges beschritten ist. Zusätzlich erforderlich ist, neue Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln, so dass diese Finanzmittel sachgemäss umgesetzt werden können. Wir messen in diesem Zusammenhang der verstärkten Einbeziehung der Zivilgesellschaft die entscheidende Rolle bei.

Entwicklungsprozesse können nur dann nachhaltige Wirksamkeit entfalten, wenn sie in geeignete nationale und internationale Rahmenbedingungen eingebettet sind. Ohne eine Abkehr der internationalen Finanzinstitutionen von den im "Washington Consensus" verkörperten Zielen und einer gleichzeitigen Hinwendung zu einer stärker regulierenden Rolle staatlicher und supra-staatlicher Instanzen im Sinne einer "Weltordnungspolitik" wird eine verbesserte Finanzierung für Entwicklung vermutlich nur zur Herausbildung neuer globaler Ungleichheiten führen und nicht zu einer sozial gerechten, partizipativen

*) Dieser von Jörg Seifert-Granzin mitverfasste Beitrag stellt eine überarbeitete und erweiterte Fassung seines am 27. Oktober 2001 im Rahmen der 30. Mündener Gespräche gehaltenen Vortrags dar. Eine englische Übersetzung dieses Textes gibt es auf der Homepage www.venro.org/fr_akt.html

und ökologisch tragfähigen Entwicklung aller Menschen in allen Regionen der Welt.

1. Mobilisierung einheimischer Finanzressourcen

1.1 Forderung:

Um ihre Entwicklungsstrategien aus eigener Kraft dauerhaft finanzieren zu können, müssen die Länder des Südens leistungsfähige und sozial gerechte Steuersysteme aufbauen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Steuergesetzgebung vorhandene Selbsthilfemechanismen im informellen Sektor nicht zerstört und somit zur weiteren Verarmung der Bevölkerung beiträgt.

Begründung: Entwicklungsländer verfügen oft nicht über die Kapazitäten, ein effektives und sozial gerechtes Steuersystem aufzubauen. Deshalb stellen Zölle und Verbrauchssteuern, die in erster Linie einkommensschwache Schichten belasten, (neben der ODA) vielfach die Haupteinkommensquellen ihres Staatshaushalts dar. Da Vermögen oder Unternehmensgewinne nur unzureichend besteuert werden, liegt der Anteil der Steuern am gesamten Bruttosozialprodukt in Entwicklungsländern meist deutlich tiefer als in Industrieländern. Um Entwicklungsländern eine Entwicklung aus eigener Kraft zu ermöglichen, müssen die im Land vorhandenen Finanzressourcen durch konsequente Besteuerung zur Bekämpfung der Armut nutzbar gemacht werden. Die Akzeptanz für eine solche Besteuerung kann dadurch gesteigert werden, dass sie sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden orientiert, effizient durchgeführt wird und möglichst wenig Schlupflöcher lässt. Je gerechter ein Steuersystem ist, d.h. je stärker es auf sozialen Ausgleich und die Förderung von Chancengleichheit ausgerichtet ist, desto eher wird es von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Die Industriestaaten können durch eine Ausweitung ihrer Projektzusammenarbeit hinsichtlich Beratung und technischer Hilfe beim Aufbau von Steuersystemen auf nationaler und lokaler Ebene zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, dass die Steuergesetzgebung vorhan-

dene Selbsthilfemechanismen im informellen Sektor nicht zerstört und somit zur weiteren Verarmung beiträgt.

1.2 Forderung:

Um Steuerflucht und schädliche Steuerpraktiken zu verhindern, muss ein für alle Staaten verbindlicher internationaler Rahmen geschaffen werden. Zur Vorbereitung dazu ist auf UN-Ebene eine "International Tax Organisation (ITO)" einzurichten, die sich als Anfangsaufgabe einen verbesserten Informationsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Standards zum Ziel setzen sollte. Langfristiges Ziel ist die Eliminierung aller Praktiken v.a. von "Steueroasen", die die effiziente und sozial gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen in anderen Ländern untergraben.

Begründung: Auf 50 Milliarden Dollar, also genau soviel wie von allen OECD-Staaten an Entwicklungshilfe (ODA) aufgebracht wird, schätzt die britische NGO Oxfam¹ die Verluste, die Entwicklungsländer durch Steuerflucht, internationalen Steuerwettbewerb und schädliche Steuerpraktiken erleiden. Vor allem die "Offshore-Zentren" (OFC), in denen nach Schätzungen Vermögenswerte von 6.000 Milliarden Dollar (d.h. einem Drittel des weltweiten Bruttosozialprodukts) lagern, laden geradezu zur Steuerflucht ein. Nach einem Bericht der OECD vom Juni 2000² gibt es insgesamt 35 Steueroasen weltweit, v.a. in der Karibik (z.B. Aruba, Virgin Islands, St. Vincent und die Grenadinen), aber auch in Europa (z.B. Andorra, Gibraltar, Liechtenstein und Monaco). Insgesamt 13 der 35 Steueroasen sind abhängige Territorien von OECD-Staaten, v.a. von Grossbritannien. Steueroasen schädigen die übrigen Staaten sowohl durch die Förderung von Steuerflucht und Steuervermeidung als auch durch die Ermöglichung krimineller Aktivitäten (z.B. Geldwäsche). Allein 35 Mrd. Dollar entgehen den Entwicklungsländern, weil sie aus Gründen des Wettbewerbs um ausländische Direktinvestitionen geringere Gewinnsteuern erheben als die in den OECD-Ländern üblichen 35%. Eine weltweite Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmens- und Kapitalan-

lagegewinnen und die Einführung von obligatorischen Mindeststeuersätzen könnte sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den meisten Industrieländern die Krise der öffentlichen Kassen deutlich mindern und somit eine entscheidende Voraussetzung zur Erreichung der UN-Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 darstellen.

1.3 Forderung:

Der Zugang zu Kapital für arme Bevölkerungsgruppen, speziell für die Landbevölkerung und für Menschen in den Elendsvierteln der Städte, ist zentral für die soziale Breitenwirkung von Entwicklungsprozessen. Um auch die Armen und die Ausgeschlossenen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen, sollte die bisherige Förderung von Mikrokreditprogrammen beträchtlich ausweitet werden.

Begründung: Mikrokreditsysteme sind darauf angelegt, arme Bevölkerungsgruppen, die keinen Zugang zum formellen Finanzsektor haben, wie die Landbevölkerung und den Menschen in den Elendsvierteln der Städte zu befähigen, aus Not und Armut zu entkommen, indem sie in ihre eigenen kleinen Gewerbe und kleinbäuerlichen Betriebe investieren. Nach Angabe der FAO³ wurden sie im Jahre 1999 von 21 Millionen Menschen weltweit genutzt. 12 Mio. ihrer Kreditnehmer/innen gehören sogar zur Gruppe der extrem Armen, die gezwungen sind, mit weniger als einem Dollar täglich auszukommen. Ca. 70% von ihnen sind Frauen, die oft für den Unterhalt der ganzen Familie aufkommen müssen. Auch wenn die durch Mikrokreditprogramme vergebenen Mittel sich in ihrer absoluten Höhe eher bescheiden ausnehmen, sollte bei entsprechenden Rahmenbedingungen ihre Bedeutung zur Selbsthilfe von armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen – speziell auch unter "gender"-Gesichtspunkten – nicht unterschätzt werden. Der Aufbau von Spar- und Kreditgruppen, die noch unterhalb der Schwelle einer vollständigen Integration der Kreditnehmer in das Marktgeschehen angesiedelt sind und die v.a. von NRO getragen werden, sollte verstärkt in öffentliche Förderprogramme einbezogen wer-

den. Alle Mikrokreditsysteme sollten langfristig darauf abzielen, in den übrigen Banken- und Finanzsektor des jeweiligen Landes eingebettet zu sein. Entsprechend der unterschiedlichen Ausgangslage sollten allerdings unterschiedliche Zinsraten zum Tragen kommen. Die Regierungen in Entwicklungsländern können diesen Prozess unterstützen, indem sie für die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen und die Finanzmarktentwicklung im eigenen Land fördern.

1.4 Forderung:

Die Regierungen von Entwicklungs- und Industrieländern müssen ihre Anstrengungen beim Kampf gegen Korruption und die missbräuchliche Verwendung von öffentlichen Mitteln verstärken. Zur Unterstützung des im Rahmen der OECD begonnenen Prozesses sind auf UN-Ebene geeignete Rahmenbedingungen (z.B. Konventionen zur Bekämpfung von Korruption und zur Rückführung missbräuchlich verwendeter öffentlicher Mittel) zu schaffen.

Begründung: Korruption gilt zu Recht als Musterbeispiel für den Missbrauch von öffentlichen (und privaten) Geldern und damit als schwerwiegendes Entwicklungshindernis. Korruption lässt sich aber nicht allein durch Konditionalität in der EZ bekämpfen, zumal sich hier das Problem der Glaubwürdigkeit stellt, da auch die Industriestaaten immer wieder durch Korruptionsskandale erschüttert werden. Während sich die Schweiz (Rang 12) und Österreich (Rang 15) z.B. auf dem von "Transparency International" Ende Juni 2001 veröffentlichten Korruptions-Wahrnehmungs-Index relativ gut platzieren konnten, liegt die Bundesrepublik Deutschland nur auf Rang 20 von insgesamt 91 erfassten Staaten und ist v.a. aufgrund der Skandale bei der Parteienfinanzierung und der Vergabe öffentlicher Bauaufträge seit 1999 um 6 Plätze zurück gefallen.

Um die innergesellschaftliche Kontrolle in Entwicklungsländern über die Verwendung öffentlicher Mittel zu verbessern oder überhaupt erst herzustellen, ist die Förderung von Demokratisierung essentiell. Nur dort, wo Herrschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung aus-

geübt wird und die Rechte von Minderheiten respektiert werden, lässt sich von "Good Governance" und echter Demokratie sprechen. Die Umsetzung von Good Governance in den Entwicklungsländern muss allerdings auch durch geeignete internationale Rahmenbedingungen gefördert und begleitet werden. Auf UN-Ebene sollte – in Weiterführung der Vorarbeiten der OECD – eine Internationale Konvention zur Bekämpfung von Korruption, die sowohl aktive wie passive Bestechung unter Strafe stellt, abgeschlossen werden. Auf nationaler Ebene sollte gesetzlich untersagt werden, dass eine Steuerabzugsfähigkeit von Bestechungsgeldern (als Kosten resp. gewinnmindernder Aufwand) für Unternehmen ermöglicht wird. Ebenfalls sollte eine UN-Konvention zur Rückführung missbräuchlicher verwendeter öffentlichen Mittel (International Convention for repatriation of misappropriated public funds) vereinbart werden, damit Gelder, die Diktatoren und korrupte Politiker/innen auf ausländische Banken verschoben haben, wieder für die Entwicklung nutzbar gemacht werden können. Auch müssen Entwicklungsländer dazu gedrängt und dabei unterstützt werden, nicht als Steueroasen und Umschlagplätze für kriminelle Kapitalströme zu fungieren. Die "Financial Action Task Force on Money Laundering" (FATF) der OECD hat in ihrem jüngsten Bericht vom 22. Juni 2001 insgesamt 17 Länder und Territorien als nicht kooperativ beim internationalen Kampf gegen die Geldwäsche bezeichnet. Mit Ausnahme von Russland, Ungarn und Israel zählen alle Länder dieser Gruppe zu den Entwicklungsländern.

2. Auslandsinvestitionen und andere private Kapitalflüsse

2.1 Forderung:

Damit ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment/ FDI) eine entwicklungsfördernde Wirkung entfalten können, sind geeignete internationale und nationale Rahmenbedingungen erforderlich. Dazu ist auf UN-Ebene ein Forum einzurichten mit dem Ziel, ein Regelwerk vorzubereiten, das ökologische und soziale Mindestanfor-

derungen für FDI, Portfolio-Investitionen u.ä. definiert.

Begründung: Ausländische Direktinvestitionen können die ODA vielfach sinnvoll ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Da sie immer mit einer Gewinnerwartung verbunden sind, fließen sie nur in sehr begrenztem Umfang in die armen und ärmsten Länder und in für die Armutsbekämpfung wichtige Sektoren wie Bildung und Gesundheit. Direktinvestitionen lassen sich auch nur in begrenztem Masse durch weitere Liberalisierungsschritte anlocken. Die FDI-Ströme in Entwicklungsländer sind zwar laut "World Investment Report 2001" der UNCTAD⁴ im letzten Jahr leicht auf 240 Mrd. Dollar angestiegen, ihr Anteil am weltweiten FDI-Aufkommen ist jedoch mit 18,9% auf den niedrigsten Wert seit 1990 zurückgefallen. Für das Jahr 2001 erwartet die UNCTAD einen starken Rückgang der Direktinvestitionen weltweit, der auch in den Entwicklungsländern die Höhe der FDI-Zuflüsse auf 225 Mrd. Dollar zurückgehen lassen wird. Obwohl afrikanische Regierungen in den letzten Jahren rund 30 Gesetzesänderungen einführt, um die Attraktivität für ausländische Investitionen zu steigern, sank der Anteil Afrikas an den ausländischen Direktinvestitionen im letzten Jahrzehnt von rund 2% auf unter 1% ab.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist nicht jeder Typus von Auslands-Investition gleich nützlich. Portfolio-Investitionen, die im Regelfall im Kauf von Aktien durch Ausländer an lokalen Börsen bestehen, sind entwicklungspolitisch eher zweifelhaft. Ähnlich verhält es sich mit Fusionen und Übernahmen bestehender Unternehmen, die z.B. im Jahre 2000 einen Anteil von 29% der Investitionen in Entwicklungsländern ausmachten.⁵ Aus entwicklungspolitischer Sicht interessant sind v.a. die sogenannten "greenfield investments", also der Bau neuer Fabriken, verbunden mit einem echten Transfer von Kapital, Maschinen, Technologie und Know-how sowie mit lokalen Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur. Je weniger die Umwelt belastet und je mehr gute Arbeitsplätze dauerhaft geschaffen, Steuern entrichtet und Devisen generiert werden, desto größer sind in der Regel die Auswirkungen von Auslandsinvestitionen hin-

sichtlich einer nachhaltigen Entwicklung. Ein internationales Regelwerk für FDI sollte solche sozialen und ökologischen Kriterien enthalten, genauso wie Vorschriften zur Begrenzung der Gewinnrückführung aus Entwicklungsländern in Industriestaaten und zum Einsatz lokaler Ressourcen.

Die NRO widersetzen sich Versuchen von Industrieländern, in der WTO durch GATS (General Agreement on Trade in Services) zu einer Neuaufgabe des gescheiterten MAI⁶ zu gelangen, das den Investoren ein Maximum an Rechten gibt ohne entsprechende soziale und ökologische Verpflichtungen.

2.2 Forderung:

Bestehende Initiativen der Privatwirtschaft zur freiwilligen Selbstverpflichtung auf ein sozial und ökologisch verantwortliches Verhalten in Entwicklungsländern (Codes of Conduct) sind Schritte in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Entscheidend für die Glaubwürdigkeit solcher Verhaltenskodizes ist ihre externe Überprüfung, durch die Belegschaften und externe Fachkräfte. Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft sollten Möglichkeiten zur Verifikation von Prüfergebnissen eingeräumt werden.

Begründung: Im Vorgriff auf ein UN-Regelwerk können freiwillige Initiativen der Privatwirtschaft, wie Verhaltenskodizes, Unternehmensleitsätze etc., schon heute einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, sie können allerdings kein Ersatz für nationale, europäische und internationale Rechtsvorschriften und für alle Unternehmen verbindliche Regelungen sein. Sinnvoll sind solche freiwilligen Regelwerke vor allem dann, wenn ihr Inhalt über die im Rahmen der einschlägigen ILO-Konventionen fixierten "core labour standards" und auch über die Standards der im Jahre 2000 neugefassten "OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen" hinausgeht⁷. Durch Beachtung von über den gesetzlichen Mindestnormen liegenden Standards hinsichtlich von sozialen Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Umweltverträglichkeit und Bewirtschaftung

natürlicher Ressourcen können ausländische Unternehmen beispielgebend nicht nur die wirtschaftliche sondern auch die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen. Wichtig für freiwillige Verhaltenskodizes ist – wie ein Mitte Juli 2001 erschienenes Grünbuch der EU-Kommission zur sozialen Verantwortung der Unternehmen betont⁸ – dass sie auf allen Organisationsebenen und in der gesamten Produktionskette eingehalten werden. Wichtig ist auch, dass diese Regeln transparent entwickelt, ordnungsgemäss umgesetzt und überwacht werden, auch im Rahmen eines mit den Belegschaften und lokalen Gemeinschaften sowie Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft zu führenden kontinuierlichen Dialogs. Eine Publizitätspflicht für Unternehmen, z.B. in Form von Jahresberichten über ihre Tätigkeiten in allen Ländern, in denen sie operieren oder bedeutende Investitionen haben, würden solche freiwilligen Kodizes sinnvoll ergänzen.

Ein hoher Anteil der FDI fließt heutzutage in sog. Offshore-Zentren und in Free Production Zones, in denen Umwelt-, Arbeits- und Steuernormen gelten, die meilenweit von internationalen Standards entfernt sind. Sozial verantwortlich und umweltbewusst handelnde Unternehmen sollten Geschäftsbeziehungen mit in solchen Gebieten angesiedelten Firmen abbrechen.

3. Handel

3.1 Forderung:

Damit die Entwicklungsländer ihre Exporteinnahmen steigern können, ist eine weitere Öffnung der Märkte der Industriestaaten notwendig. Für Exporte der "low-income countries" (LICs) und geographisch benachteiligter Gebiete sollte eine völlige Zoll- und Quotenfreiheit gelten, wie bereits ab März 2001 von der EU (mit Einschränkungen) für die LDCs eingeführt. Freiwillige Initiativen der Industriestaaten zur Verbesserung des Marktzugangs für alle Entwicklungsländer (wie das APS) sollten in das Regelwerk der WTO gebunden werden. Die "capacity to trade" der Entwicklungsländer muss durch geeignete Massnahmen der EZ gezielt gefördert

werden. Den Entwicklungsländern muss jedoch auch das Recht eingeräumt werden, ihre jeweilige Agrarpolitik im Spannungsfeld zwischen Exportorientierung und Stärkung der Selbstversorgungskapazitäten mit Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen.

Begründung: Den Entwicklungsländern gehen nach Berechnungen der Weltbank durch die sog. Zolleskalation und durch die v.a. im Agrar- und Textilsektor auch nach Gründung der WTO weiterhin bestehenden Importbeschränkungen der Industriestaaten jedes Jahr ca. 100 Mrd. Dollar an möglichen Exporteinnahmen verloren. Die EU hat in diesem Jahr auf diese Problematik reagiert und ab März 2001 über sein "Allgemeines Präferenzsystem" (APS) zumindest den ärmsten Ländern (LDCs) einen zoll- und quotenfreien Zugang für fast alle ihre Produkte (mit Ausnahme von Zucker, Reis und Bananen) zum EU-Markt gewährt. Wegen dieser Ausnahmen und wegen des geringen Umfangs der Zugeständnisse seitens der EU ist die sog. "Everything but arms"-Initiative (EBA) von NRO immer als völlig unzureichender Schritt kritisiert worden. Wie Berechnungen der Weltbank belegen, könnten die LDCs aber zusätzliche Exportgewinne in Höhe von rund 3 Mrd. Dollar erzielen, wenn alle Industriestaaten für LDC-Produkte einen wirklich unbeschränkten Marktzugang garantieren würden. Dies würde zumindest eine gewissen Ausgleich für die seit Jahren kontinuierlich zurückgehenden ODA-Mittel darstellen. In dem Mitte September 2001 veröffentlichten Entwurf des "Facilitators" Mauricio Escanero für eine mögliche Abschlusserklärung der FfD-Konferenz wird gefordert, dass alle Industrieländer sofortige Schritte für eine völlige Marktöffnung auch gegenüber den übrigen "low-income countries" sowie "small island developing states (SIDs)" und "landlocked developing countries" einleiten sollen. Wir fordern die Industriestaaten auf, diese Empfehlung noch im Laufe des Jahres 2002 umzusetzen.

Problematisch am APS der EU und ähnlicher Systeme anderer Industriestaaten ist allerdings, dass sie nur einseitige, freiwillige Zugeständnisse darstellen und jederzeit wieder zurückgenommen werden können. Um eine größere

Rechtssicherheit für die exportierenden Länder des Südens zu erreichen, sollten die APS-Systeme auf eine vertragliche Grundlage gestellt und in das Regelwerk der WTO eingebunden werden.

Eine Marktöffnung im Norden führt aber nicht automatisch zu deutlich gesteigerten Exportgewinnen im den Staaten des Südens, da viele Entwicklungsländer aufgrund mangelnder technischer und personeller Kapazitäten ihre theoretischen Exportchancen praktisch nicht nutzen können. Konsequenz daraus darf allerdings nicht sein, dass die Industrieländer im Zuge einer unreflektierten Liberalisierung alle bisher durchgesetzten Vorschriften zum Gesundheits- und Verbraucherschutz als sog. "nicht-tarifäre Handelshemmnisse" wieder abschaffen oder einschränken. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weltweit müssen vielmehr die Länder des Südens durch umfangreiche technische Hilfe aus dem Norden in die Lage versetzt werden, diese Standards für den Export einzuhalten und sukzessive auch für die heimische Produktion zu übernehmen.

Vorbildhaft für technische Hilfe ist auch die Unterstützung für den Aufbau eigener Exportkreditversicherungen in den Ländern des Südens, wie z.B. der am 20. August 2001 in Kampala mit Unterstützung der Weltbank und von Lloyds/London gegründeten "African Trade Insurance Agency".

Generell ist bei allen Massnahmen zur Förderung einer stärkeren Teilnahme am Welthandel darauf zu achten, dass die Orientierung auf Exportproduktion nicht zu einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion für den Binnenmarkt und zu einer Verschlechterung der Versorgungslage der einheimischen Bevölkerung führt. Durch die Einrichtung einer speziellen Food-Box im Agrarabkommen der WTO könnte Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben werden, ihre heimische Grundnahrungsmittelproduktion vor Liberalisierungsmassnahmen zu schützen.

3.2 Forderung

Im Rahmen der kommenden WTO-Verhandlungen müssen Schutzrechte für schwächere Volkswirtschaften ("special and differential treatment") stärker im Regelwerk der WTO verankert werden. Das TRIPS-Abkommen muss so umgestaltet werden, dass es nicht zu einer weiteren Zerstörung gewachsener sozialer und ökonomischer Strukturen und des ökologischen Gleichgewichts sowie einem weiteren Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern (in Form von Lizenzgebühren) führt.

Begründung: Während eine größere Marktöffnung im Norden im Interesse einer nachhaltigen weltweiten Entwicklung liegt, brauchen die ungleich schwächeren Ökonomien des Südens auch weiterhin Schutzrechte, die ihnen gestatten, weitgehend unbedrängt von den industriell entwickelteren Konkurrenten im Norden eigene Industrien aufzubauen. Die Regeln der WTO müssen deshalb so geändert werden, dass die Aussetzung der Reziprozität bei Liberalisierungsverpflichtungen nicht die Ausnahme, sondern die obligatorische Regel des WTO-Systems darstellt.

Eine grundlegende Änderung der WTO-Regeln ist auch dringend erforderlich im Bereich der geistigen Eigentumsrechte. Vordringliche Aufgabe ist eine Revision des TRIPS-Abkommens, um die Entwicklungsländer vor weiterer Biopiraterie zu schützen, und ihnen – speziell auch Frauen und indigenen Gemeinschaften – wie in der UN-Biodiversitäts-Konvention zugesagt, eine angemessene und gerechte Beteiligung an den Gewinnen aus der Nutzung ihrer biologischen Vielfalt zu garantieren. Ebenso wichtig ist eine Respektierung der traditionellen Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ("farmers' rights") und ein garantierter Vorrang für den Lebens- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung der Entwicklungsländer. Für den Bereich der Finanzierung für Entwicklung ist es in diesem Zusammenhang entscheidend, dass es nicht zu einem weiteren Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern durch Lizenzzahlungen für Saatgut, lebenswichtige Medikamente etc. kommt. Freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie (wie z.B. zu AIDS-Medikamenten mit diversen Pharmaunternehmen) reichen hier nicht aus.

3.3 Forderung:

Rohstoffe stellen für die meisten Entwicklungsländer immer noch das wichtigste Exportgut dar. Um den drastischen Preisverfall bei vielen dieser Rohstoffe (z.B. Kaffee, Kakao) bei gleichzeitig gestiegenen Preisen für Energie (Erdöl und Erdgas) und Nahrungsmittel (Weizen) zumindest teilweise zu kompensieren, sind umfassende und dauerhafte Ausgleichsmechanismen notwendig, die über die beim IWF eingerichtete "Compensatory Financing Facility" (CFF) hinausgehen sollten. Gleichzeitig sollte die Marrakesh-Entscheidung zu den "Least Developed and Net Food-Importing Developing Countries" endlich umgesetzt werden.

Begründung:

Die sich verschärfende Konkurrenz um Exporteinnahmen hat in den letzten Jahren zu einem drastischen Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe wie Kaffee oder Kakao geführt. Sinkende Exporteinnahmen belasten nicht nur die Staatshaushalte der Produzentenländer, sondern verschärfen auch die dort bereits bestehenden sozialen Probleme. In Mittelamerika oder Ostafrika hat der Fall der Rohkaffeepreise auf den tiefsten Stand seit 30 Jahren zur Entlassung von Hunderttausenden Arbeitskräften, zur Verelendung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und zur Verschärfung der Armut beigetragen. Auch in anderen Regionen kam es durch den Preisverfall bei Rohstoffen und die gleichzeitigen Preiserhöhungen vieler Importgüter (v.a. Erdöl) zu einer Verschlechterung der "commodity terms of trade", d.h. der Kaufkraft im Aussenhandel für einige Länder (z.B. Ghana) um bis zu 10%. Diese Entwicklung stellt auch den Erfolg der HIPC-Initiative in Frage. Um ihr entgegenzuwirken, fordern wir die UNCTAD auf, geeignete Initiativen zu ergreifen sowohl hinsichtlich einer freiwilligen Selbstbeschränkung der Produktion als auch zur Einrichtung angemessener Ausgleichsmechanismen, z.B. die Gründung eines internationalen Kompensationsfonds zum Ausgleich der freiwilligen Produktionsbeschränkungen im Kaffeeanbau, wie von britischen NRO vorgeschlagen.⁹ Solche Kompensationsfonds sollten auch zur Diversifikation der Produktion und

zum Aufbau weiterverarbeitender Industrien benutzt werden, um zu verhindern, dass die betroffenen Entwicklungsländer auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auf ihre Rolle als Rohstoffexporteure festgelegt bleiben.

Die Marrakesh-Entscheidung aus dem WTO-Agrarabkommen ("Decision on measures concerning the possible negative effects of the Reform Programme on Least-Developed and Net Food-Importing Developing Countries") garantiert den Entwicklungsländern, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, eine Kompensation für vertragsbedingte Weltmarktpreissteigerungen. So könnten z.B. für höhere Getreideimportpreise Entschädigungen gezahlt werden, sollte die Preissteigerung aufgrund der GATT-Regelungen erfolgt sein. Die betroffenen Länder warten seit 1994 auf die Umsetzung dieser Verpflichtung.

3.4 Forderung

Produkten aus dem Bereich des Fairen Handels soll generell zoll- und quotenfreier Zugang zu allen Märkten gewährt werden. Die Industriestaaten sind aufgefordert, in ihrem öffentlichen Beschaffungswesen bevorzugt Produkte zu beschaffen, die den sozialen und ökologischen Mindeststandards des "Fair Trade" entsprechen. Die Regelwerke zu "Government Public Procurement" der WTO, der EU und der übrigen Industriestaaten sind dementsprechend zu ändern.

Begründung: Die Bewegung des Fairen Handels mahnt seit über 30 Jahren gerechte Welthandelsstrukturen im Interesse der benachteiligten Kleinproduzenten in den Ländern des Südens an. Fair-Handels-Organisationen sind derzeit in den meisten Ländern der EU, in der Schweiz, Norwegen, Kanada, Japan und den USA engagiert. Standards für Fair Trade-Gütezeichen existieren gegenwärtig für Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Schokolade, Honig, Blumen, Bananen und Orangensaft aus Konzentrat. Durch die Begünstigung des Imports von Fair Trade-Produkten werden auf direktem Wege wirtschaftlich und sozial schwache Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern gefördert und ein wirksamer und nachhaltiger Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet.

Eine Präferenz für Fair Trade Produkte im öffentlichen Beschaffungswesen kann zu einer beträchtlichen Ausweitung der Importe aus fairem Handel führen und überdies Vorbildfunktion für andere Bereiche der Wirtschaft haben. Um eine solche Präferenz zu erreichen, müssen die einschlägigen internationalen Regelwerke abgeändert werden. Aktuell plädieren wir z.B. für die Verankerung von sozialen und ökologischen Kriterien in der neuen EU Beschaffungsrichtlinie für die öffentliche Hand, die am 26. November 2001 verabschiedet werden soll.

4. Zukunft der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung

4.1 Forderung:

Die seit drei Jahrzehnten bestehende internationale Vereinbarung, nach der Industriestaaten 0,7% ihres Bruttonationalprodukts zur Unterstützung der Entwicklungsländer bereitstellen, sollte vertraglich fixiert werden. Gleiches gilt für die erstmals auf der UN-LDC-Konferenz 1981 getroffene Vereinbarung, den ärmsten Ländern davon einen definierten Anteil, der mindestens 0,15% des BSP entspricht, zur Verfügung zu stellen. Für die Erreichung dieser Ziele soll ein fester Zeitrahmen (bis spätestens 2010) vereinbart werden.

Neben der Quantität der Hilfe muss auch ihre Qualität erhöht werden, z.B. durch eine klare Ausrichtung auf die 2015-Ziele und eine verbesserte Geberkoordination.

Zur besseren Verankerung der 2015-Ziele bei den Bürgerinnen und Bürgern der OECD-Staaten sollte in den Jahren 2002-2005 eine internationale Öffentlichkeits-Kampagne durch Vereinte Nationen und nationale Regierungen durchgeführt werden.

Begründung: Die grundsätzliche Notwendigkeit, Entwicklungsprozesse in den wirtschaftlich schwachen Ländern in Afrika, Asien, in Lateinamerika, Ost-, Mittel- und Südeuropas sowie im Bereich der ehemaligen Sowjetunion mit externen Finanzmitteln anzustossen bzw. zu unterstützen, ist unbestritten. Dafür sollen die reichen Länder 0,7% ihres Bruttonationalproduktes (BSP) bereitstellen. Davon soll, wie auf der LDC

III-Konferenz im Mai 2001 in Brüssel erneut vereinbart, ein Anteil von 0,15 bis 0,20 % des BSP den ärmsten Ländern zur Verfügung gestellt werden. Diese Vereinbarungen wurden immer wieder bekräftigt. In nahezu allen wichtigen Entwicklungskonferenzen der letzten Jahre legten die beteiligten Regierungen explizite oder implizite Bekenntnisse zu diesem Ziel ab.

Die Bedeutung öffentlicher Geldmittel für Entwicklungszusammenarbeit insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern wird auch im Lichte der anschwellenden Kapitalströme in Form ausländischer Direktinvestitionen nicht geringer. Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil zwar tatsächlich mehr Geld in die Länder des Südens fließt, dieses sich aber fast vollständig auf die wirtschaftlich erfolgreichen Länder bzw. Sektoren konzentriert. Hingegen führen die grossen Geldströme gerade an den Ländern, die ihrer besonders bedürfen, weitestgehend vorbei. Um so wichtiger ist es, dass für sie verstärkt öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, damit sie Strategien der Armutsbekämpfung realisieren und bessere Voraussetzungen für private Investitionen schaffen können.

Trotz der hohen Übereinstimmung im Grundsätzlichen bleiben jedoch die konkreten Leistungen der OECD-Staaten inzwischen weit hinter den Versprechungen und Erwartungen zurück. Die Entwicklungen stellen sich stark gegenläufig dar.

Belief sich die Quote der öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) an der gesamten Wirtschaftstätigkeit (Bruttosozialprodukt = BSP) der OECD-Staaten im Jahre 1990 noch auf 0,33%, so lag sie 2000 bei einem Durchschnittswert von 0,22%. Dabei wies Dänemark mit einem BSP-Anteil von 1,06% die relativ höchsten Entwicklungshilfeleistungen auf und die USA mit 0,1% die niedrigsten (wobei die USA gemessen in absoluten Zahlen nach Japan an Platz 2 der Geberländer lagen). In der Bundesrepublik Deutschland fiel der Anteil der Entwicklungshilfe am BSP im Zeitraum von 1990 bis 2000 von 0,42% auf 0,27%, der Anteil Österreichs lag im Jahr 2000 mit 0,25% knapp darunter, der Anteil der Schweiz lag immerhin noch bei 0,34%.

Ein hochrangiges Beratergremium, das UN-Generalsekretär Kofi Annan zur Vorbereitung der Konferenz "Entwicklungsfinanzierung" eingesetzt hatte und das von dem ehemaligen mexikanischen Staatspräsidenten Ernesto Zedillo geleitet wurde, schätzt in seinem am 28. Juni 2001 veröffentlichten Bericht die zusätzlichen Kosten zur Erreichung der "internationalen Entwicklungsziele 2015" auf jährlich 50 Mrd. Dollar. Dieser Vorschlag läuft auf eine Verdoppelung der gegenwärtig von allen OECD-Staaten geleisteten öffentlichen Zahlungen für Entwicklungszusammenarbeit hinaus. In der Konsequenz heisst das, dass auch jeder Einzelstaat seinen Einzeletat für Entwicklungspolitik verdoppeln müßte, um einen angemessenen Beitrag zur Verwirklichung der 2015-Ziele zu leisten. In Deutschland, das die 2015-Ziele durch ein Anfang April 2001 vorgelegtes Aktionsprogramm explizit unterstützt, war jedoch im wenig später vorgelegten Entwurf des Haushalts 2002 eine Absenkung des Entwicklungs-Etats um 5,3% vorgesehen.

Eine gesetzliche Verpflichtung – wie in den Niederlanden – würde verhindern, dass die Unterstützung globaler Entwicklungsziele jedes Jahr erneut in das innenpolitische Gerangel um die Verteilung von Haushaltsmitteln geriete. Bei einer gemeinsamen Anhörung verschiedener Ausschüsse des Deutschen Bundestags am 2. April 2001 forderte IWF-Direktor Köhler auch für Deutschland eine entsprechende gesetzliche Regelung, die sicherstellen soll, dass die 0,7%-Quote spätestens im Jahre 2010 erreicht wird. Dieser Forderung, die noch über die von der Zedillo-Kommission für notwendig erachtete Verdoppelung der ODA hinausgeht, schliessen wir uns an. Analog zur gesetzlichen Verpflichtung auf nationaler Ebene sollte die Konferenz "Entwicklungsfinanzierung" einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag vorbereiten, der in einer Art weltweitem Staaten-Finanzausgleich die stufenweise Erreichung des 0,7%-Zieles bis zum Jahr 2010 festschreibt.

Die Erreichung dieses Ziels erscheint – wie die Beispiele Dänemark, Niederlande, Schweden, Norwegen und Luxemburg belegen – keineswegs utopisch und ist vor allem eine Frage des politischen Willens der jeweiligen Regierung und

nicht der aktuellen Haushaltslage. Nicht die Finanzknappheit stellt das eigentliche Problem dar, sondern die Prioritätensetzung bei der Verteilung öffentlicher Mittel. Die Vereinigten Staaten beispielsweise stellen nur 9 Mrd. US-Dollar jährlich an Entwicklungshilfe zur Verfügung, haben aber gerade rund 60 Mrd. Dollar für die Anschaffung von 295 neuen F22-Tarnkappenbomben bereitgestellt und planen weitere 200 Mrd. Dollar für ein neues Raketenabwehrsystem auszugeben.

Sicherlich kommt es in der Kooperation mit den Ländern des Südens nicht nur auf die Höhe der öffentlichen Finanzmittel für Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch auf Massnahmen globaler Strukturpolitik (z.B. Entschuldung, Abbau von Handelsschranken etc.) und auf die Verbesserung der Qualität und Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit an, z.B. durch eine bessere Koordination der Geberstaaten. Wie aber auch die Erfahrungen in den ostdeutschen Bundesländern belegen, lassen sich Entwicklungsprozesse in wirtschaftlich schwachen Ländern oder Sektoren ohne massive externe Hilfen und Investitionen nicht erreichen und dauerhaft stabilisieren. Die Bereitschaft der Gesellschaften in den Industrieländern für ein solidarisches Teilen ihres Wohlstands mit den armen Ländern muss wachgehalten und ggf. immer wieder neu geweckt werden. Deshalb unterstützen wir die Empfehlung der Zedillo-Kommission, zu diesem Zweck eine internationale Kampagne durchzuführen, die sich in besonderer Weise auf die Länder konzentrieren sollte, die in ihren Hilfeleistungen am weitesten zurückgefallen sind.

4.2 Forderung:

Die Erschliessung zusätzlicher internationaler Quellen für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung muss umfassend geprüft werden. Wir setzen uns ein für eine Besteuerung internationaler Devisentransaktionen. Ebenfalls erscheinen uns Steuern und Abgaben auf die Nutzung der "global commons" (Atmosphäre, Weltmeere) und ihre Verwendung zur Sicherung des Zugangs zu lebenswichtigen öffentlichen Gütern (wie Trinkwasser) für alle Menschen – wegen der Ver-

bindung von Steuerungs- und Aufbringungsfunktion – als sinnvoller Weg hin zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten globalen Entwicklung.

Begründung: Die Einführung internationaler Steuern und Abgaben als neue Instrumente zur Entwicklungsfinanzierung verspricht langfristig den grössten Erfolg zur eigenständigen Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Da solche Steuern immer auch das Ziel verfolgen, sozial und ökologisch schädliches Verhalten einzuschränken, ergibt sich bei Instrumenten wie einer Devisenumsatzsteuer (der "Tobin Tax" oder einer anderen Form einer "Currency Transaction Tax"/CTT), einer CO₂-Steuer oder einer Flugverkehrssteuer zwar ein inhärenter Widerspruch zwischen Steuerungs- und Aufbringungsfunktion, trotzdem wären die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzusetzenden zusätzlichen Einnahmen vermutlich aber beträchtlich. Allein eine Devisenumsatzsteuer würde nach Berechnungen des UNDP bei einem minimalen Steuersatz von 0,05% rund 90 Mrd. Dollar pro Jahr an zusätzlichen Einnahmen erbringen.

Wir unterstützen die Forderung, internationale Steuern als zusätzliche Ressourcen zur Finanzierung des Zugangs aller Menschen zu den "global public goods" zu nutzen. Der Zedillo-Report empfiehlt speziell die ernsthafte Prüfung einer CO₂-Steuer, die auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe (abgestuft nach dem Grad des Beitrags zur Verschmutzung der Atmosphäre) erhoben würde. Eine solche internationale Steuer könnte – neben nationalen Ökosteuern – einen wichtigen Beitrag zum Stopp oder zumindest zur Verlangsamung des Klimawandels leisten. Da der Flugverkehr in besonderem Masse zur Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts beiträgt sollte auf Kerosin eine besonders hohe Steuer erhoben werden bzw. wäre hier die Kombination mit einer zusätzlichen über die Flughäfen einzuziehenden Abgabe auf Frachtflüge anzustreben. Zur Kerosin- bzw. Flugverkehrssteuer gab es Mitte September 2001 einen Vorstoss der belgischen EU-Präsidenschaft, die nach einer Sitzung des Verkehrsministerrats Initiativen auf internationaler Ebene und einen möglichen Alleingang der EU ankündigte. Bei der Realisierung dieses unter-

stützenswerten Vorschlags muss aber darauf geachtet werden, dass die daraus entstehenden Einnahmen in den Industriestaaten nicht allgemein zur Haushaltssanierung eingesetzt werden, sondern zielgerichtet für die Finanzierung der "global public goods" genutzt werden.

Darüber hinaus sind auch die im Zedillo-Report erwähnten Formen einer Besteuerung der Nutzung der Weltmeere (z.B. Hochseefischerei) oder des Weltraums (z. B. Satelliten) ernsthaft zu prüfen. Auch wenn solche Vorschläge gegenwärtig wenig Aussicht auf Umsetzung haben dürften, sollten kurzfristige Machbarkeits-Argumente nicht als Schranken gegen sinnvolle Ideen zu einer langfristig notwendigen Umsteuerung der globalen Entwicklung in Richtung "Nachhaltigkeit" missbraucht werden.

5. Abbau der Verschuldung

5.1 Forderung:

Die beim Kölner G7-Gipfel initiierte erweiterte Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC II) wird die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer nicht lösen. Die Beschränkung aller Entschuldungsbemühungen auf den Kreis der HIPC-Länder wird zu weiteren krisenhaften Verschuldungssituationen bei hochverschuldeten Ländern niedrigen (SILICs) und mittleren Einkommens (SIMICs) führen. Für weitere Länder ausserhalb des Kreises der HIPCs müssen deshalb ihrer Belastung angemessene Möglichkeiten für Schuldenerleichterungen geschaffen werden. Wir fordern die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz auf, sich ausserdem für ein sofortiges Moratorium der Schuldendienstzahlungen für alle Länder, die zur Gruppe der HIPCs und/oder LDCs gehören, einzusetzen. Auch die österreichische Regierung sollte den HIPCs umgehend alle noch verbliebenen bilateralen Schulden erlassen.

Begründung: Es ist anzuerkennen, dass die Gläubiger mit der HIPC II-Initiative einen Schritt in Richtung armutsorientierter Entschuldung gegangen sind. Wie die aktuelle Krise in Argentinien jedoch zeigt, sind weitere hochverschuldete Länder durch die Verschuldungskrise eben-

falls in eine volkswirtschaftliche Sackgasse geraten, aus der sie ohne substantiellen Schuldenabbau nicht mehr aus eigener Kraft herauskommen. Allerdings besteht derzeit bei den Gläubigern keinerlei Bereitschaft, diesen hochverschuldeten Staaten, die nicht HIPC-Länder sind, eine Perspektive zu eröffnen, die zu einem substantiellen nachhaltigen Schuldenabbau führt.

Die starren Kriterien des Pariser Clubs oder der multilateralen HIPC-Initiative halten wissenschaftlichen Kriterien nicht stand. Vielmehr entwickelten sie sich in erster Linie zu Instrumenten, mit denen für die Gläubiger "teuren" Ländern Schuldenerleichterungen vorenthalten werden. Eine sinnvolle und an den Entwicklungserfordernissen orientierte Schuldenpolitik muss prinzipiell allen Ländern, deren Auslandsschulden von einem Instrument der Entwicklungsfinanzierung zu einer Entwicklungsbremse geworden sind, offenstehen. Dazu bedarf es keiner starren Länderkategorien, sondern flexibler Rahmenwerke für Entschuldung im Einzelfall.

Der Aktionsplan für die UN LDC III-Konferenz vom 14.-20. Mai 2001 in Brüssel fordert in besonderen Fällen ein Moratorium auf Schuldendienstzahlungen von LDCs. Wir unterstützen diese Forderung, um notwendige Entlastungen so schnell wie möglich und bereits vor Ablauf eines umfassenden Entschuldungsverfahrens zu erreichen, und sprechen uns für die Ausdehnung eines "Stand-Still"-Moratoriums auf die Schuldendienstzahlungen sämtlicher HIPCs aus. Ein solches Moratorium sollte zuerst für einen Zeitraum von 3 Jahren gelten und – solange es in der Zwischenzeit nicht zu einer umfassenden Entschuldung gekommen ist – weiter verlängerbar sein. Bilateral sollte auch die österreichische Regierung zumindest den HIPCs umgehend alle noch verbliebenen Schulden erlassen, sofern deren Verwendung zur Armutsbekämpfung vorgesehen ist.

Seit 1999 ist die Erstellung von Armutsbekämpfungs-Programmen Pflicht für jene Regierungen, die Schuldennachlässe im Rahmen der HIPC-Initiative sowie konzessionäre Kredite erhalten wollen. Diese Programme sollen unter der Beteiligung der Zivilgesellschaft erstellt werden. Mit Hilfe der PRSPs (Poverty Reduction Strategy

Papers), soll die Armutssituation des jeweiligen Landes erhoben und ein Bündel von Wirtschafts-, Struktur- und Sozialmaßnahmen vorgeschlagen werden, die die Verringerung der Armut zum Ziel haben. Weiters wird auch die Finanzierung dieser Maßnahmen – etwa im Rahmen laufender IWF- und Weltbank-Programme, aber auch durch erwartete Budgeteinsparungen im Zuge von Entschuldungsmaßnahmen – analysiert.

Die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sollen sich dafür einsetzen, dass sichergestellt wird, dass die Armutsbekämpfungsstrategie-Papiere die Vorbedingung für Entschuldungsmassnahmen und neue, konzessionäre Kredite sind, wirklich in einem offenen und partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft erstellt werden.

5.2 Forderung:

Innerhalb der HIPC-Initiative müssen die Kriterien für tragbare Schulden neu definiert werden. Vorrang muss künftig die Finanzierung der nationalen Armutsbekämpfungspläne haben. Nur ein Teil der danach verbleibenden Staatseinnahmen sollte zum Schuldendienst und zur Kreditrückzahlung verwandt werden.

Begründung: Laut Berechnungen (z.B. des US-amerikanischen Rechnungshofes) ist es unwahrscheinlich, das es mit der HIPCII-Initiative gelingt, das Verschuldungsproblem der betroffenen Länder zu lösen. Voraussetzung für einen substantiellen Schuldenabbau in diesen Ländern wäre, dass die HIPC-Länder über 20 Jahre ein 9%iges jährliches Exportwachstum erreichen müssten – ein Wachstum, das bei den gegebenen Handelsbilanzstrukturen kaum zu erreichen, geschweige denn durchzuhalten ist. Bleiben die Länder unterhalb dieser kritischen Wachstumsschwelle, lassen sich die durch den Schuldenerlass freiwerdenden Mittel nur dann zur Armutsbekämpfung einsetzen, wenn die Länder zugleich wieder neue Kredite aufnehmen. Die Verschuldungssituation wird damit jedoch nicht gelöst, sondern perpetuiert.

Das derzeitige Niveau der HIPC-Initiative für Schuldentragfähigkeit (150% Barwert der Gesamtverschuldung im Verhältnis zu den jährlichen Exporteinnahmen) kollidiert mit den

international vereinbarten 2015-Zielen zur Armutsbekämpfung. Eine Gruppe von NRO (v.a. die im Dachverband CIDSE zusammengeschlossenen katholischen Hilfswerke) hat deshalb einen alternativen Ansatz zur Definition von Schuldentragfähigkeit entwickelt. Demnach sollen die Erfordernisse der Armutsbekämpfung Vorrang vor Schuldendienst und Kreditrückzahlung haben. Erst der Teil der Deviseneinnahmen bzw. des Staatshaushalts, der jenseits dieses "Existenzminimums" liegt, soll teilweise zur Bedienung der Zahlungsverpflichtungen verwandt werden. Die unterzeichnenden NRO-Netzwerke unterstützen diesen v.a. an den Bedürfnissen der Armen in den hochverschuldeten Ländern des Südens orientierten Ansatz.

5.3 Forderung:

Die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sollen sich für die Einführung von fairen und transparenten Schiedsverfahren – analog zu nationalen Insolvenzverfahren – bei Zahlungsschwierigkeiten von Schuldnerländern einsetzen.

Begründung: Das von den Gläubigern entwickelte und dominierte Schuldenmanagement hat in den letzten 20 Jahren zu beständig unzureichenden Umschuldungen und Schuldenerlassen geführt. Um die periodische Wiederkehr von Überschuldungskrisen zu verhindern, müssen die Schuldner-Gläubiger-Beziehungen daher auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Zukunft soll bei Zahlungsproblemen einzelner Schuldnerländer nicht mehr im Pariser Club bzw. in den Vorständen von Weltbank und IWF entschieden werden. Vielmehr soll – analog zu nationalen insolvenzrechtlichen Verfahren – ein faires und transparentes Schiedsverfahren bei Zahlungsschwierigkeiten durchgeführt werden. Diese Verfahren müssen alle Forderungen an das betreffende Schuldnerland einschliesslich derjenigen privater Gläubiger einschliessen.

Der von NRO entwickelte Vorschlag für eine "fair and transparent arbitration procedure" (FTAP) stützt sich auf vier Säulen: 1. Ein neutrales internationales Schiedsgericht (auf ad hoc Basis oder an die UN angeschlossen), das über die Höhe und die Bedingungen der weiteren

Schuldenrückzahlungen entscheidet. 2. Ein Anhörungsrecht für die Bevölkerung, das sicherstellen soll, dass auch die Interessen der direkt Betroffenen artikuliert werden können. 3. Den Schutz der Grundbedürfnisse der Bevölkerungen der Schuldnerländer und 4. einen automatischen Stillstand der Schuldendienstzahlungen, sobald das Verfahren eröffnet wurde.

Ein solches Verfahren sollte langfristig alle derzeitigen internationalen Schuldenregulierungs-Verfahren ablösen.

6. Reform des Finanzsystems

6.1 Forderung:

Eine verbesserte Repräsentanz aller Staaten in den Entscheidungsorganen der Internationalen Finanzinstitutionen muss so schnell wie möglich erreicht werden. In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine umfassende Reform von IWF, Weltbank und WTO und ihre verstärkte Einbindung in das UN-System einzusetzen.

Begründung: Über 50 Jahre nach der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen ist aufgrund der zwischenzeitlich völlig veränderten Weltlage eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank überfällig. Die breite Kritik der letzten Jahre hat zwar bereits, speziell bei der Weltbank, zu einigen Reformschritten in Hinblick auf mehr Transparenz und "accountability" der Institution geführt. Dazu zählt auch die Frage der Partizipation der Betroffenen im Sinne des ownership. Eine Reform der grundlegenden institutionellen Entscheidungsmechanismen ist jedoch nicht erfolgt. Als Beitrag zu einer stärkeren Demokratisierung internationaler Organisationen fordern wir auch hier größere Einflussmöglichkeiten der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung. Zusätzlich ist eine institutionelle Einbindung von IWF, Weltbankgruppe und WTO in das UN-Menschenrechtssystem und eine engere Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialgremien der UNO im Sinne einer umfassenden Berichts- und Rechenschaftspflicht notwendig.

Bei der Vergabe der Finanzmittel durch Weltbank und regionale Entwicklungsbanken sollten symmetrische Entscheidungsmechanismen – wie

etwa bei der Globalen Umweltfazilität (GEF) – eingeführt werden, die sowohl die einseitige Dominanz der Geberseite als auch ein Übergewicht des Südens verhindern.

6.2 Forderung:

Das internationale Finanzsystem weist ein eklatantes Governance-Defizit auf. Neue internationale Regeln (z.B. das erwähnte Insolvenzverfahren/FTAP) und neue internationale Institutionen (z.B. die eingangs erwähnte Gründung einer International Tax Organisation/ITO) sind notwendig, um Finanzkrisen zu vermeiden und zusätzliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren. Die koordinierende Rolle der UN sollte dabei – wie im Escanero-Bericht vorgeschlagen – durch die Gründung eines Weltwirtschaftsrates ("World Economic Body") unterstrichen werden.

Auf nationaler Ebene müssen Maßnahmen (wie Kapitalverkehrskontrollen oder eine bessere Bankenaufsicht) gefördert werden, die zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte führen. Im Sinne einer gerechten Lastenverteilung muss der an Finanzspekulationen beteiligte Privatsektor künftig stärker zur Bewältigung der Kosten von Finanzkrisen herangezogen werden.

Begründung: Die negativen Auswirkungen einer ungezügelten Globalisierung sind im Bereich der Finanzmärkte am stärksten spürbar. Infolge der Liberalisierungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte haben die Finanzmärkte sich weitestgehend verselbständigt und eine Macht entwickelt, die – wie die Asienkrise im Jahre 1997 zeigte – Entwicklungserfolge von Jahrzehnten innerhalb weniger Wochen zunichte machen kann. Statt sich in ihrer Politik den Finanzmärkten zu unterwerfen, müssen sich die Staaten auf Regeln für die Finanzmärkte einigen, die sie in den Dienst einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung stellen. Erheblichen Regulierungsbedarf gibt es sowohl im internationalen als auch im nationalen Bereich.

Kapitalverkehrskontrollen sind kein Allheilmittel, für die große Mehrheit der Entwicklungs- und Schwellenländer stellen sie jedoch ein unverzichtbares Mittel zu Krisenprävention bzw. –

im Fall von Kapitalverkehrsbeschränkungen zur Verhinderung des Abflusses von Kapital – für das Management von Finanzkrisen dar.

Auch die hochspekulativen Hedge Funds und andere "Highly Leveraged Institutions" sind ein großes Stabilitätsrisiko. Das im April 1999 gegründete "Financial Stability Forum (FSF)" hat auf diesen Umstand wiederholt hingewiesen, zuletzt in einem Bericht vom 17. Mai 2001, in dem v.a. auf den schleppenden Fortgang der Arbeiten hingewiesen und eine stärkere Informationspflicht gefordert wird. In der EU sind unregulierte Spekulationsfonds nicht zugelassen. Wir fordern, dass ein ähnliches Verbot weltweit gelten soll.

Zur Stabilisierung der Finanzmärkte dienen auch Massnahmen, die die Volatilität der Finanzströme herabsetzen, Steuerflucht, schädliche Steuerpraktiken und Geldwäsche bekämpfen und die Eigenkapitalbasis in den Entwicklungsländern ausbauen helfen. Hier liegen eine Reihe von Vorschlägen vor, z.B. die besonders vom internationalen "Attac"-Netzwerk propagierte Einführung einer Devisentransaktionssteuer (CTT) oder der auch im Zedillo-Report aufgegriffene Vorschlag zur Gründung einer Internationalen Steuerorganisation (ITO), auf die wir bereits an früherer Stelle in diesem Text eingegangen sind.

Bereits laufende Bemühungen seitens des IWF und der Weltbank, den an den Finanzspekulationen beteiligten Privatsektor künftig stärker in die Verantwortung der Lösung von Finanzkrisen einzubinden, ("bailing in"), sollten unterstützt werden. Damit kann verhindert werden, dass das Krisenmanagement nicht in erster Linie dazu führt, im Sinne eines Bailing out Verluste der Privatanleger zu begrenzen und sie öffentlichen Kassen aufzubürden.

Um die zentrale Rolle der Vereinten Nationen in diesem Prozess zu unterstreichen, sollte ein Weltwirtschaftsrat ("World Economic Body") auf höchster politischer Ebene eingerichtet werden, der im wesentlichen auch die Funktionen der bisherigen G7/G8-Treffen mit übernehmen könnte. Bereits die UN Commission on Global Governance hatte in ihrem Bericht aus dem Jahre 1995 die Gründung eines "Economic and Social Security Council" vorgeschlagen. Die FfD-Konferenz ist

der geeignete Ort, um die Umsetzung solcher Vorschläge in Angriff zu nehmen. Wie im Papier des Facilitators des FfD-Prozesses, Mauricio Escanero, vom 17. September 2001 vorgeschlagen, sollte sich im Jahre 2005 ein hochrangiges intergouvernementales Forum treffen, um das Follow up und die Umsetzung der Ergebnisse der FfD-Konferenz zu begleiten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sollte auch der World Economic Body seine Arbeit aufnehmen.

Anmerkungen

- 1 Oxfam, Tax Havens: Releasing the Hidden Billions for Poverty Eradication, Oxford, 2000
- 2 OECD: Towards Global Tax Co-operation. Report to the 2000 Ministerial Council Meeting an Recommendations by the Committee on Fiscal Affairs, Paris 26.6.2000; vgl. auch die umfangreiche Darstellung von Attac unter www.attac-netzwerk.de/steuerflucht/
- 3 FAO, The State of Food and Agriculture 2000
- 4 vgl. UNCTAD-Pressemitteilungen vom 18. September 2001 zum World Investment Report 2001
- 5 absolut: 69,7 Mrd. von 240 Mrd. Dollar, nach: UNCTAD WIR 2001
- 6 im Rahmen der OECD ausgehandeltes multilaterales Investitionsabkommen; im Herbst 1998 gescheitert
- 7 vgl. OECD-Ministerratsklärung vom 27. Juni 2000, in deutscher Fassung z.B. unter <http://www.bmwi.de/Homepage/download/aussenwirtschaftspolitik/leitsaetze.pdf>
- 8 EU-Kommission, Grünbuch: Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen, Brüssel 18.7.2001, KOM(2001)366 fin.
- 9 Oxfam, Bitter Coffee: How the Poor are Paying for the Slump in Coffee Prices, Oxford, 16.5.2001

Monetärer Take-off – wohin ?

"Die Entwicklung der internationalen Kapitalströme entkoppelt sich immer stärker von der realwirtschaftlichen Entwicklung. Die international erfassten Kapitalströme beliefen sich im Jahr 2001 auf 4000 Milliarden Dollar. Das ist rund dreißigmal so viel wie noch 1975. Im gleichen Zeitraum hat sich zum Beispiel das Welthandelsvolumen ungefähr verdreifacht, das zusammengefasste Bruttoinlandsprodukt aller Länder erhöhte sich in dieser Zeit um 140 Prozent."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 2002, S. 26
unter Berufung auf den Monatsbericht der
Deutschen Bundesbank vom Januar 2002

Thomas Betz:

IWF und Weltbank

Anspruch und Wirklichkeit

"Zwischen dem Schwachen und dem Starken
ist es die Freiheit, die unterdrückt,
und das Gesetz, das befreit."
*Jean Jaques Rousseau*¹

Die Kluft zwischen Arm und Reich

Die soziale Polarisierung auf unserem Planeten wächst kontinuierlich. Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer. Die Zahl der Armen ist in den vergangenen Jahren rapide gestiegen: 1,2 Milliarden Menschen weltweit müssen mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen.² Das UNDP (United Nations Development Programme) berichtet, dass in gut einhundert "Entwicklungsländern" das Pro-Kopf-Einkommen heute niedriger ist als noch vor 10, 20, ja manchmal dreißig Jahren³ und dass 1,6 Milliarden Menschen schlechter leben als noch zu Beginn der 1980er Jahre.⁴ Auch im früheren Ostblock (einschließlich Russland) stieg die durchschnittliche Rate der absoluten Verarmung – die mit 4 US-\$ pro Tag definiert wurde – seit der Wende von 4% auf über 40%. Die Zahl der sogenannten LDC (Least Developed Countries) hat sich in den vergangenen 30 Jahren auf 49 verdoppelt.⁵ Dabei beschleunigt sich die Konzentration, die Ungleichverteilung der Einkünfte und Vermögen immer weiter: Der Reichtum der drei reichsten Männer des Globus übertrifft das BIP der 48 ärmsten Entwicklungsländer.⁶ Die reichsten 200 Personen der Welt haben ihr Nettovermögen zwischen 1994 und 1998 auf mehr als eine Billion Dollar verdoppelt. 20% der Weltbevölkerung verfügen über 85% des Reichtums. Vor knapp 5 Jahren lag das Verhältnis noch bei 20 zu 76.⁷ Während die Einkommensschere zwischen armen und reichen Ländern für 1960 bei einem Verhältnis von 1:30 lag, betrug der Abstand 1990 1:60 und 1997 1:74.⁸

Diese traurigen Fakten sind unstrittig. Unstrittig ist ebenfalls, dass es zwischen den ge-

nannten Werten und den Aktivitäten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds direkte Zusammenhänge gibt. Strittig ist allerdings, welcher Art diese Zusammenhänge sind und insbesondere, ob es sich wegen oder trotz IWF und Weltbank wie beschrieben verhält; sprich, ob es ohne deren Existenz besser oder noch schlimmer wäre. Ich will mich im Folgenden darum bemühen, einige Kriterien herauszuarbeiten, die eine eigene Urteilsfindung erlauben und dabei an den vor zwei Jahren bei den "Mündener Gesprächen" vorgestellten Bancor-Plan anknüpfen.⁹

John Maynard Keynes strebte bei der Internationalen Konferenz von Bretton Woods 1944 die Einführung eines neutralen Weltzahlungsgeldes, eben des Bancor, an. Er konnte sich seinerzeit mit seinem Plan nicht durchsetzen. Statt dessen kam der amerikanische sog. White-Plan zum Zuge, der den US-Dollar in den Mittelpunkt stellte und der bis heute unserem Weltwährungssystem sein Gepräge gibt: Die sog. Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) entstanden und der Einfachheit halber hat man sie auch gleich in der amerikanischen Hauptstadt angesiedelt. Während dem IWF die kurzfristige ökonomische Stabilisierung der Währungen und Zahlungsbilanzen seiner Mitglieder zur Aufgabe gemacht wurde, sollte die Weltbank den langfristigen Wiederaufbau und die Entwicklung der Mitgliedsstaaten unterstützen.

Die Weltbank

Der Begriff Weltbank ist eigentlich nur die inoffizielle Bezeichnung für die (übersetzt) "Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" (International Bank for Reconstruction and Development) IBRD. Dazu gesellte sich 1956 die "Internationale Finanzierungsgesellschaft" (International Finance Corporation) IFC zum Zwecke der Förderung der LDCs durch Stützung produktiver privater Unternehmen,

1960 die "Internationale Entwicklungs-Gesellschaft" (International Development Association) IDA, die sehr langfristige und sehr zinsgünstige Kredite ausreicht, sowie 1988 die "Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur" (Multilateral Investment Guarantee Agency) MIGA, die ausländische Direktinvestitionen durch Versicherungen, Kredite und Bürgschaften fördert. Deshalb spricht man auch von der Weltbank-Gruppe. Es handelt sich dabei – was viele nicht wissen – um eine solide Bank, die Gewinne erwirtschaftet und ihre Ressourcen im wesentlichen von privaten Geldgebern bezieht. Die Rückzahlung eines jeden Weltbankkredites muss von der Regierung des betreffenden Mitgliedsstaates garantiert werden, wer auch immer der tatsächliche Kreditnehmer im Lande ist: die Regierung, eine Verwaltungsinstanz oder ein Geschäftsunternehmen (damit ist das Investitionsrisiko auf den Kreditnehmer abgewälzt). Mitglied kann jeder Staat werden, soweit er zuvor Mitglied des IWF geworden ist.

Satzungsgemäß darf sich die Bank "nur von wirtschaftlichen Erwägungen leiten und sich nicht vom politischen System des betreffenden Mitgliedslandes beeinflussen lassen. Ebenso wenig darf sich die Weltbank oder einer ihrer Beauftragten in die Politik irgendeines Mitgliedslandes einmischen."¹⁰ Ähnliches gilt für die Satzung des IWF. Allerdings konnte der Gegensatz zur Realität krasser nicht sein, hält man sich die tatsächliche Vorgehensweise der beiden Institutionen während des kalten Krieges vor Augen. Doch auch nach dessen Ende hat sich an der "Neutralität" der sog. Bretton-Woods-Institutionen nichts geändert. Dazu das "Handelsblatt" vom 17.10.2001: "Nach Absage der Jahrestagung von IWF und Weltbank sorgten sie (gemeint sind die USA) dafür, dass beide Institutionen im Sinne der neuen Ausrichtung der US-Interessen handlungsfähig blieben. Von einem Tag auf den anderen riss die von den USA angeführte mächtige Anti-Terror-Allianz bei IWF und Weltbank gegenüber Amerikas "neuen Freunden" das Ruder der Ausleihepolitik herum. Länder wie Pakistan, Indien, Indonesien, Ägypten, Jordanien, Usbekistan und der Sudan, denen im langen globalen Kampf gegen die radikalen Strömungen im Islam eine zunehmende Bedeutung zukommt, stehen

auf der Prioritätenliste von IWF und Weltbank nunmehr ganz oben."¹¹

Der IWF

Die ursprüngliche Aufgabe des IWF bestand in der Herstellung und Sicherung fester Währungsparitäten. Von 1945 bis 1971 standen die Währungen in einem festen Verhältnis zum US-Dollar, dessen Konvertibilität in Gold garantiert war. Erwiesen sich die festen Kurse als langfristig unhaltbar, konnten sie angepasst werden. Ohne ein solches "Realignment" waren die Mitgliedsländer aber verpflichtet, durch Interventionen am Devisenmarkt die Wechselkurse innerhalb der vorgeschriebenen engen Grenzen zu halten. Dabei und zum Ausgleich vorübergehender Zahlungsbilanzdefizite half ihnen der IWF mit kurzfristigen Liquiditätsspritzen. Aber im August 1971 brachten die USA das von ihnen selbst geschaffene System zum Einsturz: Die Regierung Nixon weigerte sich zum einen, die vertraglich vereinbarte Verpflichtung zu erfüllen, Dollar in Gold zu tauschen und zum anderen, die eigene Währung durch Interventionen am Devisenmarkt zu stabilisieren. In der Folge wurde der Dollar mehrfach abgewertet und ab 1973 gingen die Währungen zum allgemeinen "Floating", zum freien Spiel der Kräfte, über. Das war das Ende der Ära von Bretton Woods. Der IWF war seiner Aufgabe beraubt und es blieb von ihm nichts weiter übrig als die Beitragsquoten seiner Anteilseigner und eine große Zahl von Wirtschaftsexperten, die in Washington saßen, um auf ein System aufzupassen, das nicht mehr existierte. Seit Mitte der 1970er Jahre hat kein großes Industrieland mehr Kredite beim IWF aufgenommen.

Aber der IWF hat sich neu erfunden und auf der Südhalbkugel ein Betätigungsfeld entdeckt: Ausgehend von 44 Gründungsmitgliedern sind heute fast alle Staaten dem IWF angehörig, die meisten also Entwicklungsländer. Gleichwohl haben sie dort nicht viel zu sagen: Denn die Mehrheitsverhältnisse im Fonds werden durch Quoten bestimmt, nach denen sich die Einzahlungsverpflichtungen, Kreditmöglichkeiten und auch die Stimmrechte der Mitglieder bestimm-

men. Berechnungsgrundlage der Quote ist eine Formel, in die unterschiedlich gewichtet Volkseinkommen, Reserven an Gold und Devisen, Volumen des Außenhandels et.c. eingehen. Entsprechend verteilen sich die Stimmrechte wie folgt: USA: 17,8%, Japan 5,5%, Deutschland 5,5%, Großbritannien 4,9%, Frankreich 4,9%, Saudi-Arabien 3,5%, China 2,3%, Russland 2,9%. Alle übrigen 170 Mitglieder verfügen über die restlichen 52,5% der Stimmen.

Wirksam wird die ungleiche Stimmenverteilung im Gouverneursrat und im Exekutivdirektorium des Fonds. Der Gouverneursrat tritt einmal jährlich im September¹² zusammen und entscheidet über Fragen grundsätzlicher Bedeutung; z.B. über die Aufnahme neuer Mitglieder und die Änderung von Quoten. Satzungsgemäß erfordert jedoch die Quotenänderung eine Mehrheit von 85% der Stimmen und kann deshalb von den USA mit ihren 17,8% jederzeit blockiert werden, wovon auch Gebrauch gemacht wird. Die laufende Geschäftsführung überträgt der Gouverneursrat dem sog. Exekutivdirektorium, welches die eigentliche tägliche Arbeit des IWF bestimmt und über die (umstrittenen) Stand-By-Arrangements (Bereitschaftskreditabkommen) berät und entscheidet.

Die Bedingungen für eine Kreditvergabe des IWF und teilweise auch der Weltbank beschränken sich typischerweise nicht auf die Festlegung der Rückzahlungsfrist und des Zinssatzes, sondern haben konkrete wirtschaftspolitische Auflagen zum Inhalt. Diese Auflagen sind bis zu einem gewissen Grad von der konkreten Situation und von den Begleitumständen, aber auch von entwicklungspolitischen und volkswirtschaftstheoretischen Stimmungen und "Großwetterlagen" abhängig. Andererseits lassen sich aber über die letzten Dekaden auch typische Bestandteile dieser Konditionen feststellen, die fast immer, zumindest aber in der Mehrzahl der Fälle Wesensmerkmale der sog. Struktur-Anpassungs-Programme (im Folgenden SAPs genannt) bilden. Offizielles Ziel dieser SAPs ist die möglichst weitgehende Vermeidung zukünftiger Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite eines Schuldnerstaates. Einschneidende Sparmaßnahmen bei anhaltender Verschuldung entsprechen sicher

auch dem gesunden Menschenverstand. Umstritten ist aber, ob diese SAPs dem gesetzten Ziel (dieser SAPs) auch tatsächlich gerecht werden, ob also ihre Einhaltung auch tatsächlich dazu beitragen kann, die Position des Schuldners langfristig zu verbessern oder ob sie nicht eher wirkungslos sind bzw. gar das Gegenteil bewirken. Umstritten ist ebenfalls, ob und inwieweit die sozialen Kosten der SAPs notwendig und zumutbar sind.

Typische Merkmale von SAPs sind:¹³

1. Deregulierung von Kapital- und Importkontrollen
2. Deregulierung von Löhnen und Preisen
3. Anhebung der Zinssätze
4. Kürzung der Staatsausgaben
5. Steuererhöhungen
6. Abwertung der nationalen Währung
7. Infrastrukturmaßnahmen, Investitionsbeihilfen
8. Privatisierung von Staatsbetrieben

ad 1: Deregulierung von Kapital- und Importkontrollen

Die Liberalisierung des Handels, also die Aufhebung von Schutzzöllen und Einfuhrbeschränkungen, und des Kapitalverkehrs soll die Einbindung in die Weltwirtschaft erleichtern und ausländische Investoren anlocken mit dem letzten Ziel, auch die inländische ökonomische Aktivität zu erhöhen.

Devisenreserven können nun nicht mehr geschont und gezielt für notwendigerweise zu importierende Güter eingesetzt werden. So ist die Konsequenz der Maßnahmen (u.a.) die Einfuhr von Konsum- und Luxusgütern (Nobelkarossen, HiFi-Anlagen) durch die Wohlhabenden, was die Außenhandelsbilanz weiter verschlechtert. Werden tatsächlich Investoren angezogen, so ist der Zufluss ausländischen Kapitals, welcher die negative Leistungsbilanz ausgleichen könnte, oft nur temporärer Natur, weil die Devisen wieder abfließen als Lizenzzahlungen, Gewinn-Transfers, Management-Gebühren, Überweisungen von Angestellten-Gehältern, überhöhten Rechnungen für Einfuhren der Muttergesellschaft und zu niedrigen Rechnungen für Verkäufe an die Muttergesellschaft; in der ganzen Welt bekannte

Buchungstricks der multinationalen Konzerne. Die Deregulierung der Devisenkontrollen hat zusätzlich zur Konsequenz, dass nun auch auf die Besteuerung der Überweisungen und solcherart auf eine wenigstens indirekte Beteiligung an den Gewinnen verzichtet werden muss. Und schließlich gibt es nun keinerlei Schutz mehr gegen Kapitalflucht.

Direkte Folge der Deregulierung des Handels ist die Verminderung der Staatseinnahmen durch den Wegfall der Zölle. Die Direktinvestitionen setzen die einheimische Industrie einem gewaltigen Druck aus. Höhere Produktivität und die ausländische Kapitalkraft drängen sie vom Markt. Insoweit dies nicht geschieht, richten sich die Investitionen nebst zugehöriger (und vom Entwicklungsland zu finanzierender) Infrastruktur isoliert auf die ausländischen Zentren aus und tragen zur Entfaltung der Binnenwirtschaft nur wenig bei.

ad 2: Deregulierung von Löhnen und Preisen

Die Deregulierung von Löhnen meint i.A. die Abschaffung von Mindestlöhnen und in Konsequenz dessen die Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus. Insoweit aber die Lohnhöhe stark administriert wird (starke Gewerkschaften), verlangt der IWF auch oft einen Lohnstopp oder graduelle Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate. Ziel ist die Verringerung der Geldmenge auf privater Ebene im Sinne der Inflationsbekämpfung sowie die Senkung der Produktionskosten und damit die Erhöhung der Gewinne und Investitionsmöglichkeiten für die Unternehmen (neoklassische Sicht). Direkte Folge ist aber ein realer Einkommensverlust für die abhängig Beschäftigten durch die immer noch vorhandene Inflation und entsprechende Nachfrageausfälle.

Die Deregulierung von Preisen, also die Aufhebung von Preiskontrollen, meint hingegen die Abschaffung staatlich administrierter Höchstpreise und die Streichung staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel und Verbrauchsgüter, also eine Verteuerung derselben.

ad 3: Anhebung der Zinssätze (Leitzinsen)

Ziel ist gemäß der neoklassischen Theorie eine Erhöhung der Sparquote und eine Verringerung der umlaufenden Geldmenge, um dadurch die Inflation zu bekämpfen. Der gewünschte Effekt

des vermehrten Sparens durch Anhebung der Zinssätze ist – einmal abgesehen von der Fragwürdigkeit des dahinter stehenden Weltbildes (der Neoklassik) – ganz offensichtlich absurd angesichts der Mehrzahl der Verbraucher in der 'Dritten Welt', da diese mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln noch nicht einmal ihre Grundbedürfnisse ausreichend befriedigen können. In Folge der Kreditverteuerung werden aber nun die einheimischen Unternehmer entweder die Kreditaufnahme einstellen oder aber die höheren Kosten in Kauf nehmen. Dies wird dann der Fall sein, wenn noch eine zahlungskräftige Nachfrage vorhanden ist und somit die höheren Kosten über höhere Preise an die Verbraucher weitergegeben werden können. Unter Umständen kann also die Zinsanhebung sogar zu einer Steigerung der Inflation führen. In der Mehrzahl der Fälle wird aber das Ziel der Inflationsbekämpfung tatsächlich erreicht; allerdings typischerweise als einziger Erfolg eines "IWF-Paketes" (wie die SAPs auch heißen) und um den Preis bitterer Nebenwirkungen, denn die Binnenwirtschaft wird abgewürgt und gegenüber den Multis weiter benachteiligt, da diese sich aus eigenen Mitteln (der Mutter) Gelder beschaffen können und somit einen Konkurrenzvorteil haben.

ad 4: Kürzung der Staatsausgaben

Neben den bereits erwähnten Subventionen für Grundnahrungsmittel und Verbrauchsgüter sind davon hauptsächlich die Sozialressorts Bildung und Gesundheit betroffen. Die Gebühren für öffentliche Transporte und medizinische Versorgung, die Postgebühren sowie die Strom- und Wasserpreise werden angehoben und Investitionsprogramme des Staates ausgesetzt oder ganz gestrichen. Ziel ist ebenfalls die Inflationsbekämpfung. Aber besonders diese Maßnahmen sind es, die die Ärmsten am härtesten treffen und die soziale Ungleichheit immer mehr verschärfen. Sie führen deshalb regelmäßig zu sozialen Explosionen, den sog. "IMF-riots".

ad 5: Steuererhöhungen

Die Erhöhung von Steuern hat zum Ziel, die Staatseinnahmen zu erhöhen und damit die Staatsverschuldung und dadurch die Inflationsgefahr zu verringern; des weiteren, die private

Nachfrage zu beschneiden, um damit ebenfalls der Inflation entgegenzuwirken. Die einheimischen Unternehmen geben die höheren Kosten – soweit möglich – an die Käufer weiter und wirken so dem Ziel Inflationsbekämpfung entgegen. Insoweit ihnen dies nicht möglich ist, müssen sie die Produktion einstellen, aus dem Markt treten und die Volkswirtschaft schrumpft. Häufig genießen die Multis gleichzeitig Steuervorteile oder -befreiung und profitieren erneut von einem Konkurrenzvorteil.

ad 6: Abwertung der nationalen Währung

Ziel der Maßnahme ist über die Verbilligung der heimischen Währung im Ausland eine Exportsteigerung und über die Verteuerung ausländischer Währung im Inland eine Importdrosselung mit dem Ergebnis einer Verbesserung der Außenhandels- wie der Leistungsbilanz.

Mit dem Zusammenhang zwischen Wechselkursrelation und Außenhandelsbilanz hat es aber nun eine besondere Bewandnis (die viele von denen, die diese Weisheit im Munde führen, verdrängt, vergessen oder auch nie richtig durchdrungen haben): Nach erfolgter Abwertung der heimischen Währung ist nämlich die unmittelbare Konsequenz nicht etwa eine Verbesserung der Bilanz, sondern *ceteris paribus* im Gegenteil eine Verschlechterung der Bilanz durch eine weitere Steigerung der Importkosten und eine Verringerung der Exporterlöse aus dem einfachen Grund, weil die in der Ausgangssituation gegebene importierte Güter- (oder auch Dienstleistungs-)menge nunmehr teurer und die gegebene exportierte Güter- (und auch Dienstleistungs-)menge billiger geworden ist. Natürlich ist das nicht der Sinn der Sache und dabei soll es nicht bleiben und dabei bleibt es – unter bestimmten Voraussetzungen – auch nicht, sondern nunmehr werden die exportierten Güter und Dienstleistungen eben dadurch, dass sie außerhalb der eigenen Landesgrenzen billiger geworden sind, auf den Exportmärkten attraktiver, werden dadurch stärker nachgefragt, bis schließlich – im Idealfall – der erlittene Verlust durch die Minderung des Erlöses pro Gütereinheit durch eine Steigerung der Gütermengen konterkariert (also wettgemacht und übertroffen) wird. Dieser sog. J-Kurven-Effekt funktioniert allerdings idealtypisch

nur dann, wenn zwei notwendige Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die zur Debatte stehenden Import- und Exporträume weisen eine ähnliche bzw. vergleichbare ökonomische Struktur und mithin einen ähnlichen bzw. vergleichbaren Entwicklungsstand auf.

2. Die Nachfrage nach exportierten wie nach importierten Gütern muss preiselastisch sein; d.h. die Nachfrage muss auf eine Änderung der Preise auch tatsächlich – und v.a. in ausreichendem Maße – reagieren.

ad 1.: Nur dann, wenn die exportierten Güter auch im Zielland selbst hergestellt werden, hat eine Abwertung der heimischen Währung einen starken Effekt auf die Menge der exportierten Güter. Denn nur dann können die Konsumenten im Zielland aufgrund der Preisänderung eine Kaufentscheidung zugunsten der (dortigen) Importe und zuungunsten der (dort) heimischen Produzenten treffen. Werden aber die exportierten Güter im Zielland selbst gar nicht hergestellt (wie das z.B. bei Kaffee der Fall ist), so kann eine Abwertung der heimischen Währung nur dann zu einer Ausweitung der Exportmenge führen, wenn dadurch auch die Gesamtnachfrage der Konsumenten im Zielland gesteigert wird. Das ist aber dann nicht der Fall, wenn die Nachfrage gar nicht mehr vom Preis abhängig ist (weil dieser sich ohnehin auf einem Minimum bewegt (wie im Falle des Kaffees, aber auch anderer Rohstoffe; siehe 2.)). Eine durch Währungsabwertung induzierte Ausweitung der Exporte alleine auf Kosten der Exportkonkurrenz wird nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönt sein, sondern allenfalls zu einem "race to the bottom", zu einem Wettrennen gegen Null, führen, an dessen Ende die Exporteinnahmen aller noch geringer sind als in der Ausgangssituation. (Vergleichbares gilt jeweils auch für die Import-situation.)

ad 2: Eine starre Ex- und Importstruktur, d.h. eine Situation, in der sich die Nachfrage nach ex- wie nach importierten Gütern und Dienstleistungen durch eine per Wechselkursänderung induzierte Preisänderung nicht oder nur unwesentlich ändert, ist leider typisch für die meisten Entwicklungsländer; exportiert werden Rohstoffe –

und davon oft auch nur eine Sorte – deren Preise jedenfalls in einem "terms-of trade"-Sinne¹⁴ seit Jahren gefallen sind und nach denen die Nachfrage durch eine Preisänderung faktisch nicht beeinflusst werden kann. Gleichzeitig ist die Importstruktur oft genau so starr: Typischerweise ist die gesamte Infrastruktur importabhängig; insbesondere vom Erdöl. Aber auch Transportmittel wie Fahrzeuge, Ersatzteile für Maschinen, Halbfertigprodukte für die – soweit vorhanden – verarbeitende Industrie können gar nicht selbst hergestellt und müssen ganz zwangsläufig (und jedenfalls kurz- bis mittelfristig) importiert werden, nachdem sich eine entsprechende Struktur einmal etabliert hat. Einer solchen Volkswirtschaft eine Abwertung zu "empfehlen" bzw. eine Ausreichung von Krediten bzw. eine Umschuldung davon abhängig zu machen und insofern diese Ökonomien vielmehr dazu zu zwingen, abzuwerten, ist – jedenfalls im Sinne einer Entwicklung derselben – vollkommen unsinnig und kontraproduktiv und hat das gerade Gegenteil dessen zur Konsequenz, was – jedenfalls offiziell – erreicht werden soll; nämlich eine weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanz, einen dadurch höher werdenden Kreditbedarf bei gleichzeitiger Verminderung der Rückzahlungsfähigkeit, also eine Erhöhung der Verschuldung bei gleichzeitiger Verringerung der Chance, sie jemals wieder loszuwerden, ein Weitertreiben der Schuldenspirale, denn bald beginnt das Spiel von vorn. Bei erneut drohender Zahlungs- bzw. Schuldendienstunfähigkeit wird erneut verhandelt; und erneut unter den bereits bekannten Prämissen und Bedingungen und mit den zwangsläufigen "Empfehlungen" und "Angeboten". Nicht nur die "terms of trade", auch der Wert der gesamten Volkswirtschaft wird – gemessen in internationalen Währungen – durch diesen Kreislauf nach und nach vermindert und – vermittelt "depth-equity-swaps" oder anderer kosmetischer Begriffe – in einer für Kapitalgrenzen- und schrankenlosen Welt schließlich dem weltweiten Ausverkauf preisgegeben.

Die Wirkungen der SAPs können also wie folgt zusammengefasst werden: Durch Abwertungen werden Importe für die einheimischen Unternehmer teurer. Binnenwirtschaftlich bedeutet die

Abwertung der Währung zusammen mit Steuer- und Leitzinserhöhungen für einheimische Unternehmen einen Kostenanstieg; und bei einem gleichzeitigen und plötzlichen Rückgang der Kaufkraft durch Lohnstopp, Steuererhöhung, Streichung von Subventionen und Investitionen des Staates ein gutes Pleiterezepth.

Ungarn – ein historisches Beispiel für die Auswirkungen der IWF-Politik

Die Konsequenzen der Einflussnahme des IWF auf die nationale Politik lassen sich gut veranschaulichen am Beispiel Ungarns, das den etwas anderen sozialistischen Weg ging und bereits 1982 Mitglied des IWF geworden war. Insbesondere in der Phase der politischen und ökonomischen Umgestaltung um 1990 kam dem IWF eine entscheidende Rolle in der ungarischen Wirtschaftspolitik zu.¹⁵ Schon 1984 wurden im Gefolge der Unterzeichnung eines Bereitschaftskreditabkommens über 425 SZR¹⁶ eine Anzahl von Maßnahmen durchgeführt: Importbestimmungen wurden gelockert, Zölle gesenkt, Subventionen verringert und der ungarische Forint abgewertet. Zwischen 1986 und 1989 flossen weitere Weltbankkredite in Höhe von 500 Mio. US-\$ und IWF-Bereitschaftskredite i.H.v. 265 Mio. SZR in's Land. Ein zweistufiges Bankensystem wurde errichtet, eine Mehrwertsteuer eingeführt, die Börse wiederbelebt. Ausländer konnten fortan in Ungarn Unternehmen gründen. Staatseigentum ging zunächst eine Art "Mischehe" mit der privaten Hand ein und wurde allmählich ganz privatisiert. Subventionen, Importkontrollen und Preis- und Lohnbestimmungen wurden schrittweise abgeschafft, der Außenhandel für Privatunternehmer freigegeben. 1989 war Ungarn bereits eine kontrollierte Marktwirtschaft; vergleichbar denen Westeuropas in den 1950er und 1960er Jahren.

1990 und 1991 wurden neue Bereitschaftskreditabkommen über 159 und 1.114 SZR abgeschlossen. Inzwischen war die Liberalisierung des Preissystems nahezu vollendet: Während 1987 nur 41% der Konsumgüter in die Kategorie der freien oder nicht kontrollierten Waren fielen,

war dieser Wert 1991 auf 90% angestiegen. Der Außenhandel war ebenfalls fast vollständig freigegeben. Praktisch wurden alle Importe von Einschränkungen befreit. Innerhalb von drei oder vier Jahren waren Preissubventionen fast völlig abgeschafft worden und die Nationalwährung war im Geschäftsleben konvertibel.

Die Ergebnisse der Schocktherapie und des Schuldendienstes ließen nicht lange auf sich warten. Erwirtschaftete Ungarn 1989 noch einen Handelsbilanzüberschuss von 780 Mio. US-\$, so verkehrte sich dieser in den Folgejahren in's Gegenteil: 1993 und 1994 entstand ein Außenhandelsdefizit i.H.v. 3 bzw. 3,5 Mrd. US-\$ (und schwankt seitdem zwischen 2 und 3 Mrd US-\$ jährlich). Das Haushaltsdefizit lag 1993 bei 6% und 1994 bei 7,6% des BIP. Dabei ist bemerkenswert, dass das wachsende Haushaltungleichgewicht allein durch schnell steigende Zinszahlungen verursacht wurde (die sich z.B. 1997 auf ein Drittel der staatlichen Steuereinkünfte beliefen), denn die sog. Primärbilanz, die die Zinszahlungen auf Staatsschulden nicht berücksichtigt, wies weiterhin bedeutende Überschüsse auf; d.h. dass die Haushaltseinkünfte dem Bedarf im staatlichen Sektor und in den Sozialprogrammen gerecht wurden. Das Brutto-sozialprodukt sank dramatisch (allein 1991 um 11,9%) und hatte erst 1996 wieder den Stand von 1980 erreicht.

Die finanzielle Lage Ungarns verschlechterte sich ständig. Um die drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, billigte die Regierung im März 1995 ein Stabilisierungspaket. Im Paket waren u.a. eine wesentliche Abwertung des Forint, die Auflage sog. "nationaler Sparprogramme" mit der Konsequenz der Kürzung von Sozialausgaben und die Einschränkung von Lohnzahlungen. Der IWF begrüßte dieses Paket, aber es genügte seinen Anforderungen noch nicht. Im Sommer des Jahres wurde der Brief von Massimo Rosso, eines hochrangigen Fond-Mitarbeiters, der an den ungarischen Finanzminister gerichtet war und ganz offenbar der Vorbereitung eines geheimen Abkommens zwischen Regierung und IWF dienen sollte, Journalisten zugespielt, in der Presse veröffentlicht und in der Öffentlichkeit heiß diskutiert.

Darin heißt es u.a.:

"(ii) Übereinstimmend mit diesem Ziel bestärken wir Sie (in Ihrem Entschluss), den konsolidierten Staatshaushalt – einschließlich Sozialversicherungsfonds – bei einem Defizit unter 4% des BIP zu halten; die Verwirklichung dieses Ziels wird jedoch hartes Durchgreifen erfordern, ... besonders in den Sozialversicherungsfonds;

(iii) Lohnzurückhaltung ist grundlegend für viele Gesichtspunkte Ihres Programms. ... Das Ziel, die Inflation auf eine jährliche Rate von etwa 10% im 4. Quartal 1996 zurückzuführen, ... wird nicht machbar sein, ohne dass die angestrebte Zurückhaltung des Nominallohns erreicht werden kann.

(iv) ...

(v) Die Privatisierung sollte rasch voranschreiten. ... (Anzustreben sind) eine Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor sowie Maßnahmen zur Verbreiterung der Steuerbasis. ... Und in der Sozialversicherung sollte über ein staatliches Aufgebot von Strukturveränderungen schneller Fortschritt erreicht werden ..." usw.

Mit der Einführung der Mehrwertsteuer stieg die jährliche Inflation zwischen 1988 und 1991 von deutlich unter 10% in den zweistelligen Bereich. Über die folgenden drei Jahre vervierfachte sich die Inflationsrate und bewegte sich bis zur Mitte der 1990er Jahre zwischen 20% und 30%. Beginnend mit 1992 wurde die Geldpolitik spürbar verschärft, wodurch die Zinssätze deutlich auf ein Niveau über der realwirtschaftlichen Rendite getrieben wurden. Die Folge war, dass Finanzmarktinvestitionen die besten Profite erzielten und die industriewirtschaftliche Tätigkeit auf niedrigem Stand blieb. Tragischerweise wurde aber durch die Zinserhöhung noch nicht einmal die Inflation bekämpft, weil das bei Größenordnungen von 25-30% gar nicht mehr so ohne weiteres funktioniert (wie oben bereits angedeutet). Im Gegenteil trug die IWF-Politik selbst zum Inflationsdruck bei: Denn die hohen Zinssätze drosselten die Produktion. Das unzureichende Angebot stieß nun auf eine starre (bzw. wenig preiselastische Nachfrage) und verhinderte dadurch einen Rückgang der Inflation.

Seit Beginn des Systemwandels in Ungarn haben sich die Reallöhne deutlich verschlechtert: Zwischen 1989 und 1996 sanken sie um ca. 24%, im Jahresdurchschnitt also um 3,8%. 1997 war erstmals ein Anstieg um 5% zu verzeichnen, der sich aber kontinuierlich zurückentwickelt und in 2000 bei 2,9% lag. Das durchschnittliche Nettomonatseinkommen liegt gegenwärtig noch immer in der Größenordnung von 250 \$. Diese Zahlen beschreiben aber nur das statistische Mittel. Denn zeitgleich entwickelten sich die Einkommen in den unterschiedlichen Industriesektoren und den verschiedenen Einkommensklassen immer weiter auseinander.

In Konsequenz der dargestellten Entwicklungen ist in Ungarn eine sehr ungleiche Gesellschaft entstanden. Während die Herausbildung einer breiten Mittelklasse versprochen wurde, die eine gesunde Basis für eine zivile Demokratie bilden sollte, entstand tatsächlich eine sehr kleine, aber sehr reiche Oberschicht, während sich der Lebensstandard für die große Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte. Die ursprüngliche Mittelklasse, die sich in den 1970er Jahren gebildet hatte, ist sehr schmal geworden und zeitgleich eine große Klasse sehr armer Leute neu entstanden. Während sich – wie bereits erwähnt – seit der "Wende" die Reallöhne im Durchschnitt um ca. 20% zurückentwickelt haben, liegt der entsprechende Wert für breite Schichten der Bevölkerung bei weit über 50%! Es gibt Dörfer, in denen fast die gesamte Bevölkerung arbeitslos ist. Die IWF-gestützte Strukturanpassungspolitik brachte Verluste quer durch die gesamte ungarische Gesellschaft, aber am meisten zu leiden hatten die Rentner, die Großfamilien und die Zigeuner. Hunger, ein zuvor unbekanntes Problem, ist als Phänomen neu entstanden und verbreitet sich weiter.

Argentinien – ein aktuelles Beispiel für die Auswirkungen der IWF-Politik

Der Grundstein für Argentinien's Verschuldung wurde mit dem Militärputsch und der Machtübernahme von General Videla im Jahre 1976 gelegt. Die Diktatur, die schließlich im Jahre

1983 ihr Ende fand, war die mit Abstand grausamste in der Geschichte des Landes. Allein 30.000 Tote gingen auf das Konto der Generäle; von anderen Verbrechen einmal abgesehen.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme belief sich die Außenverschuldung Argentinien's noch auf moderate 7 Mrd. US-\$. Das in aller Welt bekannte Gebaren der Machthaber konnte weder die internationale Finanzwelt noch IWF und Weltbank von einer großzügigen "Bereitschaft zur Zusammenarbeit" abhalten. Diese bestand zunächst in einer fachkundigen Beratung des Inhalts, dass eine Entwicklung des Landes allein durch Kapitalzuflüsse von außen möglich sei und ansonsten die Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital dereguliert werden müssten. Dass diese Rechnung nur aufgeht, wenn nachhaltig Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet werden können, wurde dabei weder besonders betont noch eine diesbezügliche Chance unter den gegebenen Bedingungen jemals ernsthaft dargelegt.

Gleichwohl hat Argentinien – beginnend unter der Militärjunta – dereguliert und liberalisiert, Staatsunternehmen privatisiert und Märkte geöffnet wie kaum ein anderes Land auf der Welt. Seit den 1980er Jahren hat sich das Land streng an alle Auflagen aus Washington gehalten und entsprechend großzügig flossen die Kredite an den Musterschüler. Domingo Felipe Cavallo, während der Diktatur Präsident der Zentralbank, später im Kabinett Menem Wirtschaftsminister, war jahrelang Star des Davoser Wirtschaftsforums. Carlos Menem selbst, Staatspräsident seit 1989, wurde zu seinen Glanzzeiten als Wunderknabe der Modernisierung auch bei den Bundesverbänden der Industrie (BDI) und der Arbeitgeberverbände (BDA), bei Daimler und BMW herumgereicht.¹⁷

Bereits 1982 stand Argentinien unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Dieser Umstand veranlasste den mittlerweile verstorbenen Journalisten Alejandro Olmos seinerzeit, Klage zu erheben. Die 18 Jahre lang gerichtlich geführte Untersuchung mündete unter dem Richter Dr. Jorge Ballesterio im Juli 2000 in das entsprechende – und 195 Seiten dicke – Urteil des Gerichtshofes der Republik Argentinien, demzufolge die Schulden

des Videla-Regimes illegitim sind und im Widerspruch zur Gesetzgebung und zur Verfassung des Landes stehen. Die eigentliche Ursache der argentinischen Schuldenkrise liege in einem Mechanismus von Verschwendung und Veruntreuung von Geldern, in den die argentinische Regierung, der IWF, die privaten Banken Nordamerikas und sogar die Federal Reserve verwickelt sind. Der Gerichtshof hat dem Kongress empfohlen, sich auf dieses Urteil zu berufen, um über die Streichung der Schulden zu verhandeln.¹⁸

Die vielleicht mysteriöseste Rolle spielte dabei ein gewisser Dante Simone, IWF-Mitarbeiter, der aber während der gesamten siebenjährigen Phase der Diktatur von Washington beurlaubt war und stattdessen in den Diensten der Militärjunta stand. Formal war er Angestellter der Zentralbank des Landes und seine Aufgabe bestand darin, möglichst diskret private ausländische Finanzquellen zu suchen und zu finden. Dies fiel nicht mehr so schwer, nachdem der IWF bereits kurz nach der Machtübernahme eine kräftige Kredittranche freigegeben und damit privaten Geldgebern Anlagesicherheit signalisiert hatte. Auf Seite 31 des Urteils geht es um einen Bericht, den Dante Simone für Domingo Cavallo (während der Junta Chef der Zentralbank) verfasst hat und in dem versichert wurde, dass es bezüglich der Verschuldung einen großen Spielraum gäbe, bevor es zu wesentlichen Gefahren kommen würde.¹⁹ Wundersamerweise tauchte eine Kopie dieses Berichtes später auch beim IWF auf, obzwar es sich doch dabei um eine innerargentinische Angelegenheit – und zumal eine vertrauliche – handeln sollte.

Das Urteil zeigt auch, wie Bankkredite, die dem Land als solchem gewährt worden waren, niemals dort angekommen sind, sondern durch eben diese Banken im Namen von Scheinfirmen in Steuerparadiese umgeleitet worden sind. Ein großer Teil der übrigen Gelder diente anderen Formen der persönlichen Bereicherung bzw. wurde bestenfalls verschwendet: Große private Gruppen, die mit Junta-Wirtschaftsminister Martinez de la Hoz befreundet waren, wurden großzügig subventioniert. Des weiteren galt es, den blutigen Staatsterror zu finanzieren sowie den

ebenfalls blutigen, vor allem aber völlig überflüssigen und unsinnigen – und gegen England niemals zu gewinnenden – Krieg um die Falkland-Inseln.

Insoweit noch von Wirtschaftspolitik gesprochen werden konnte, bestand sie im Versuch der Etablierung exportorientierter Industrien. Dieser wurde jedoch überlagert von einer flächendeckenden (und der Deregulierung der Zölle geschuldeten) Deindustrialisierung und dem Zusammenbruch ganzer Industriezweige; zuerst der Textil- und der Leder verarbeitenden Industrie. Die dadurch induzierten Importüberschüsse mussten ebenfalls durch weitere Kapitalimporte ausgeglichen werden. Zum Ende des Videla-Regimes im Jahre 1983 belief sich die Außenverschuldung bereits auf 45 Mrd. US-\$ (aber der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt war von 43% auf 22% gesunken). Eine Basis war gelegt. Wie nicht anders zu erwarten, wurden auch weiterhin – nunmehr im Zeichen der Demokratie unter Präsident Alfonsin – Defizite statt Überschüsse erwirtschaftet. Die Notwendigkeit der Aufnahme von immer mehr und immer höheren Nettokrediten musste fortan nicht mehr großartig begründet werden, sondern ergab sich nunmehr ganz von selbst. Ganz wie von selbst erübrigte sich auch jede Diskussion über die Sinnhaftigkeit weiterer Maßnahmen zur Deregulierung und Liberalisierung, da die "Befolgung dieser Ratschläge" oder besser die Einhaltung dieser Bedingungen eine notwendige Voraussetzung für die Ausreichung weiterer Kredite und insofern dafür war, dass man nicht schon damals den Staatsbankrott erklären musste.

Der Versuch, wenigstens die Schulden im Binnenbereich, die es ebenfalls gab, wegzuflationieren, führte zu einer Hyperinflation von bis zu 5.000% und hat die Regierung Alfonsin 1989 hinweggefegt. Um so radikaler waren die Maßnahmen des Nachfolgers Carlos Menem: Privatisierung der öffentlichen Unternehmen – im Gegensatz zu Mexiko einschließlich des Ölssektors, Erhöhung der Zinssätze, Liberalisierung auch im Agrarbereich und eine Währungsreform. Die neue Währung, der Peso, wurde im Verhältnis 1:1 an den US-\$ gekoppelt. Eine neue Finanzoligarchie konnte sich etablieren, die Geld billig

(zu vergleichsweise günstigen Zinssätzen) im Dollarraum aufnahm und teuer (zu höheren Zinssätzen) im Inland weiterverlieh. Selbst Milton Friedman bezeichnete das als Betrug an den Argentinern. Mit der Maßnahme war aber auch eine eigenständige Geldpolitik unmöglich geworden. Da vollständige Konvertibilität garantiert wurde, musste in Höhe der umlaufenden Pesos US-\$ von der Zentralbank aufgeschätzt und vorgehalten werden, was wiederum nur möglich war, indem Waren bzw. Dienstleistungen in die USA bzw. in den Dollarraum geliefert und auf eine entsprechende Gegenleistung verzichtet wurde. Eine Erhöhung der Geldmenge im Inland war also immer nur möglich, indem Dollars "draußen" eingeworben wurden; entweder für den Keller der Zentralbank oder als echtes Zahlungsmittel. Die Nachteile waren also dieselben wie die einer vollständigen Dollarisierung. Gleichzeitig verzichtete man dadurch aber auf den Vorteil der Glaubwürdigkeit der US-Währung, denn der Peso konnte selbige trotz aller "convertibilidad" im Verhältnis 1:1 nie erreichen; und nicht zu Unrecht, wie sich mittlerweile zeigte.

Das 1989 größte Problem aber, die Inflation, war zunächst gestoppt und führte zu neuen ausländischen Investitionen. 1993 wurde der sog. "Brady-Plan" umgesetzt, der im Zuge sog. "debt-equity-swaps" zur Umwandlung von Schulden in ausländische Beteiligungen an vormalig staatlichen Unternehmen führte. Bekannteste Beispiele waren die "Aerolineas Argentinas" sowie das Kommunikationsunternehmen "ENITel". Wirtschaftsminister Carvallo begann alsbald, Schulden großer privater Unternehmen zu verstaatlichen. Seitdem zahlt Argentinien auch deren Tilgungen und Zinsen. In Folge der genannten Maßnahmen war die erste Hälfte der 1990er Jahre tatsächlich von Prosperität gekennzeichnet. Die Wirtschaft wuchs teilweise sprunghaft: 1991 um 36% und 1992 um 22% und auch die Löhne stiegen, wenn auch nicht im selben Maße; freilich um den Preis einer immer weitergehenden Verschuldung bzw. eines allmählichen Ausverkaufs des Landes. Denn jetzt wurden Kredite noch bereitwilliger und großzügiger gewährt. Argentinien war der ausge-

machte Musterschüler von IWF und Weltbank. Daran änderte sich zunächst auch nichts, als das Strohfeuer bereits 1995 wieder erloschen war (Wachstum - 0,1%) und v.a. in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als sich endgültig zeigte, dass alles nur auf Sand gebaut war.

Der steigende Dollarkurs schränkte die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Wirtschaft immer weiter ein. Bereits ab 1995 zogen sich die privaten internationalen Kapitalgeber signifikant zurück. Das laufende Defizit wurde immer höher, parallel zu den Auslandsschulden. In Folge der totalen Liberalisierung des Kapitalverkehrs konnten die ausländischen Konzerne ihre Gewinne (bzw. das, was sie so benannten - s.o.), ohne jede Einschränkung ins Ausland transferieren. Aber auch die gesetzwidrige Flucht des lokalen Kapitals ging mühelos vonstatten: 1998 belief sich die Steuerflucht auf ca. 40 Mrd. Dollar. Der Umstand, dass Argentinien - "vorschriftsmäßig" - Unternehmensgewinne niedriger besteuerte als z.B. die USA (und im Gegenzug die Mehrwertsteuer von 14% auf 21% erhöhte), half nichts. Der Staat erhielt nur noch die Hälfte der Steuereinnahmen, die ihm eigentlich zustanden. Berechnungen zufolge zahlten nur 17% der Empfänger hoher Einkommen²⁰ eine Einkommenssteuer. Kurioserweise wurde das Geld dann im Ausland - nunmehr anonymisiert - größtenteils in "Argentinienfonds" investiert (die Geschichte wird darüber richten, ob das als Patriotismus durchgehen kann). Denn gerade aufgrund der prekären Situation des Landes warfen diese hohe Renditen ab.

Allein während des Jahres 1999 nahmen die argentinischen Schulden um 12 Mrd. \$ zu. Die (Zins-)Konditionen der privaten Kapitalmärkte waren bereits ungeheuerlich. Das Land unterschrieb deshalb ein Abkommen mit dem IWF über 7,2 Mrd. Dollar, das ihm aber auferlegte, sein Haushaltsdefizit von 7,1 Mrd. auf 4,7 Mrd. innerhalb eines Jahres zu reduzieren, also im Haushalt 2000 Ausgabenkürzungen in Höhe von 2,5 Mrd. vorzunehmen. Wo der Hammer hängt, machte der unter der Regierung de la Rúa (seit 24.10.1999) im Frühjahr 2001 kurzfristig als Wirtschaftsminister "wiederbelebte" Domingo Cavallo plastisch: Erst müssten die internatio-

nalen Anleger bedient werden, die die sog. "Euro-Bonds" und "Brady-Bonds" halten. Dies gelte auch dann, wenn die bereits unter dem Existenzminimum liegenden Zahlungen an die Rentner weiter gekürzt werden müssten.²¹

Mitte 2000 war der freie Kapitalmarkt für Argentinien faktisch verschlossen. Ende des Jahres schnürte der IWF ein Langfrist-Hilfspaket von 39,7 Mrd. \$. unter sattem bekannten Bedingungen: Liberalisierung des Gesundheitswesens, Deregulierung der Schlüsselbereiche Energie und Telekommunikation, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verstärkung der Privatisierungen usw.. Mitte 2001 kündigte die Regierung de la Rúa eine Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 14% an. Im selben Jahr haben die argentinischen Banken 20% ihrer Einlagen verloren. Die Zentralbank büßte mit 18 Mrd. Dollar die Hälfte ihrer Reserven ein. Am 30. November erreichte der Kapitaltransfer von Privaten ins Ausland 700 Mio. US-\$. Verzweifelt versuchte die Regierung, die weitere Kapitalflucht zu unterbinden und die internationalen Zahlungsrückstellungen der Zentralbank zu retten: Privathaushalte durften ab sofort nur noch 1.000 US-\$ im Monat von ihren Konten abheben. Die Maßnahme spottete der neoliberalen Doktrin Hohn und war mit dem IWF auch nicht abgestimmt. Dieser reagierte auch sichtlich "not amused", stoppte die Auszahlung einer fälligen Tranche in Höhe von 1,2 Mrd. \$ mit sofortiger Wirkung und machte die weitere Auszahlung von einer Politik des "Nulldefizits" abhängig. Um überhaupt eine Chance auf "fresh money" am internationalen Kapitalmarkt zu haben, musste Argentinien zu diesem Zeitpunkt bereits 40% allein an Risikoprämie zahlen. Es kam zu den bekannten Hungerrevolten und schließlich zum Sturz der Regierung und zum Zusammenbruch des Landes.

Der Anteil des argentinischen Schuldendienstes an den Exporteinnahmen bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 50% und 75% und die absolute Außenverschuldung belief sich zuletzt auf sagenhafte 140 Mrd. US-\$. In 2001 schlossen 10.000 Betriebe ihre Tore für immer. Das Bruttoinlandsprodukt Argentiniens sank im letzten Jahr um 4%. Für 2002 rechnet man mit mindestens 5%, Pessimisten mit 10%. Der Handel

berichtet von Umsatzeinbußen von bis zu 60% gegenüber dem Vorjahr; ähnliches wird für die Importe und Exporte vermeldet.²² 40% der Industrie und 90% der Banken sind in den Händen ausländischen Kapitals. Gesundheitswesen und Bildung sind zerfetzt respektive "liberalisiert", d.h. nur noch einer kleinen zahlungskräftigen Schicht zugänglich. Hunderttausende ehemalige Angestellte des öffentlichen Dienstes stehen auf der Straße; nur zum geringsten Teil "Wasserkopf-Beamte", sondern gerade Kräfte aus den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Soziales. Von den 36 Millionen Argentinern leben 14 Millionen offiziell unter der Armutsgrenze! Der mittlere Lohn derer, die noch eine Arbeit haben, ist gegenüber 1974 nur noch die Hälfte wert.²³ Armut und Ungleichheit nehmen täglich zu. Das Scheitern ist dramatisch – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich. Argentinien, das ist – schlimmer denn je: Rezession, Inflation, wenig Wachstum und viel Verschuldung.

Entwicklung früher ...

Ein sehr gutes und sehr positives Beispiel für Entwicklung ist unser eigenes Land. In der Ausgangssituation 1945 war Deutschland auf die Leistungsfähigkeit eines Entwicklungslandes zurückgeboht. Auch dieses Entwicklungsland hat Entwicklungshilfe von außen erhalten, die allerdings wie folgt gekennzeichnet war:

1.: Schuldenerlass. Im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens von 1953 wurden der größte Teil der Vor- und Nachkriegsschulden generös erlassen. Für den Schuldendienst der verbliebenen Schuld wurde eine Obergrenze von 5% des BSP festgelegt.²⁴ Bereits 1960 war Deutschland schuldenfrei.

2.: Transferleistungen (geschenktes Geld) und neue Kredite zu sehr günstigen Konditionen im Rahmen des sog. Marshall-Planes wurden gewährt. Die Kredite waren durch niedrige Zinsen und längere tilgungsfreie Phasen gekennzeichnet und vor allem dadurch, dass Deutschland (jedenfalls teilweise) die Kredite in D-Mark zurückzahlen durfte, was eine Orientierung auf Entwicklung der Binnenwirtschaft erlaubte, die

heimische Währung stärkte und schließlich Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen induzierte.

3.: Handelspräferenzen (also das Recht, Waren zu sehr günstigen Bedingungen – bei wenig oder gar keinem Zoll – z.B. in die USA zu liefern) bei gleichzeitiger Einräumung des Rechts auf Schutz der heimischen Wirtschaft durch Zölle und Handelsbeschränkungen.

... und heute

Mit den Entwicklungsländern von heute wird ganz anders umgesprungen: Die Schulden werden nicht erlassen (bzw. nicht in einem auch nur annähernd vergleichbaren Ausmaß; als Fortschritt gilt es z.B., wenn der Schuldendienst auf 25% der Exporterlöse reduziert wird), die Kredite sollen in Dollar bezahlt werden (Zwang zur Exportorientierung) und bei den Handelspräferenzen verfährt man ähnlich wie im Falle Deutschlands, nur umgekehrt: Der Süden soll seine Grenzen für Waren aus dem Norden weit und immer weiter öffnen, während der Norden die Einfuhr (insbesondere verarbeiteter) Produkte aus dem Süden behindert, beschränkt, verteuert, verunmöglicht. "Dabei wird dem Süden der Abschied von seiner klassischen Rolle als Rohstofflieferant gezielt erschwert: Je höherwertiger seine Produkte, desto höher die Zollbarrieren."²⁵

"So wie ein Schuldnerland, das eine Auslandsschuld abtragen möchte, mehr Güter und Dienstleistungen ins Ausland verkaufen muss, als es selbst von Drittländern bezieht, so muss auch eine Gläubigernation, die ihr Geld zurückhaben will, bereit sein, mehr Güter und Dienstleistungen aus dem Ausland zu beziehen, als sie dorthin verkauft. ... Der Umfang, in dem ein solches Gläubigerland einen Importüberschuss akzeptiert, ist ein Gradmesser für seine Bereitschaft, Zahlungen zur Tilgung der Schulden von anderen Ländern entgegenzunehmen."²⁶

Ganz offenbar wusste man also schon vor über 50 Jahren, wie Entwicklung tatsächlich funktioniert. Und es fällt sehr schwer zu glauben, dass man das inzwischen wieder vergessen oder verlernt hat. Genauso schwer fällt es, zu glauben, dass es an entscheidender Stelle ein

ernsthaftes Interesse daran gibt, dass die Schulden der Dritten Welt jemals zurückbezahlt werden. Wozu auch? Wohin mit dem Geld? Die Kapitalmärkte ertrinken ohnehin in Liquidität und die Zinsen wollen immer weiter nach unten. Jede Dorfbank freut sich über möglichst langlaufende Darlehen zu einträglichen Zinsen und nicht darüber, dass ihr die Kundschaft ausgeht. Das ist bei den Weltdorfbanken nicht anders. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Zinsen regelmäßig bezahlt werden. Und dass das auch so bleibt, dafür sorgt man auch.

Dabei ist die Leistung von Zahlungsverpflichtungen aus Schulden keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern durchaus abhängig von Machtkonstellationen: Auf individueller Ebene wird dies z.B. sichtbar an der Bereitschaft bei gleichzeitiger Fähigkeit zur Ausübung von Gewalt (Wie begleicht wohl die Mafia ihre Schulden?). Auf der Ebene der Staaten geht es um politische bzw. militärische Macht: "In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts (gemeint ist das 19.) waren es die Vereinigten Staaten selbst, die ihre Zahlungen an europäische Gläubiger einstellten, ohne dass darüber die Welt unterging."²⁷ Aber zur selben Zeit zogen sie gegen Mexiko und andere Länder des Kontinents zu Felde, um deren Schulden einzutreiben. Auch heute bezahlen die USA ihre Schulden (sie sind ja mittlerweile selbst der größte Schuldner der Welt) nicht etwa mit realen Gütern und Dienstleistungen, sondern mit einer fragwürdigen Weltleitwährung, dem US-Dollar, dessen Wertschätzung nicht etwa mit der US-amerikanischen Leistungsbilanz erklärt werden kann (die ist seit Jahrzehnten jämmerlich und hoffnungslos negativ), sondern mit der permanenten Sicherung und Ausweitung politischer und letztlich militärischer Macht.

Spätestens seit der Asienkrise, als insbesondere IWF, aber auch Weltbank nicht nur falsch diagnostizierten, sondern auch die falsche Medizin verschrieben und die Therapie dann auch noch falsch implementierten, stehen die beiden Institutionen unter Dauerbeschuss; und nicht mehr nur von Seiten notorischer Linker.

Zu den Kritikern gehört zum Beispiel auch der (oben bereits erwähnte) Stanford-Professor und

Ex-Berater von Bill Clinton Joseph E. Stiglitz, der 2001 den Nobelpreis für Ökonomie erhalten hat. Die Verleihung galt als pikant, weil Stiglitz von 1997 bis Anfang 2000 Chefökonom der Weltbank war, aber vorzeitig von diesem Amt zurücktrat, nachdem er Zweifel an der Politik von Weltbank und IWF bekommen hatte; insbesondere nach den Politik-Empfehlungen der Institutionen bei Beginn der Asien-Krise (1998). Während der IWF den krisengeschüttelten Ländern die Liberalisierung ihrer Finanzmärkte und den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen empfahl, plädierte Stiglitz für den genau entgegengesetzten Weg: Erst der Aufbau robuster Institutionen und eine strenge staatliche Regulierung könne Entwicklungsländern Wachstum bringen. Der Berliner "Tagesspiegel" kommentierte: "Mit der Verleihung des Nobelpreises an Stiglitz stellt sich das Nobelpreiskomitee also gegen IWF und Weltbank."²⁸ Seine Kritik hatte Stiglitz auch auf die theoretischen Grundlagen ausgeweitet und öffentlich geäußert. Er nahm dabei kein Blatt vor den Mund: Nachdem die Liberalisierung der Finanzmärkte 1998 in Südostasien zum Crash führte, waren es, so Stiglitz "die Arbeiter, die die Kosten – in Form von hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen – zu tragen hatten. Von den Arbeitern wurde verlangt, auf den Sermon von der 'Opferbereitschaft' zu hören, nachdem kurz vorher die gleichen Prediger verkündet hatten, dass Globalisierung und die Öffnung der Kapitalmärkte ihnen nie da gewesenes Wachstum bescheren würden."²⁹

Auch zu Argentinien hat sich Stiglitz eindeutig geäußert: "Die Probleme Argentiniens sind das Ergebnis einer jahrelang verfehlten Strategie. Dass die makroökonomische Disziplin, die der IWF dem Land seit Jahren auferlegt, fehlschlagen musste, war abzusehen. Die Folgen waren genau so schlimm wie erwartet und werden das auch jetzt wieder sein. Man kommt nicht aus der Rezession heraus, indem man Ausgaben kürzt. Aber das ist genau, was der Fonds behauptet. ... Letztlich geht es um Wachstum und Beschäftigung. Dieses Ziele ist in Argentinien viel zu lange verletzt worden, ohne dass irgendwer gegen die hohen Arbeitslosenquoten protestiert hätte. Und der IWF gefiel sich darin, das Land als Musterschüler zu präsentieren."³⁰

Seitdem hat sich zwar nichts wirklich Grundlegendes, aber eben doch einiges getan. Selbst in Weltbankstudien sind mittlerweile Sätze zu lesen wie: "Globalisierung und weltweite Ungleichheit hängen zusammen."³¹ Oder auch: "... dass der Wechsel zu einem offeneren Außenhandelsregime das Einkommen der 40% ärmsten Bevölkerungsmitglieder drückt. ... Die Kosten des Anpassungsprozesses werden demnach von den Armen getragen, und zwar unabhängig davon, wie lange der Prozess dauert."³²

Das Entwicklungskonzept von Hernando de Soto

Aber statt einer Auflistung der Reformen und Reförmchen und Euphemismen soll an dieser Stelle eine Idee präsentiert werden, die die Hoffnung auf eine unabhängige und nicht vom Norden kommandierte Entwicklung der Dritten Welt wieder näher rücken lässt und die den besonderen Charme hat, daß sie aus dem Süden selbst stammt:

Der peruanische Entwicklungsökonom Hernando de Soto hat auf der Südhalbkugel den sog. informellen Sektor im Blick, der in Ländern wie Peru und Bolivien gut die Hälfte des gesamten Wirtschaftsgeschehens ausmacht; also typischerweise die nach klassischem Begriffsverständnis illegal auf fremdem Grund und Boden errichteten Hütten, die bewohnt werden, wo aber auch produziert und dienstgeleistet wird. In Ägypten – so stellte er fest – leben mehr als 90% der städtischen und mehr als 80% der ländlichen Bevölkerung in illegal errichteten Häusern. In Peru werden 90% des Ackerlandes informell von Kleinbauern genutzt. Die Informalität des informellen Sektors betrachtet de Soto als Hauptentwicklungshemmnis deshalb,³³

1. weil solche Kleinbetriebe jedenfalls mittel- und langfristig nicht planen und kalkulieren können (denn die Betriebe könnten ja durch eine Laune des Polizeichefs nächsten Tags geschlossen werden), weil sie keine Werbung betreiben, Umsatzsteuer nicht verrechnen und Ansprüche aus mündlichen Absprachen (Verträge gibt es ja nicht) vor Gericht nicht durchsetzen können (was ebenfalls höhere Kosten bedeutet),

weil sie zu einer starken Kassenhaltung (Bankkonten können bzw. "dürfen" sie ja nicht unterhalten) bzw. zur Hortung von Bargeld regelrecht gezwungen sind, dadurch wiederum zum einen dem Markt Liquidität entziehen und zum anderen der Inflation schutzlos ausgeliefert sind; weil sie durch die Konditionen der Informalität also – trotz Effektivität und Kreativität – auf eine Subsistenzorientierung zurückgeworfen sind,

2. aber auch, weil in diesem Bereich, eben im informellen Sektor, zwar Besitz, aber eben kein Eigentum in unserem Begriffsverständnis existiert und insofern für die Betroffenen auch nicht die Möglichkeit, selbiges Eigentum zu verpfänden und auf diese "natürliche" Art und Weise an inländische Kredite zu kommen, zu investieren und dadurch wiederum Nachfrage, Angebot und Effizienz zu induzieren. Falls sie überhaupt Zugang zu Fremdkapital bekommen, so nur zu stark überhöhten Zinsen bei informellen Geldverleihern.

De Soto nennt den Besitz der informellen Unternehmer "totes Kapital", denn obwohl sie über Häuser und Gerätschaften verfügen, sind sie nicht in der Lage, dieses Kapital ökonomisch zu nutzen, können es nicht veräußern und nicht beleihen. Nach seiner Ansicht bedürfen informelle Betriebe auch keiner speziellen Wirtschaftsförderung, da ihnen eine vergleichbare oder sogar noch größere Effizienz und Innovationskraft als Unternehmen des formellen Sektors ohne weiteres zugebilligt werden muss. Aber die Deckelung dieser unternehmerischen Dynamik muss durchbrochen werden – durch die Verleihung von Eigentumstiteln, also durch die Legalisierung des Faktischen. Ergo wird als "die" Entwicklungsstrategie eine möglichst weitgehende, möglichst umfassende und möglichst rasche Formalisierung des informellen Sektors betrachtet, die zwar ebenfalls kostet, aber längst nicht so viel wie z.B. das, was internationale Entwicklungshilfe ansonsten kostet und gleichzeitig – auch pekuniär – messbare Entwicklungspotenziale freizusetzen in der Lage ist, die ein Vielfaches des Volumens ausmachen, was klassische Entwicklungshilfe bislang umfasst.

Hernando de Sotos "Instituto Libertad y Democracia" (ILD) in Lima hat diverse länderspezifische

Analysen, aber auch konkrete Umgestaltungsmaßnahmen in Südamerika, Ägypten und Haiti durchgeführt und beträchtliche Erfolge erzielt: In Peru erreichte er Eigentumstitel für städtische Informelle und de-facto-Landbesitzer, etwa 300.000 Unternehmensregistrierungen und 350.000 Legalisierungen von Immobilienbesitz. Die peruanischen Betriebe, die im Zuge dieser Reformen einen Eigentumstitel für ihren Besitz erreichen konnten, hatten im Durchschnitt eine um 40% höhere Produktion als diejenigen Betriebe, die noch in rechtlich unsicherem Rahmen produzierten. Etwa ein Viertel der neuen Eigentümer bekam erstmals Zugang zu Bankkrediten. De Soto selbst schätzt, dass durch diese Maßnahmen eine halbe Million neuer Arbeitsplätze entstanden sind (bei 20 Mio. Einwohnern in Peru also eine ganze Menge). Der Staatshaushalt des Landes profitierte ebenfalls, da (trotz einer zeitgleich erfolgten deutlichen Steuersenkung für die einzelnen Unternehmen) die Neuregistrierungen zu einer Vervielfachung der gesamten Steuereinnahmen aus diesem Bereich beitrugen.

De Sotos Popularität in Peru ist mittlerweile so groß, dass er zu Beginn des Jahres 2001 für die peruanische Präsidentschaft kandidierte. Sollten seine Beispiele Schule machen, so steht der sog. Dritten Welt, aber auch unserer "ersten" ein ernstzunehmender Wandel bevor: Denn in Volks- oder Geld- oder Eigentumswirtschaften, in denen stabiles Geld per Kreditschöpfung im Binnenraum entstehen kann und in denen solchermaßen aus eigener Kraft ökonomische Potenziale der Nachfrage, des Angebots und der Effizienz freigesetzt werden, gibt es weder die Notwendigkeit noch in vergleichbarem Maße überhaupt die Möglichkeit eines Kapitalimports von außen und damit von Abhängigkeits-, Verschuldungs- und Ausbeutungsspiralen über Zinseszinsmechanismen.

Von der Gegenwart zur Zukunft

In der Geschichte der Menschheit war der Unterschied zwischen Arm und Reich noch nie so groß wie heute. Aber in der Geschichte der Menschheit wurde das Leben der Reichen den Armen auch noch nie so sehr vor Augen geführt.

Diese Menschen werden mit den Heilsversprechen der schönen neuen Welt von Hollywood, Bollywood & Co. überschüttet, die für sie doch ewig unerreichbar bleiben. Orhan Pamuk, der als der bedeutendste zeitgenössische Schriftsteller der Türkei gilt, schreibt: "Der Westen hat leider kaum eine Vorstellung von diesem Gefühl der Erniedrigung, das eine große Mehrheit der Weltbevölkerung durchlebt und überwinden muss, ohne den Verstand zu verlieren oder sich auf Terroristen, radikale Nationalisten oder Fundamentalisten einzulassen. ... Heute ist das Problem des Westens weniger, herauszufinden, welcher Terrorist in welchem Zelt, welcher Gasse welcher fernen Stadt seine neue Bombe vorbereitet, um dann auf ihn Bomben regnen zu lassen. Das Problem ist mehr, die seelische Verfassung der armen, erniedrigten und stets im "Unrecht" stehenden Mehrheit zu verstehen, die nicht in der westlichen Welt lebt."³⁴

Am 11. September 2001 war nicht die westliche Zivilisation das Ziel der Anschläge – dafür hätte sich als Symbol der Pariser Louvre besser geeignet. Ziele waren auch nicht Freiheit und Demokratie – die Sprengung der Freiheitsstatue hätte weniger logistischen Aufwand erfordert. Die Ziele waren mit dem World Trade Center das Symbol der wirtschaftlichen und mit dem Pentagon das Symbol der militärischen Macht der USA, dem eigentlichen Garanten ihrer politischen Macht, deren Symbol mit Camp David oder dem Weißen Haus ebenfalls getroffen werden sollte, was glücklicherweise nicht gelang. Die zerstörten Symbole stehen für Tausende von unschuldigen Opfern. Für die Verantwortlichen der Anschläge standen und stehen sie aber auch für Tausende von Tätern, die Kriege inszenieren, Waffen verkaufen und Hungersnöte in Kauf nehmen. Der katholische Bischof Robert Bowman, selbst US-Amerikaner und Vietnamveteran, schrieb bereits 1998: "Wir werden nicht deswegen gehasst, weil wir demokratisch sind, die Freiheit schätzen oder die Menschenrechte hochhalten. Wir werden gehasst, weil unsere Regierung genau diese Dinge den Völkern der Dritten Welt vorenthält, nach deren Ressourcen es unsere multinationalen Konzerne gelüftet."³⁵ Und (1999): "Wir sind Ziel der Terroristen, weil unsere Re-

gierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. ... In wie vielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ersetzt. ..." Eine Dekade nach dem Ende des kalten Krieges stellen sich die USA mit der Rückendeckung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Übermacht in jeder Beziehung noch deutlicher über den Rest der Welt:³⁶ Sie zahlen ihre Beiträge an die UNO nicht, sie drohen mit der Aufkündigung des ABM-Vertrages, sie verweigern sich der Beteiligung an oder verhindern gar völlig das Zustandekommen von internationalen Abkommen wie Klimaschutz (Kyoto), Landminen, Internationaler Gerichtshof, Kinderrechte,³⁷ die Konvention über Kleinwaffen oder die OECD-Maßnahmen gegen Steueroasen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich erweitert sich ebenso stetig wie der globale Waffenhandel. Aber Sicherheit ist heute weniger denn je militärisch, sondern vielmehr sozial, kulturell, politisch und ökonomisch begreifbar. Je mehr nationale Produktionszyklen und Märkte durch das Primat der internationalen Konkurrenz zerstört werden, um so mehr gehen auch soziale Bezüge und traditionelle Verbundenheiten verloren. Die Folgen sind für viele Menschen Perspektivlosigkeit, regionale Entwurzelung und Vereinzelung.³⁸ Fehlende politische Freiheiten und eine sich ständig vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich sind die Nährböden für nationale und religiöse Fundamentalismen (und zusammen mit den Waffen für Kriege und für Terrorismus). In einem Umfeld wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit ist es erst möglich, jedenfalls aber entschieden leichter, entsprechende Anhänger zu finden. Der Vorstandschef der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau, Hans Reich, ist nur einer von vielen, die nach den Anschlägen einen direkten Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstandsgefälle und steigendem Unmut in der Dritten Welt herstellen: "Dem Terrorismus muss durch massiven Abbau von Armut der Nährboden entzogen werden."³⁹ Solange es kein ernsthaftes Bemühen um eine gerechte Verteilung des Wohlstands gibt, wird es auch keine Sicherheit geben. Ohne Erfüllung dieser notwen-

digen Bedingung ist Sicherheit technisch, polizeilich oder militärisch nicht herstellbar.⁴⁰

Der 11. September 2001 gibt uns bei allem Schaudern angesichts solch grausamer Gewalt auch die Chance, endlich zu begreifen, dass der Terror nicht nur eine bössartige, sondern auch eine verzweifelte Antwort auf die Aufteilung der Welt in Arm und Reich ist. Denn die Spaltung der Welt in Inseln des Wohlstands in einem Meer von Armut ohne eine konkrete Perspektive des Aufschließens wird zu immer neuer Gewalt führen.

Wohlverstanden: Es liegt in der Tat im gemeinsamen Interesse der Menschheit, dem Terrorismus – und seinen wirtschaftlichen Grundlagen! – entgegenzutreten. Und es liegt in der Tat auch im gemeinsamen Interesse der Menschheit, die Globalisierung voranzutreiben; die Globalisierung von Demokratie, von Menschenrechten und von sozialer Gerechtigkeit. Das allein ist der Weg zu dauerhaftem und nachhaltigem Frieden. Krieg kann der Weg zum Frieden nicht sein. Kampf der Armut – und nicht den Armen!

Anmerkungen

- 1 zit. nach Lafontaine 2001
- 2 gem. dem Präsidenten des Club of Rome, Ricardo Diez Hochleitner, Interview im Tagesspiegel vom 25.07.00, S. 6
- 3 UNDP-Bericht für 1998
- 4 gem. James Gustav Speth, UNDP-Administrator
- 5 vgl. Ohm, Martina: "In der Schuldenfalle" in Tagesspiegel vom 29.09.01, S. 18
- 6 UNDP-Bericht für 1998
- 7 gem. dem Präsidenten des Club of Rome, Ricardo Diez Hochleitner, Interview im Tagesspiegel vom 25.07.00, S. 6
- 8 gem. UNDP-Bericht; zit. nach Wahl, S. 28
- 9 Thomas Betz: "Globalisierung des Geldes" in ZfS No. 117
- 10 zit. nach Tetzlaff, S. 70
- 11 Engelen, Klaus: "IWF und Weltbank werden im Kampf gegen den Terrorismus instrumentalisiert" im Handelsblatt vom 17.10.01
- 12 2001 fiel die Sitzung wegen der zeitlichen Nähe zu den Terroranschlägen aus
- 13 vgl. im Folgenden auch Sandner, Paul et.al., S. 62ff.
- 14 im Sinne der Tauschverhältnisse ("Wie viele Säcke Kaffee kostet ein Traktor?")
- 15 vgl. im Folgenden auch Lóránt, Károly, 2000; die Daten wurden großenteils vom Autor selbst in der ungarischen Nationalbank eruiert.
- 16 sog. Sonderziehungsrechte; Verrechnungseinheit einer Kunstwährung, die aus den 5 wichtigsten Währungen gebildet und vom IWF verwendet wird, wobei die Größenordnung des SZR im Bereich des Dollar bzw. des Euro liegt
- 17 vgl. Knoke et.al., S. 9
- 18 vgl. Zacharie, S. 3

- 19 vgl. Zacharie, S. 4
- 20 ebda.
- 21 vgl. Knoke et.al., S. 8
- 22 vgl. Moses, S. 14
- 23 vgl. Zacharie, S. 3
- 24 Man vergleiche das einmal mit der aktuellen Diskussion um die HIPC-Initiative: Hier wird eine Entschuldung der "High Indep-ted Poor Countries" (hochverschuldete arme Länder) – wiederum unter strengen Auflagen – in's Auge gefasst, deren Ziel eine Verringerung des Anteils des Schuldendienstes am Bruttosozialprodukt auf 25% bzw. 30% ist!
- 25 Ohm, S. 18
- 26 Moulton, Harold G. und Paslovsky: War Debts and World Prosperity, Washington D.C. 1932; zit. nach George, Susan, 1987
- 27 George, Susan 1987, S. 95
- 28 Der Tagesspiegel vom 11.10.01: "Wirtschafts-Nobelpreis geht an drei Forscher aus den USA"
- 29 Stiglitz nach Wahl, Peter, S. 28
- 30 in "Das Sparprogramm erdrosselt Argentinien's Antriebskräfte", Interview mit Nobelpreisträger Joseph Stiglitz" in FAZ vom 19.12.01
- 31 zit. nach Wahl, Peter, S. 28
- 32 zit. nach Wahl, Peter, S. 28
- 33 vgl. im Folgenden auch Bass, H. / Wauschkunn, M., 2000
- 34 in "Süddeutsche Zeitung" vom Freitag, 28.09.2001
- 35 Bowman, zit. nach Civico, S. 9
- 36 vgl. im Folgenden Herzog, S. 14
- 37 Beim letzteren hat sich außer den USA nur Somalia geweigert, zu unterzeichnen
- 38 vgl. Bautz, S. 2
- 39 in Martina Ohm: "In der Schuldenfalle" im Tagesspiegel vom 29.09.01, S. 18
- 40 Giegold, S. 8

Literatur

- Bass, H. / Wauschkunn, Markus: "Hernando de Soto: Die Legalisierung des Faktischen" in E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, No. 1, Januar 2000, S. 15-18.
- Bautz, Christoph: "Gewaltspirale durchbrechen!" in attac-Rundbrief 2/01 vom 04.10.01, Verden 2001.
- Civico, Aldo: "Geburt der Terroristen aus dem Geist des Krieges" in Tagesspiegel vom 20.09.01, S. 9.
- Dieter, Heribert: Die Asienkrise, Marburg 1998.
- Engelen, Klaus: "IWF und Weltbank werden im Kampf gegen den Terrorismus instrumentalisiert" im Handelsblatt vom 17.10.01.
- Falk, Rainer: Die Reform des Internationalen Währungsfonds, WEED-Arbeitspapier (<http://www.weedbonn.org>).
- George, Susan: Sie sterben an unserem Geld, Hamburg 1988.
- George, Susan/Sabelli, Fabrizio: Kredit und Dogma, Hamburg 1995.
- Giegold, Sven: "Zunächst die Eskalation der Gewalt verhindern", in: Tagesspiegel vom 18.09.01, S. 8.
- Habermas, Jürgen: "Glauben und Wissen", in: Tagesspiegel vom 15.10.01, S. 25.
- Herzog, Martin: "Der Anschlag auf das World Trade Center – Angriff oder Rache?" in evolution Nr. 2/September 2000.
- Huffschmid, Jörg: "Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung – ein Reformszenario für IWF und Weltbank", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, 2000.
- Lafontaine, Oskar: "Strategien gegen die Ich-AG", in: DIE ZEIT Nr. 42/2001.
- Lóránt, Károly: Strukturangepassungspolitik als Systemtransformation: Konturen und Konsequenzen am Beispiel Ungarns,

- Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 5/2000, WEED (<http://www.weedbonn.org>).
- Martens, Jens: Finanzierung für Entwicklung, Arbeitspapier des Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn (www.oneworldweb.de/forum).
 - Moses, Carl: "Der schwere Ausstieg aus der Dollarbindung", in: FAZ vom 07.03.2002, S. 14.
 - Knoke, Irene & Morazan, Pedro: "Argentinien: Auslandsverschuldung und Brotaufstand" in: Sand im Getriebe 10/2001, Hrsg.: attac Deutschland, Verden 2001.
 - Ohm, Martina: "In der Schuldenfalle", in: Tagesspiegel vom 29.09.01, S. 18.
 - Riese, Hajo: "Sieben Thesen zur Ostasienkrise und der Rolle des Internationalen Währungsfonds" in Diskussionsbeiträge des FB Wirtschaftswissenschaft der FU Berlin, Nr. 1998/16.
 - Sandner, Paul/Sommer, Michael: IWF - Weltbank, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die "Dritte Welt", Stuttgart 1988.
 - Tetzlaff, Rainer: Weltbank und Währungsfonds: Gestalter der Bretton-Woods-Ära, Opladen 1996.
 - Wahl, Peter: "Globalisierung zwischen Mythos und Wirklichkeit" in: "Globalisierung ist kein Schicksal - Eine andere Welt ist möglich!", hrsg. von attac Deutschland, Verden 2001.
 - Zacharie, Arnaud: "Die Ursachen der argentinischen Krise", in: Sand im Getriebe 10/2001, Hrsg.: attac Deutschld., Verden 2001.

Warum?

"Warum können die Menschen nicht friedlich miteinander leben? Warum gibt man jeden Tag Millionen für den Krieg aus und keinen Cent für die Heilkunde, für die Künstler, für die Armen? Warum müssen die Leute hungern, wenn in anderen Teilen der Welt die überflüssige Nahrung wegfault? Ich glaube nicht, dass der Krieg nur von den Großen, von den Regierenden und den Kapitalisten gemacht wird. Nun, der kleine Mann ist ebenso dafür. Sonst hätten sich die Völker doch schon längst dagegen erhoben."

Anne Frank, Tagebuch 1942-1944.
Frankfurt 2001, S. 266.

Israel und Palästina

"Die Gesamtsituation ist dadurch gekennzeichnet, dass etwa neun Millionen Menschen – 6 Mio Israelis und 3 Mio Palästinenser – auf einem Raum zusammenleben müssen, der nicht größer ist als das Bundesland Brandenburg. 1999 verfügten die Bürger Israels über ein Pro-Kopf-Einkommen von 16.200 Dollar. Bei den Palästinensern im Westjordanland lag es bei 1.850 Dollar, im hoffnungslos überbevölkerten, seit jeher ärmeren Gaza-Streifen gar nur bei 1.340 Dollar. ... In den vergangenen eineinhalb Jahren haben manche Zweige der palästinensischen Volkswirtschaft bis zu 70% oder gar fast 90% Einbußen erlitten (Tourismus 88%, Landwirtschaft und Fischerei 77%, Handwerk 54%, Bauwesen 79%, öffentliche und soziale Dienste 69%). Die Arbeitslosenquote bewegt sich auf 60% zu. Palästina droht gänzlich zu verarmen. Zwei Drittel der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Wenn man berücksichtigt, dass wegen der hohen Geburtenrate die palästinensische Bevölkerung sehr jung ist – etwa zwei Drittel sind unter 30 Jahre alt –, kann man sich vorstellen, welcher Sprengstoff sich da zusammenbraut, auch in Hinsicht auf Militanz und religiösen Fanatismus, eine Erscheinung, die noch vor dreißig Jahren weitgehend unbekannt war unter den Palästinensern. ... Weder der Hamas noch dem Islamischen Dschihad oder dem bewaffneten Arm der al Fatah fällt es angesichts dieser Situation schwer, immer wieder neue Leute zu rekrutieren, die bereit sind, Gewalt gegen Israel zu verüben, auch gegenüber Zivilisten. ... Schuld am ökonomischen Desaster trifft wohl auch einen Teil der palästinensischen Führung, doch der Löwenanteil der Verschlechterung ist der Gewaltspirale und ihren verheerenden Auswirkungen geschuldet, die sich seit dem Ausbruch der al-Aqsa-Intifada dreht."

Günter Lerch, Zwei Drittel unter der Armutsgrenze,
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Januar 2002.

Elisio Macamo:

Die Weltbank, der IWF und das Streben nach Perfektion in Mosambik – Wohin führt die strukturelle Anpassung?*

Einleitung

Albert Einstein hat einmal gesagt, dass die Perfektion der Mittel und die Verwechslung der Zwecke ein großes Problem darstelle. Dem möchte ich mich in meiner Betrachtung der strukturellen Anpassung in Mosambik anschließen. Dabei möchte ich mein Augenmerk darauf richten, wie anhand der vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank geförderten strukturellen Anpassung das Ziel verfehlt wird, Mosambik wirtschaftlich zu sanieren zugunsten der Perfektion der Mittel. Dabei wird Mosambik auf den Status als Empfänger von Entwicklungshilfe vorbereitet.

Bis vor kurzem hatte die Globalisierung kein Antlitz. Die Straßenausschreitungen, die das Treffen der Welthandelsorganisation in Seattle begleitet haben, sorgten dafür, dass sich dieser Umstand änderte. Kaum ein Treffen der bestimmenden Finanz- und Handelsorganisationen der Welt findet heutzutage statt, ohne dass aufgebrauchte Vertreter benachteiligter Länder die Straßen in Beschlag nehmen und ihr Unbehagen darüber kundtun, wie das Schicksal vieler von wenigen bestimmt wird. Früher pflegte man Globalisierung einfach als etwas Unsichtbares zu betrachten, das von niemandem gesteuert wurde. Globalisierung war in den Augen vieler etwas, was sein Wesen durch eine zunehmende Deregulierung der Wirtschaft und Legitimierung des unverantwortlichen Umganges mit dem Schicksal anderer Menschen umtrieb.

Seattle hat dies geändert. Globalisierung hat mittlerweile ein Gesicht und dieses sieht aus wie die Weltbank, der IWF und die WTO. Dies sagen zumindest die Gegner. Auf den ersten Blick mag diese Gewissheit über das Antlitz der Globalisierung verwirrend wirken. Nach eigener

Darstellung liegt diesen Organisationen nichts weniger am Herzen als die Verbesserung der Lebensbedingungen der "Verdammten dieser Erde", um Frantz Fanons (Fanon 1968) glückliche Formulierung zu verwenden. Die Weltbank wirbt beispielsweise mit dem Spruch "our dream is a world free of poverty"¹. Und in der Tat: durch ihren Rat, ihre Kredite, ihre Regelungen und ihr Interesse bringen diese Organisationen die Sorgen zum Ausdruck, die sie sich um die Lage der Welt machen. Sie wollen echt helfen und bemühen sich sichtlich darum. Einfache statistische Daten belegen dies. Für die meisten Entwicklungsländer zählen der IWF und die Weltbank zu den größten Kreditgebern und Finanziers von Infrastrukturmaßnahmen. Wenn dem so ist, warum unterscheidet sich die Wahrnehmung dieser Institutionen so sehr von derjenigen der Kritiker? Warum wird ihnen nicht geglaubt? Die letzte Frage, die nach dem Glauben, kann ich wohl nicht beantworten, aber die erste, also die nach der Wahrnehmungslücke will ich in meinen Ausführungen versuchen zu erläutern. Der Fall Mosambik eignet sich dabei hervorragend um dies zu tun.

Das Streben nach Perfektion

Der Weltbank und dem IWF wird von den Gegnern vorgeworfen, Macht ohne Verantwortung ausüben zu wollen. Ich möchte diesen Vorwurf in zwei Schritten dokumentieren. Zunächst möchte ich die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Eingriffe dieser Institutionen zur Stabilisierung und Entwicklung Mosambiks als Disziplinierungsmaßnahmen bezeichnen. Mein Ziel ist es, die Zielsetzung der Weltbank und des IWF in Frage zu stellen, indem ich darauf hinweise, dass die strukturelle Anpassung nicht dazu führt, die Wirtschaft zu sanieren. Vielmehr führt sie zum Einstimmen des Landes auf Ein-

*) Vortrag bei den 30. Mündener Gesprächen am 28. Oktober 2001 in Hann.-Münden

griffe von außen. Die Eingriffe, um die es sich handelt, sind die der Entwicklungshilfe. Anders ausgedrückt, stellt die strukturelle Anpassung das Land auf einen Status als Entwicklungshilfeempfängerland ein. Der sozialwissenschaftliche Begriff, an den ich mich dabei lehne, ist "gouvernementalité", also jener vom französischen Sozialphilosophen Michel Foucault (Foucault 1991) geprägte Begriff, der unseren Blick darauf richtet, wie Menschen beziehungsweise soziale Gebilde als Gegenstände der Machtausübung konstituiert werden. In diesem Falle, soweit werde ich die Analogie treiben, handelt es sich darum, Mosambik daraufhin umzuerziehen, Objekt der Entwicklungshilfe zu sein, d.h. Objekt der Eingriffe von Institutionen wie dem IWF und der Weltbank.

Im Anschluss daran möchte ich, schon wieder in Anlehnung an einen weiteren Franzosen, diesmal Jean Baudrillard (Baudrillard 1992), die Konsequenzen dieser Disziplinierungsverfahren in Frage stellen. Baudrillard argumentiert, dass das von vielen beschworene Ende der Geschichte eigentlich in der Suche nach Perfektion bestehe, wie wir die Geschichte erleben und erfahren. Die Fülle, die Dichte und die Geschwindigkeit der Ereignisse drohen der Geschichte ein Ende zu setzen, denn dort, wo nach dem perfekten Erlebnis und der reinen Erfahrung gesucht wird, verschwindet der eigentliche Gegenstand. Für Musikliebhaber beispielsweise steht die Musik nicht mehr im Vordergrund, sondern die technische Qualität der Wiedergabe. Die Disziplinierung Mosambiks strebt im Grunde auch nach einer Perfektion in der Gestaltung von sozialen Beziehungen, eine Perfektion, die ihr Grundmotiv im positivistischen Selbstverständnis findet, das die vorherrschende ökonomische Rationalität des "Washington Consensus" prägt². Aber anders als sich die Weltbank und der IWF vorstellen können, erzeugen diese Maßnahmen nicht die erwünschten Ergebnisse, sondern eine Illusion, die Illusion der Perfektion.

Mosambik: Vergangenheit ...

Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen, Mosambik im Fernsehen gesehen zu haben, als

es unter Wasser stand. Diese Überschwemmungen gehörten zu den schwersten der letzten 50 Jahre. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage, in der sich das Land befand, könnte man meinen, dass sich der Spruch bewahrheitete, wonach der Arme nur dann seinen Bauch füllt, wenn er ertrinkt! Fast 15 Jahre nach der Einführung des Strukturanpassungsprogramms sind zwei Drittel der mosambikanischen Bevölkerung nunmehr absolut arm. Die Lebenserwartung verharrt auf einen Durchschnittswert von 43,1 Jahren und die Analphabetenrate bleibt immer noch hoch, nämlich 40,7% für Männer und 72.1% für Frauen³.

Die Weltbank und der IWF – das möchte ich betonen – sind keine bösen Organisationen. Ihnen kann keine Absicht unterstellt werden, bewusst das Elend der Entwicklungsländer zu fördern. Was man kritisieren kann, ist ihr Anspruch, nur sie und sonst niemand strebe ein Wohlergehen der Armen an. Dieser Eindruck hat z.T. damit zu tun, dass die Bretton-Woods-Institutionen immer davon auszugehen scheinen, dass sich Entwicklungsländer absichtlich unterentwickeln.

Die Geschichte Mosambiks zeugt dennoch vom Gegenteil. Als das Land 1987 ein Strukturanpassungsprogramm einführte, befand es sich am Ende seiner Bemühungen, sich von den Fesseln der Unterentwicklung zu befreien (vgl. Hanlon 1984; Schoeller 1992). Es lohnt sich, einen Blick auf diese Geschichte zu werfen. Zum einen kann man dabei die Urhebererschaft der Weltbank und des IWF an der Idee der Entwicklung bestreiten und zum anderen den Hintergrund erkennen, vor dem ab Mitte der 1980er Jahre Mosambik diszipliniert wird.

Mosambik ist eine ehemalige portugiesische Kolonie, die 1975, also fast 15 Jahre nach der großen Welle der afrikanischen Unabhängigkeitserklärungen, in die Freiheit entlassen wurde. Im Unterschied zu vielen anderen afrikanischen Ländern, vor allem denen unter britischer und französischer Kolonialherrschaft, musste Mosambik dafür kämpfen. 10 Jahre dauerte der bewaffnete Kampf gegen eine portugiesische Kolonialherrschaft, die sich weigerte, das Recht und den Anspruch der Mosambikaner auf Würde und

Selbstbestimmung anzuerkennen. In den fast hundert Jahren, die diese Fremdherrschaft dauerte, bauten die Portugiesen Mosambik als ein Land auf, das auf den Export von Arbeitskräften in die leistungsstärkeren Volkswirtschaften des südlichen Afrikas, nämlich Südafrika und Südrhodesien, und auf Verkehrsdienstleistungen und Plantagenwirtschaft angewiesen war (siehe hierzu v.a. First, Forjaz et al. 1998)

Ich möchte hier nicht die Versäumnisse der portugiesischen Kolonialherrschaft aufzählen. Aber soviel lässt sich sagen: Bei der Unabhängigkeit trat die neue Regierung ein schweres Erbe an. Neben einer maroden Wirtschaft, die strukturell an die Nachbarländer und an Portugal gebunden war, erbte die neue Regierung eine Gesellschaft, die auf die Herausforderungen einer modernen Wirtschaft nicht vorbereitet war. Zwei Beispiele dürfen hier genügen. Obwohl der Eisenbahnsektor eine wichtige Säule der von den Portugiesen aufgebauten Dienstleistungswirtschaft war, gab es im ganzen Land nur einen einzigen farbigen Lokführer. Mit der Unabhängigkeit verließen die Portugiesen das Land, darunter auch alle Lokführer, die es im Lande gab. Damit schoben sie die Verantwortung für den weiteren Betrieb des Eisenbahnsektors auf die Schulter eines einzigen Menschen⁴. Ein anderes trauriges Beispiel bezieht sich auf die Leistung Portugals im Bildungsbereich. Auf der einzigen Universität, die es 1974 in Mosambik gab, waren nur vier farbige Studenten immatrikuliert. Diese zusammen mit dem Lokführer und den vielen Widersprüchen des kolonialen Erbes sollten Mosambik in die Entwicklung führen!

Bis zum Ende der 1970er Jahre wird der neuen mosambikanischen Regierung von vielen Beobachtern und UNO-Agenturen eine beachtliche Bilanz attestiert, die sich nicht nur im Abbau der Analphabetenrate, hohen Einschulungsquoten, Ausdehnung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und in sicheren Ansätzen zum Aufbau einer Binnenwirtschaft im Lande niederschlug. Sie kam auch im allgemeinen Optimismus über die Zukunft zum Ausdruck. Ein besonders prägnantes Beispiel für diesen Optimismus war die Erklärung der 1980er Jahre zur Dekade der Überwindung der Unterentwicklung. Auch die

Tatsache, dass bis dahin Mosambik in der Lage gewesen war, seine Auslandsschulden aus der eigenen wirtschaftlichen Leistung pünktlich zu bezahlen, belegt die Anfangserfolge der Unabhängigkeit (Hanlon 1984).

Diese Schonfrist sollte dennoch nicht lange dauern. Dazu trugen verschiedene Faktoren bei, vor allem die politischen. Mosambiks Modernisierungsvorhaben war sozialistisch geprägt und drückte sich in einer Planwirtschaft und in einem Einparteiensystem nach sowjetischem Modell aus. Welche Rolle aber diese Optionen für das Versagen des Modernisierungsvorhabens gespielt haben, ist heute schwer zu beurteilen, zumal die Analyse längst ihre Objektivität aufgrund des Zerfalls des sowjetischen Modells verloren hat. Die Erklärungsansätze gehen von Autoren wie Cahen (1987), die behaupten, die Regierung Mosambiks wäre wirklich marxistisch, über andere, die wie Geffray (1990) sich über die Vernachlässigung der kulturellen Traditionen des Landes beschwerten, und solche wie Hanlon (1984), die die Umsetzung der marxistischen Ideale als fehlerhaft bezeichnen, bis hin zu Autoren, die zentrale marxistische Ansätze wie Verstaatlichung, Kollektivierung und Zentralisierung der politischen Macht als wesentliche Faktoren hinter dem Scheitern betrachten (Hoile 1989). Der Hamburger Ökonom Wolfgang Schöller hat zu bedenken gegeben, dass das Versagen dieses Modells weniger mit der sozialistischen Option zu tun habe als mit den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Mosambiks gewagte Entwicklungsbemühungen begleitet haben. Diese seien zum einen die von der portugiesischen Kolonialherrschaft geerbte Wirtschaftsstruktur, die das Land von der Wanderarbeit und Dienstleistung im Verkehrsbereich zugunsten der Nachbarländer gemacht habe, und zum anderen die Unfähigkeit des Staates den Rückgang an Devisen aus dem Dienstleistungssektor zu kompensieren, die für die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft von Nöten gewesen wären, um den Ausbau der industriellen Produktion voranzutreiben (Schoeller 1992). Der belgische Ökonom Marc Wuyts argumentiert in ähnlicher Weise, obgleich er die Betonung auf die Preispolitik legt, die aufgrund

der Unfähigkeit des Staates, Kapitalgüter für den landwirtschaftlichen Sektor einzuführen, die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Produzenten erheblich beeinträchtigte (Wuyts 1989).

Mosambiks Weg in die Arme der Weltbank und des IWFs führte über verzweifelte Versuche der marxistischen Regierung, sich dem Westen zu öffnen. Als die Mitgliedsländer des RGW Ende der 1970er Jahre Mosambik den Beitritt verweigerten, war es nur noch eine Frage der Zeit, wann es sich dem Westen zuwenden würde. Der Weg dahin führte über die Verhandlungen über Mosambiks nahende Zahlungsunfähigkeit sowie Großbritanniens und Amerikas Ablehnung der Methoden der Renamo⁵. Beide Länder legten der Regierung Mosambiks sowohl ein Friedensabkommen mit Südafrika als auch ein von der Weltbank und IWF abgesegnetes Sanierungsprogramm als Bedingung für die Aufnahme in die westliche Gastgemeinschaft nahe.

... und Gegenwart

Ein deutscher Spruch lehrt, dass für jemanden, der nur einen Hammer hat, sei jedes Problem ein Nagel. Die allgemeine Kritik an der Weltbank und am IWF kann mit dieser Weisheit umschrieben werden. Kein geringerer als Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und ehemaliger Chefökonom der Weltbank, sagt es (Die Zeit, 2000). Sowohl für die Weltbank als auch für den IWF lag der Anfang allen Übels in Mosambik in der Größe des Staatsapparates und in der schwachen Exportleistung. Dementsprechend lautete die erste Disziplinierungsmaßnahme: Abbau des Staates samt seinen sozialen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber und Erhöhung der Exporte.

Mosambiks Probleme waren aber viel größer als der Einfallsreichtum der Weltbank und des IWF. Bei der Konzeption ihres Strukturanpassungsprogramms für Mosambik haben sich die beiden Institutionen nur sehr unzureichend mit der Geschichte und aktuellen Lage des Landes auseinandergesetzt. Wesentliche Ursachen der schwachen Exportleistung waren zum einen der Bürgerkrieg, der praktisch keine wirtschaftliche Tätigkeit im ländlichen Raum zuließ – Mosambik

ist ein Agrarland -, und zum anderen der Zugang zu internationalen Märkten, die Mosambik aufgrund seiner ideologischen Optionen und Unterentwicklung versperrt blieben (Kyle 1994). Die Verausgabung des mosambikanischen Staates im sozialen Bereich war mit ein Grund, weshalb das Land in den finanziellen Ruin getrieben wurde; nichtsdestotrotz war gerade diese Verpflichtung des Staates eine der Bedingungen für die Existenz Mosambiks als Nationalstaat. Die Legitimität des Staates gründete nach den Jahren der Vernachlässigung durch den Kolonialstaat zum größten Teil auf dieser sozialen Verpflichtung. Nicht nur aus politischen Gründen erwies sich diese Verpflichtung als sinnvoll, sondern und gerade aus wirtschaftlichen Gründen, da die größte Herausforderung in den Jahren nach der Unabhängigkeit genau im Aufbau einer Gesellschaft bestand (Wuyts 1989).

Ein Abbau des Staates und die Exportorientierung bilden seit Mitte der 1980er Jahre den Inhalt der IWF-Politik in Mosambik. Im Laufe der Jahre kamen weitere Forderungen hinzu, die sowohl im engen mikroökonomischen als auch im weiteren politischen und sozialen Bereich anzusiedeln sind. Die Einführung der Mehrwertsteuer zählt dazu. Sowohl mosambikanische Geschäftsleute als auch die Regierung waren diesbezüglich sehr misstrauisch, zumal zum einen die Erhebung dieser Steuer eine effiziente Finanzverwaltungsstruktur voraussetzt, die Mosambik bis heute nicht hat, und zum anderen, weil sich der Staat im Grunde von den Armen finanzieren ließ, die über den Konsum die Staatskassen füllten aber im Gegenzug nichts bekamen, weil der Staat vom IWF zu Kürzungen im sozialen Bereich gezwungen wurde. Die Liberalisierung der Banken und der Finanzmärkte sind weitere Disziplinierungsmaßnahmen, die mit der strukturellen Anpassung Einzug erhielten⁶ (Abrahamsson and Nilsson 1995; Plank 1993).

Ob all diese Maßnahmen im engen ökonomischen Sinne erfolgreich gewesen sind, ist umstritten. Die Wachstumsraten sind in Mosambik seit der Einführung der Strukturanpassungsmaßnahme tatsächlich rasant gestiegen: 8-10%. Die Märkte und Läden sind prall gefüllt mit Produkten und die Investitionsrate steigt konti-

nuierlich. Gleichzeitig aber ist die Zahl der absolut Armen auch gestiegen auf mehr als 70% der Bevölkerung. Der informelle Sektor der Wirtschaft blüht und die sozialen Daten haben sich nicht wesentlich verbessert. Woher diese Widersprüche kommen, ist eine Frage, die Ökonomen weiter beschäftigen werden. Ich bin kein Ökonom – ich bin Entwicklungssoziologe und ein ehrlicher Mensch – und kann daher nur erzählen, wie die Weltbank und der IWF die Entwicklung in Mosambik beurteilen.

Neben den Widersprüchen der strukturellen Anpassung ist eine immer größer werdende Abhängigkeit Mosambiks von der Entwicklungshilfe zu verzeichnen. Diese Entwicklung lässt sich an zwei Beispielen belegen. Der Staatshaushalt wird seit der Einführung der strukturellen Anpassung zum größten Teil von ausländischen Zuschüssen finanziert. Und die Tendenz ist steigend. Mehr als zwei Drittel des Staatshaushaltes sind aus Entwicklungshilfemitteln gespeist. Darüber hinaus ist die Zahl der Entwicklungsagenturen, sowohl der staatlichen als auch der nicht-staatlichen, rasant gestiegen. Immer mehr Entwicklungsagenturen nehmen wirtschaftliche, politische und vor allem soziale Aufgaben wahr, die sogar an der Existenz des Staates zweifeln lassen (Pitcher 1993; Knauder 2000).

Am Rückzug des Staates und an der Exportorientierung halten der IWF und die Weltbank weiterhin fest. Ihr Augenmerk richtet sich jedoch inzwischen mehr auf die Rahmenbedingungen. Am Anfang, also Mitte der 1980er Jahre, sagten sie, dass Strukturreformen nicht greifen könnten, solange die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Mit anderen Worten müsste das politische System geändert werden. Mosambik wollte das chinesische Kunstwerk schaffen und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem in einem marxistischen Land einführen – was aber nicht gelang. Also wurde das politische System umgekrempelt: die staubigen sozialistischen wirtschaftlichen Strategien wie z.B. Staatsfarmen, Staatsfirmen, usw. wurden entfernt. Nun aber geschah etwas Interessantes: das vom IWF und der Weltbank geforderte Opfer in Form von Kürzungen im sozialen Bereich und Engschnallen des Finanzgürtels war unter den Bedingungen

der Mehrparteiendemokratie nicht mehr unproblematisch. Es drohte die Abwahl und, für den IWF noch schlimmer, die Unmöglichkeit jemanden zu finden, der Interesse daran hätte, sich von aufgebrachtten Wählern hinrichten zu lassen (Macamo 1999). Kaum hatte der IWF Loblieder auf die liberale Demokratie in den Tropen gesungen, da musste man auch schon ein anderes Lied einstimmen: nicht auf das politische System kommt es an, hieß es auf einmal, sondern auf "good governance" – gute Regierungsführung, auf deutsch: Durchsetzungsvermögen gegen das eigene Volk. Gleichzeitig tobte ein institutioneller Konflikt zwischen IWF und WB, der schließlich dazu führte, dass neben "good governance" eine sogenannte "soziale Dimension" der Strukturanpassung eingeführt wurde (Macamo 1999). Das Beharren des IWF auf mikro-ökonomischen Maßnahmen zur Heilung der Entwicklungsländer hatte auch von der Weltbank Opfer verlangt. Zunehmend stand die Weltbank ohne Aufgabe da, und einige konservative Politiker in den Staaten überlegten lautstark, ob es noch Sinn mache, die Weltbank weiterzufinanzieren. Somit rettete die soziale Dimension der Strukturanpassung, die neben sozialen Diensten wie warme Mahlzeiten und ähnliches auch noch die Förderung privater Unternehmer durch die Vergabe von Kleinkrediten oder stark subventionierten Darlehen enthielt, die Weltbank vor einer zunehmenden Bedeutungslosigkeit.

"Good governance" bedeutete Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Effizienz. Vor allem aber bedeutete "good governance" Gehorsam dem IWF gegenüber. Gehorsam selbst dann, wenn man weiß, dass man einen Fehler begeht. Ein prägnantes Beispiel hierzu ist die Privatisierung der Cashewnussfabriken. Seit der kolonialen Zeit bildete die Cashewnussindustrie ein wichtiges Rückgrat der mosambikanischen Wirtschaft als eines der wichtigsten Exporteure und Arbeitgeber des Landes. Aus diesen Gründen wurde sie auch vom Staat kräftig subventioniert. Mitte der 1990er Jahre drängte die Weltbank die mosambikanische Regierung dazu, die Industrie mit der Begründung zu privatisieren, dass der Export von Rohnüssen für die industrielle Transformation in Indien dem Staat mehr Erlöse

bringen würde. Der Staat beugte sich dem Druck der Weltbank, die Fabriken wurden geschlossen, Arbeitnehmer wurden entlassen und mosambikanische Rohcashewnüsse wurden von Kindern in indischen Fabriken weiter bearbeitet. Ein später von der Weltbank in Auftrag gegebenes Gutachten über die Folgen der Privatisierung stellte fest, dass diese falsch gewesen war. Mosambik wäre mit dem Weiterbetrieb der Fabriken besser gefahren.

Dank den Bemühungen der weltweiten Allianz für den Schuldenerlass für arme Länder heißt das große Schlagwort heute "Armutsbekämpfung", als ob es früher nicht Aufgabe der Wirtschaft gewesen wäre, die Armut zu bekämpfen. Seit September 2001 kann sich Mosambik über eine Schuldenerleichterung um beachtliche 73 Prozent freuen. Bedingung für diesen Schuldenerlass war die Erstellung eines Armutsbekämpfungspapiers mit der Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Über Sinn und Zweck der Armutsbekämpfung lässt sich streiten. Obgleich das Ziel an sich, Armut zu beseitigen, ehrenvoll ist, gibt es Anlass genug zu bezweifeln, ob diese neue Akzentsetzung zu den bezweckten Zielen führen wird. Die Armutsbekämpfungsstrategie Mosambiks ist eine Sammlung aller wichtigen Entwicklungsvorhaben unter einem Hut, dem man das Etikett "Armutsbekämpfung" verliehen hat. Ein fundamentales konzeptuelles Problem dabei ist die Zielsetzung an sich. Mit mehr absolut Armen als zwei Dritteln der Bevölkerung hat Mosambik kein Armutproblem, sondern ist einfach arm. Das längerfristige Ziel der Armutsbeseitigung muss durch eine prozessuale Definition der Prioritäten ersetzt werden, die die Armutsbekämpfung nach dem Motto "der Weg ist das Ziel" zum Mittel erklärt, das zur Entwicklung führen soll. Dass der IWF und die Weltbank Mosambiks Strategiepapier genehmigt hat, sagt nichts über die Qualität der Strategie, geschweige denn auch über das Urteilsvermögen der beiden Institutionen. Was die Genehmigung sagt, hängt mit der hier vertretenen These zusammen: das Ziel, Mosambik selbständig zu machen, ist längst aus dem Visier geraten. Es geht nur noch darum, das Land fit für den Empfang der Entwicklungshilfe zu machen⁷. Diese Zielsetzung entspricht dem

von Baudrillard geprägten Begriff der Perfektion. Solange die Geräusche, die Mosambik von sich gibt, im Einklang mit den Vorschriften der Entwicklungshilfe und der Finanzinstitutionen stehen, ist alles in Ordnung. Die Ergebnisse und die Wirklichkeit spielen dabei keine Rolle. Die Illusion der Perfektion ist der Maßstab.

Schlussbemerkungen

Es mag verwirrend wirken, gegen Perfektion zu sein. Aber bei Afrikanern muss man auf alles gefasst sein. Ich kritisiere dennoch eine bestimmte Art von Perfektion im Streben des IWFs und z.T. auch der Weltbank, alles richtig, sprich doktrinär, zu machen. Was in den Textbüchern steht, muss auch in die Praxis umgesetzt werden. Dabei sind die Ansprüche des IWF und der Weltbank so voraussetzungsvoll. Man geht von politischen Akteuren aus, die keine eigenen Interessen verfolgen: Staatsbeamte und Politiker sind nicht korrupt; die Bevölkerung erklärt sich bereit, Opfer zu bringen; Gürtel werden problemlos und widerstandslos enger geschnallt. Jeder ist gegen Korruption und Ineffizienz. Und jeder ist schon dafür, dass sich das Wahlvolk vernünftig verhält, wenn es um schicksalsträchtige Entscheidungen geht. Aber im wirklichen Leben ist es nicht immer so. Nirgendwo auf der Welt sind Menschen konsequent rational. Selbst in Deutschland ist Politik ein Balanceakt zwischen menschlicher Unvernunft und Pragmatismus.

Das Streben der Weltbank und des IWFs nach Perfektion in Mosambik führt nur zu einer Scheinperfektion, einer Illusion der Perfektion, die nicht dem Zweck dient, das Land zu entwickeln, sondern es in Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe zu halten. Entwicklungshilfe wird im Ende Effekt zu einem Selbstzweck, der anderen Interessen dient, als Ländern dabei zu helfen, aufzuhören, auf Hilfe angewiesen zu sein. In Mosambik haben wir ein Sprichwort, das lautet: ein Bananenbaum wird von den eigenen Sprössen getötet. Um effektiv zu sein, müsste die Entwicklungshilfe den eigenen Tod anstreben. Mehr brauche ich dazu wohl nicht zu sagen.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu: <http://www.worldbank.org/poverty/strategies/index.htm>.
- 2 Zum Begriff "Washington Consensus" siehe *International Social Science Journal*, 2000.
- 3 Vgl. <http://www4.worldbank.org/afr/poverty/measuring/country/profiles.cfm?country=moz>
- 4 Diese Anekdote wurde mir von José Luís Cabaço erzählt, dem ersten Verkehrsminister Mosambiks nach der Unabhängigkeit.
- 5 Renamo ist die portugiesische Abkürzung für "Mosambiks Widerstandsbewegung", eine von Südafrika und vom Westen unterstützte Rebellenorganisation, die jahrelang gegen die marxistische Regierung Mosambiks Krieg führte. Über ihre Terrormethoden gibt es einschlägige Literatur (Gersony, R. (1988). *Mozambique Refugee Accounts of Principally Conflict-Related Experiences in Mozambique*. Washington, State Department. – Andersson, H. (1992). *Mozambique: a war against the people*. New York, St. Martin's Press. – Finnegan, W. (1992). *A complicated war: the harrowing of Mozambique*. Berkeley, University of California Press. – Der Krieg wurde 1992 mit der Unterzeichnung eines Friedenabkommens offiziell beendet (siehe hierzu Hume, C. (1994). *Ending Mozambique's War – the role of mediation and good offices*. Washington, US Institute of Peace Press. – Rocca della, R. (1997). *Mozambique: de la guerre à la paix – histoire d'une médiation insolite*. Paris, L'Harmattan. – Seitdem ist Mosambik offiziell eine Demokratie nach westlichem Muster. Das Volk hat zweimal frei gewählt.
- 6 Über die verheerenden Folgen dieser Liberalisierung im Bankensektor berichtet Joseph Hanlon in einer Zeitungsartikelserie. Siehe hierzu <http://www.mol.co.mz/noticias/metical/2001/en010917.html>. – Siehe hierzu <http://www.worldbank.org/afr/poverty/measuring/country/profiles.cfm?country=moz>

Literatur

- Abrahamsson, Hans & Nilsson, Anders (1995). *Mozambique: The Troubled Transition – from Socialist Construction to Free Market Capitalism*. London, Zed Books.
- Andersson, H. (1992). *Mozambique: a war against the people*. New York, St. Martin's Press.
- Baudrillard, J. (1992). *L'Illusion de la Fin ou la grève des évènements*. Paris, Éditions Galilée.
- Cahen, M. (1987). *Mozambique – La revolution implosée*. Paris, L'Harmattan.
- Fanon, F. (1968). *The wretched of the earth*. New York, Grove Press.
- Finnegan, W. (1992). *A complicated war: the harrowing of Mozambique*. Berkeley, University of California Press.
- First, R., M. Forjaz, et al. (1998). *O mineiro moçambicano: um estudo sobre a exportação de mão de obra em Inhambane*. Maputo, O Centro Universidade Eduardo Mondlane.
- Foucault, M. (1991). *Gouvernementality*. The Foucault Effect: *Studies in Gouvernamentality: With Two Lectures by and an Interview with Michel Foucault*. G. B. e. al. Chicago, Chicago University Press.
- Geffray, C. (1990). *La cause des armes au Mozambique: anthropologie d'une guerre civile*. Paris, Nairobi, Karthala.
- Gersony, R. (1988). *Mozambique Refugee Accounts of Principally Conflict-Related Experiences in Mozambique*. Washington, State Department.
- Hanlon, J. (1984). *Mozambique: the revolution under fire*. London, Totowa, N.J., Zed.
- Hanlon, J. (2001). "Killing the Goose that Laid the Golden Eggs" <http://www.mol.co.mz/noticias/metical/2001/en010917.html>.

- Hoile, David (1989). *Mozambique – a Nation in Crisis*. London, Claridge.
- Hume, C. (1994). *Ending Mozambique's War – the role of mediation and good offices*. Washington, US Institute of Peace Press.
- Knauder, Stefanie (2000). *Globalization, Urban Progress, Urban Problems, Rural Disadvantages – Evidence from Mozambique*. Aldershot, Ashgate.
- Kyle, S. (1994). "Mozambique: Structural Adjustment in a Country at War" In: David E. Sahn (Hg.). *Adjusting to Policy Failure in African Economies*. Ithaca, Cornell University Press.
- Macamo, E. (1999). "Alternative Structural Adjustment or the Reinvention of Politics" In: H. Langthaler (Hg.). *Voices from Africa*. Frankfurt am Main, Peter Lang.
- Pitcher, M.A. (1996). "Recreating Colonialism or Reconstructing the State? Privatisation and Politics in Mozambique". In: *Journal of Southern African Studies*. Vol. 22, 1, S.49-74.
- Plank, D. (1993). "Debt, and the End of Sovereignty: Mozambique and its Donors". In: *Journal of Modern African Studies*. 31.3, S.407-430.
- Rocca della, R. (1997). *Mozambique: de la guerre à la paix – histoire d'une médiation insolite*. Paris, L'Harmattan.
- Schoeller, W. (1992). *Mosambik in der strukturellen Anpassung. Demokratie und Strukturreform im portugiesischsprachigen Afrika – Die Suche nach einem Neuanfang*. P. Meyns. Freiburg, Arnold Bergstraesser Institut.
- Wuyts, M. (1989). *Money and planning for socialist transition: the Mozambican experience*. Aldershot, Hants, England; Brookfield, Vermont, Gower.

Andere Quellen:

- <http://www4.worldbank.org/afr/poverty/measuring/country/profiles.cfm?country=moz>
- <http://www.worldbank.org/poverty/strategies/index.htm>.
- *International Social Science Journal* (2000). *The Development Debate – Beyond the Washington Consensus*. Oxford, Blackwell.
- *Die Zeit* (2001). "Und das nennt ihr einen Erfolg?". 18. Oktober, Nr.43, S. 32-33, Hamburg.

Islamische Wirtschaft

"Das auf dem Zinsverbot basierende islamische Finanzwesen hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Das Londoner Institute of Islamic Banking and Insurance schätzt einen Betrag von 200 Milliarden Dollar, der nach den Regeln der Scharia verwaltet wird. Es wird also nur ein kleiner Teil des Vermögens von weltweit 1,2 Milliarden Muslimen den Regeln des Korans gemäß verwaltet. Allein die Bilanzsumme der Deutschen Bank ist fast fünfmal so hoch. Die erste islamische Geschäftsbank entstand 1975 in Dubai. Weitere Institute wurden im Sudan, in Ägypten und in mehreren Golfstaaten gegründet. Außerhalb der arabischen Länder entstanden islamische Banken in der Türkei und in Malaysia. Mittlerweile operieren rund 250 islamische Geldhäuser in 75 Staaten, unter anderem auch in Deutschland."

Martin Hesse, *Die Kunst den Zins zu umgehen – Islamisches Bankwesen im Aufschwung*, in: *Süddeutsche Ztg.* vom 2.10.2001

Steffen Wippel:

Theorie und Praxis "Islamischen Wirtschaftens" Prinzipien einer islamischen Wirtschaftsordnung und ihre Umsetzung im Spannungsfeld zwischen Markt und Moral

Interpretationsprobleme bei der Konzeption einer "Islamischen Wirtschaft"

"Diejenigen, die Zins nehmen, werden (der-einst) nicht anders dastehen als wie einer, der vom Satan erfaßt und geschlagen ist ... Ihr Gläubigen! Fürchtet Gott! Und laßt künftig das Zinsnehmen bleiben, wenn ihr gläubig seid!" (Sûre 2 "Die Kuh", Verse 275 ff.)

Fromme Muslime sowie islamische Rechtsgelehrte und Denker, die ihr eigenes wie das öffentliche Leben nach religiösen Vorschriften gestalten wollen, möchten auch ein islamischen Normen gemäßes Wirtschaftsleben realisieren. Im Mittelpunkt steht dabei die Umsetzung des Zinsverbots, das im wesentlichen aus den aufgeführten Qur'ân-Versen hergeleitet wird. Dessen Wortlaut offenbart zugleich den Auslegungsbedarf solcher Textstellen: Der arabische Ausdruck *ribâ*, der hier als "Zins" übersetzt wurde, bedeutet wörtlich "Vermehrung, Zuwachs". Ursprünglich bezog sich dieses Verbot von *ribâ* wohl auf die verbreitete Praxis, einen geschuldeten Betrag zu verdoppeln, sollte ein Schuldner einen Kredit nicht wie vereinbart zurückzahlen können. Muslime, die die islamischen Rechtsquellen in ihrem historischen Kontext interpretieren, kommen daher zu dem Schluß, daß *ribâ* lediglich ausbeuterischem Wucher gleichzusetzen sei. Meist wurde und wird das Verbot jedoch als Untersagung jeglicher Zinsnahme und Zinsgabe aufgefaßt.

Diese strikte Auslegung hat sich heute auch in dem Bereich, den man als islamischen Wirtschaftssektor bezeichnen kann, durchgesetzt. In zeitgenössischen Entwürfen eines islamischen Wirtschaftssystems werden Finanzinstitutionen entworfen, die konsequent auf die allgemein übliche feste Verzinsung verzichten. Die meisten Modelle einer zinslosen Wirtschaft gehen dabei von

einer variablen Kapitalentlohnung aus, die auf dem Prinzip der Erfolgsbeteiligung beruht. Für Islamische Banken, die auf dieser Grundlage arbeiten, wurden Geschäftspraktiken ausgearbeitet, die zum Teil auf historische Formen zurückgreifen.

Als zweites Grundelement einer islamischen Finanz- und Sozialordnung wird die Sozialabgabe *zakât* angesehen. Die Zahlung von Almosen stellt eine der fünf Grundpflichten der Gläubigen dar. Auch hier gibt es Diskussionen darüber, wie die in den islamischen Rechtsquellen bis in viele Einzelheiten geregelte Abgabe heute zu verstehen sei und ob sie beispielsweise auf neue Steuerobjekte und Verwendungszwecke – bis hin zu einer allgemeinen Einkommens- und Vermögenssteuer – ausgeweitet werden kann. Zu weiteren Detailfragen, mit denen sich die Befürworter einer islamische Wirtschaft auseinandersetzen, zählen spezifische Eigentums- und Steuerformen, die oft aus der islamischen Geschichte abgeleitet und modernen Erfordernissen angepaßt werden.

Als ethische Grundsätze islamgemäßen Wirtschaftens werden die Prinzipien der Nichtschädigung und des Altruismus aufgeführt und die Gottgefälligkeit wohlätigen Handelns hervorgehoben. Zwar werden egoistische Besitzgier und Verschwendung verurteilt, doch wird das Streben nach materiellem Wohlergehen ausdrücklich bejaht. Privateigentum wird, mit wenigen Ausnahmen, als Grundpfeiler einer islamischen Wirtschaftsordnung angesehen. Grundsätzlich befürwortet der Islam auch freien Wettbewerb; die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sollen gering gehalten werden.

Eine Vielfalt "islamischer" Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen

Eigentümer und Leiter zahlreicher Produktions- und Dienstleistungsunternehmen versuchen

nach islamischen Grundsätzen zu wirtschaften. Sie sind häufig religiös motiviert, andere stehen Gruppierungen des politischen Islam nahe, zum Teil handelt es sich dabei auch um Trittbrettfahrer, die mit einem islamischen "Image" an einem bedeutenden Marktsegment partizipieren möchten. Neben diesem gewinnorientierten islamischen Unternehmenssektor entwickelte sich ein weitverzweigter islamischer Sozialbereich, der auf der zakât und anderen wohltätigen Spendenzahlungen beruht. In vielen Ländern leistet er eine notwendige und unverzichtbare Arbeit, die dazu beiträgt, die Verelendung weiter Bevölkerungsschichten im Rahmen von Privatisierung und Liberalisierung zu lindern.

Am meisten Aufmerksamkeit haben jedoch die Islamischen Banken auf sich gezogen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gab es, vor allem in Ägypten und in Pakistan, einzelne Versuche, Sparkassen und Kleinbanken auf zinsfreier Grundlage zu führen; diese Vorhaben sind, zum Teil aus politischen Gründen, allesamt gescheitert. Erst seit etwa Mitte der 1970er Jahre entstand auf Grundlage des Zinsverbots ein zunehmend expandierendes islamisches Bankwesen, in der Anfangsphase nicht zuletzt begünstigt durch den explosionsartig gewachsenen Zufluß von Petrodollars. Einige Staaten, wie der Iran, Pakistan und der Sudan, haben ihr Finanzwesen, zumindest formal, gänzlich auf islamische Prinzipien umgestellt. In der überwiegenden Mehrheit der islamischen Staaten stehen die Islamischen Banken jedoch in Konkurrenz zu konventionellen Finanzinstitutionen, die mit Zinsen arbeiten.

Islamische Finanzinstitutionen existieren auch an internationalen Bankplätzen, wie Genf oder London. Zudem haben zahlreiche konventionelle Banken – in mehrheitlich islamischen Ländern wie auch im Westen – gesonderte Zweigstellen oder Abteilungen eingerichtet, die islamkonforme Bankgeschäfte tätigen. Jüngeren Datums sind Islamische Investmentfonds, die ebenfalls streng auf die Reinheit ihrer Kapitalanlagen (z.B. keine Geschäfte mit Zins, Unzucht, Alkohol, Tabak) achten. Dieser islamische Finanzsektor hat in einigen Ländern erhebliche Marktanteile erringen können. So umfaßten Ersparnisse bei Islamischen Banken und Zweigstellen in Ägypten in

den 1990er Jahren ca. 10-15% aller Bankeinlagen; auf der anderen Seite vergaben islamische Finanzinstitutionen etwa 8% aller ägyptischen Bankfinanzierungen. Insgesamt kann man heute von weit über 200 islamischen Finanzeinrichtungen in fast 70 Ländern, vor allem in der arabischen Welt und in Südostasien, ausgehen.

Die Umsetzung islamischer Wirtschaftsprinzipien

Um der Zinslosigkeit gerecht zu werden, bieten Islamische Banken unter anderem folgende charakteristische Finanzierungsformen an:

- Zinslose qard hasan-Darlehen entsprechen am augenfälligsten dem Zinsverbot und werden anstelle kurzfristiger Überziehungskredite oder für Konsumentenkredite vergeben. In der Praxis werden sie jedoch nur in Einzelfällen eingesetzt.
- Bei der mudâra finanziert die Bank ein Investitionsvorhaben; der Kreditnehmer trägt seine Arbeitsleistung in Form des Managements bei. Vorbild ist die Ausrüstung von Handelskarawanen durch reiche städtische Kaufleute in früherer Zeit. Der Gewinn wird wie vereinbart zwischen den Vertragspartnern geteilt; Verlustrisiken trägt allein der Kapitalgeber. Zwar wird die mudâra als wichtigste Form der Erfolgsbeteiligung angesehen, doch wird auch sie eher selten, z.B. für die Existenzgründung kleiner Handwerker oder die Finanzierung größerer Importgeschäfte, verwendet.
- Die Geschäftspartnerschaft der mushâraka ist schon häufiger anzutreffen. Bank und Unternehmer finanzieren hier gemeinsam ein bestimmtes Projekt oder einen Betrieb. Gewinne werden meist ebenfalls nach vorhergehender Vereinbarung geteilt, Verluste entsprechend den jeweiligen Kapitalanteilen.
- In der Praxis ist die murâbaha die häufigste, da am einfachsten anwendbare Geschäftsform mit dem geringsten Risiko; sie dient vor allem der kurzfristigen Handelsfinanzierung. Die Bank erwirbt für einen Kunden bestimmte Güter und verkauft sie ihm zuzüglich eines Aufschlags weiter. Diese Vertragsform ist jedoch unter den Rechtsgelehrten umstritten, da sie eine Umgehung des Zinsverbots ermöglicht, und sollte eigentlich nur in engem Rahmen eingesetzt werden.

Einleger können ihre Ersparnisse als ertragslose Sichteinlagen bei der Bank anlegen. Vergütete Sparformen beruhen ebenfalls auf dem Prinzip der Gewinn- und Verlustbeteiligung, dergestalt daß die Sparer einen Anteil am Jahresergebnis ihrer Bank zugewiesen erhalten. Dieser wird in der Regel entsprechend dem Verhältnis von Einlagen- zu Eigenkapital und der Anlagedauer der Ersparnisse bestimmt. Oft sind auch Anlagen in spezielle Investmentkonten oder -zertifikate möglich, die der Finanzierung bestimmter Vorhaben dienen und je nach Erfolg des jeweiligen Projekts vergütet werden.

Manche Beobachter interpretieren bereits Finanzierungsformen wie die *mudāraba* oder die *mushāraka* als illegitime Umgehung des Zinsverbotes, verkennen dabei jedoch die wesentlich andere Form der Kapitalentlohnung im Rahmen einer stärker risikobehafteten Gewinn- und Verlustbeteiligung. Damit alle Aktivitäten konform mit islamischem Recht geschehen, überprüft in den meisten Banken eine religiöser Beirat kontinuierlich ihre Geschäftstätigkeit. Kritik wird denn auch weniger aus Gründen mangelnder Islamkonformität laut. Zu kämpfen haben die Banken vor allem mit einigen Grundproblemen der islamischen Finanzierung; die meisten Vorwürfe betreffen hingegen Tatbestände, die mehr Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes sind, in dem sie agieren und mit dessen strukturellen Mängeln sie ebenso zu kämpfen haben wie andere Banken. Zu den Kritikpunkten und Problemen zählen unter anderem: die unbefriedigende wirtschaftliche Effizienz; die meist unzureichende Orientierung auf Kleinsparer und -investoren; Konflikte zwischen Einlegern und Kapitaleignern um die Verteilung der Gewinne bei sinkenden Erträgen; und die Überliquidität, die aus der geringen Umwandlung der hohen Einlagen in Finanzierungen – in einer oft investitionsunfreundlichen Umgebung – herrührt. Besonders hervorgehoben wird die Gefahr, im Rahmen der Investitionsfinanzierung schlechte Risiken anzuziehen und Anreize zur Unterschlagung von Gewinnen seitens der Kunden zu bieten; um dies weitgehend zu unterbinden, sei ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die enge Betreuung und Kontrolle der finanzierten Projekte vonnöten.

Viele Islamische Banken unterhalten einen *zakât*-Fonds, der meist nicht nur Spenden aus der Bevölkerung sammelt, sondern auch die fällige Abgabe auf die Bankgewinne und – nach vorheriger Vereinbarung – auf die Erträge der Sparkonten ihrer Kunden. Verwendet werden die Einnahmen für vielfältige soziale und religiöse Zwecke wie Sach- und Geldleistungen für Arme, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen oder *Qur'an*-Rezitationswettbewerbe.

Motive und Verhaltensweisen der Bankkunden

Vorbehalte gegen Zinsen zeigten sich bei vielen religiösen Sparern schon seit der Gründung der ersten Banken nach westlichem Vorbild im 19. Jahrhundert. Sie konnten lediglich die Annahme der Zinseinkünfte verweigern oder sie für wohltätige Zwecke spenden. Inzwischen bieten Islamische Finanzinstitutionen Möglichkeiten, in islamkonformer Weise Vergütungen für Ersparnisse zu erzielen. In Umfragen nannte so auch die übergroße Mehrheit der Einleger in Islamischen Banken Ägyptens die religiöse Orientierung dieser Einrichtungen als die hauptsächlichste Motivation, dort ihre Ersparnisse zu deponieren. Dennoch können vor allem die überdurchschnittlichen Einlagenvergütungen in der Anfangszeit den großen Mobilisierungserfolg der Banken erklären. Nachdem Ende der 1980er Jahre die Ertragsausschüttungen der Islamischen Banken unter die Zinserträge bei konventionellen Banken gesunken waren, gaben immer noch die meisten derjenigen, die sich dessen bewußt waren, an, wegen des Zinsverbots weiterhin ihre Ersparnisse dort zu halten; doch zugleich stockte der Zufluß neuer Einlagen.

Bei der Kreditvergabe scheint die religiöse Motivation der Kunden, darunter viele städtische und "moderne" Betriebe, eine sehr viel geringere Rolle zu spielen als auf der Einlagen-seite. Für sie sind die auf sie zugeschnittenen Leistungen der Islamischen Banken der wichtigste Grund, um dort Darlehen aufzunehmen. Zinsvermeidung als Motiv ist vor allem für explizit "islamische" Unternehmen, für informelle Kleinstbetriebe und auf dem Land von Bedeutung.

Islamisches Wirtschaften zwischen Markt und Moral

Um bestimmte Verhaltensweisen zu legitimieren, insbesondere aber um Gewinnstreben, Verdrängungskampf und monopolistische Tendenzen zu zügeln, bedarf jegliches Wirtschaften außerökonomisch fundierter Verhaltensbeschränkungen und eines mehr oder minder weiten Ordnungsrahmens. So wurde in Deutschland das Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" entwickelt, über dessen konkrete Ausgestaltung immer wieder erneut debattiert wird. Islamisches Wirtschaften und insbesondere das im Mittelpunkt stehende "Islamic Banking" sind ebenso Beispiele für weltweit anzufindendes "ethisches Wirtschaften". Mit dem Ziel, politisch und ökologisch nachhaltig zu wirtschaften, entstanden seit den 1980er Jahren "Öko-Banken", die in vielem islamischen Finanzeinrichtungen vergleichbar sind: Streit gibt es um die Frage, wie hehre Prinzipien in die Praxis umzusetzen sind und welche Wirtschafts- und Finanzaktivitäten noch als "ethisch korrekt" eingestuft werden können. Mißerfolge einzelner Einrichtungen beeinträchtigen das Bild des gesamten Sektors in der Öffentlichkeit. Islamische wie ökologische Banken stehen in Konkurrenz zu "konventionell" wirtschaftenden Einrichtungen und bleiben in der Regel ein zahlenmäßig begrenztes Phänomen.

Die Auseinandersetzung um die Rolle von Staat, Normen und Werten hat in jüngerer Zeit mit der fortschreitenden Globalisierung und Liberalisierung der Märkte erneut zugenommen. Zugleich wird in vielen Teilen der Welt eine schleichende Ökonomisierung und Verwestlichung vieler Lebensbereiche wahrgenommen. So wird für eine große Zahl von Menschen die Suche oder gar die "Bewahrung" einer "eigenen Identität" zur Aufgabe. Islamische Wirtschaftsprinzipien können dazu beitragen, eine Brücke von (vermeintlicher) Tradition zur (vielgestaltigen) Moderne zu schlagen. Indem sie historische Elemente aufnehmen und heutigen Anforderungen anpassen, versuchen sie einerseits,

den Motiven religiös und traditional eingestellter Bevölkerungsschichten Genüge zu tun. Andererseits tragen sie dazu bei, das Prinzip der Kapitalvergütung in Form der Gewinnbeteiligung auch diesen gegenüber zu legitimieren. Daneben können sie helfen, durch staatsbürokratische Eingriffe unflexibel gewordene Strukturen – wie die in Ägypten bis Anfang der 1990er Jahre vorgeschriebenen, unattraktiven Zinsobergrenzen – aufzubrechen. Somit ist das Konzept einer islamischen Wirtschaft am besten als Ausdruck für das Streben nach einer grundsätzlich freien, zugleich aber auch sozial verantwortlichen Marktwirtschaft zu verstehen. "Fehltritte", wie sie Spekulanten und Trittbrettfahrer zu verantworten haben, sind auf diesem Weg nicht zu vermeiden. Problematisch ist vielmehr die in vielen islamischen Ländern fehlende breite Debatte über Sinn und Akzeptanz islamischer Wirtschaftsprinzipien. Gerade in Konkurrenz zu konventionellen Institutionen und anderen Vorstellungen können und müssen die islamischen Einrichtungen ihre moralische und ökonomische Attraktivität immer wieder unter Beweis stellen.

Weiterführende Literatur

- Michel Galloux: Finance islamique et pouvoir politique, Le cas de l'Égypte moderne, Presses Universitaires de France, Paris 1997.
- Noha El Mikawy: Contemporary Islamic Economic Thought in Egypt: Should it be taken seriously?, Diskussionspapiere Nr. 87, Freie Universität Berlin, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2002.
- Volker Nienhaus: Islam und moderne Wirtschaft, Einführung in Positionen, Probleme und Perspektiven, Verlag Styria, Graz, Wien, Köln 1982.
- Ibrahim Warde: Islamic Finance in the Global Economy, Edinburgh University Press, Edinburgh 2000.
- Steffen Wippel: Gott, Geld und Staat, Aufstieg und Niedergang der Islamischen Investmentgesellschaften in Ägypten im Spannungsfeld von Ökonomie, Politik und Religion, LIT-Verlag, Hamburg, Münster 1994.
- : Islam als "Corporate Identity" von Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen, Eine Fallstudie aus Ägypten, Diskussionspapiere Nr. 38, Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Das Arabische Buch, Berlin 1995.
- : Islamische Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen in Ägypten zwischen Markt und Moral, LIT-Verlag, Hamburg, Münster 1997.

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie ist über die Jahre ein sehr renommiertes Institut geworden und genießt heute in der Nachhaltigkeitsdiskussion einen weltweit hervorragenden Ruf als ökologischer Think Tank. Grund genug, die Publikationen des Instituts näher unter die Lupe zu nehmen. Im folgenden werden zwei Veröffentlichungen des Wuppertal-Instituts zum Thema 'Wohlstand' besprochen:

**Peter Bartelmus (Hrsg.)
Wohlstand entschleiern**

Stuttgart: S. Hirzel Verlag, 2001. 144 Seiten.

Die von Peter Bartelmus herausgegebene Aufsatzsammlung ist eine wissenschaftliche Analyse und Diskussion über eine geeignete Messung von Wohlstand durch die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) sowie durch alternative (Nachhaltigkeits)Indikatoren. Dabei geht es weniger um ein Ökosozialprodukt, sondern um eine ganzheitlichere Messung der Größe 'Wohlstand' durch geeignete Indikatoren. Zu recht deutet Bartelmus darauf hin, dass die gegenwärtigen "Hauptdeterminanten des Wohlstands, Vermögen und Einkommen, nur bedingt glücklich machen" (S. 20). Anstatt des quantitativen Wachstums wird auf den breiteren Begriff der "gesellschaftlichen Entwicklung" (S. 20) hingewiesen, der für eine solche Messung geeigneter wäre, da er die für die gesellschaftliche Wohlfahrt bedeutenden sozialen, kulturellen und politischen Zustände berücksichtige. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Aussage von Arno Gahrman in seinem Beitrag: "Als Betriebswirt wundere ich mich, wie über Pfennigbeträge, Prozente und die eine oder andere Abgrenzung diskutiert wird, aber nicht darüber, ob der betriebswirtschaftliche Kostenbegriff überhaupt geeignet ist, Zukunftsfähigkeit zu messen. Im Kern geht es mir darum, dass die Kosten im betriebswirtschaftlichen Sinne grundsätzlich immer nur eine aktuelle materielle Situation unter ebenfalls monetärer Einschätzung reflektieren, nicht aber eine zukünftige Entwicklung" (S. 44). Insofern fehle einer grünen VGR

die Aussagefähigkeit bezüglich der zukünftigen Entwicklung.

Die Messung der gesellschaftlichen Entwicklung, so der Tenor, müsse mittels mehrerer Indikatoren erfolgen. Allerdings solle die Anzahl dieser Indikatoren auf eine überschaubare Zahl beschränkt bleiben, damit sie überhaupt politisch relevant würden (Vgl. S. 59), und sie müssen so gewählt sein, "dass sie dem Durchschnittsbürger [...] plausibel sind." (S. 59).

Neben der Diskussion um Indikatoren der Nachhaltigkeit klingt bei einigen Autoren eine Thematik an, die in der Ökologischen Ökonomik noch weit unterbewertet wird, und zwar die Relevanz des Shareholder Value für die Durchsetzung eines konsequenten Umweltmanagements in den Unternehmen. So muss nach Wolfgang Brühl beispielsweise geklärt werden, "ob ein Begriff wie Shareholder Value im kurzfristbetonten (amerikanischen) Sinne oder im langfristigen (deutschen) Sinne verstanden wird" (S. 72). Aus dem langfristigen Verständnis des Begriffs ergäbe sich eine durchaus effektive Möglichkeit für eine Ökologisierung der Unternehmenspolitik, die sich weniger am Substanzwert eines Unternehmens, sondern am zukünftigen Ertragswert misst, welcher wiederum von ökologischen Kriterien nicht ganz unabhängig ist. So sieht beispielsweise Arno Gahrman bei den US-amerikanischen Pensionsfonds eine solche Langfrist-Orientierung des Shareholder Value, da diese "dafür Sorge tragen müssen, dass ihre Anteilseigner in zwanzig Jahren davon leben können" (S. 104). Aus diesem Grunde müssten Geldanlagen, die den Shareholder Value reflektieren sollen, entsprechende zukunftsgerichtete Werte enthalten.

"Wohlstand entschleiern" ist ein interessantes und lehrreiches Buch über die Möglichkeiten alternativer Wohlstandsmessung, verbleibt allerdings über weite Strecken auf einem recht allgemeinen Niveau, weswegen es aber auch gut lesbar ist. Insgesamt bietet es zahlreiche Anregungen, letztlich aber wenig wirklich Neues bezüglich einer nachhaltigen Wohlstandsmessung.

**Christian Boeser, Thomas Schörner,
Dirk Wolters (Hrsg.)
Kinder des Wohlstands**

Frankfurt am Main: Verlag für Akademische Schriften, 2000.
260 Seiten.

Bemerkenswert an diesem Buch ist seine weit über die ökonomische Diskussion hinausgreifende Thematisierung des Begriffs Wohlstand (bzw. Lebensqualität), das in zahlreichen Einzelaufsätzen die Möglichkeiten eines "guten Lebens" jenseits des orthodoxen Wohlstandsbegriffs umreißt.

Im ersten Teil wird eine Art Bestandsaufnahme gegeben, worin drei große "Mythen der Moderne" beschrieben werden: Zum Ersten der Glaube daran, dass das Umweltproblem mit technischen Mitteln allein beseitigt werden könne, zum Zweiten der Glaube, die Probleme der Dritten Welt tangierten uns (die westliche Welt) nicht, und drittens der Glaube an die Möglichkeit der Vollbeschäftigung bzw. an das "Sinnstiftungsmonopol der Erwerbsarbeit" (S. 31).

Auf dieser Bestandsaufnahme aufbauend werden im zweiten Teil in zahlreichen Aufsätzen junger Wissenschaftler einzelne Aspekte einer "neuen Lebensqualität" diskutiert, so z.B. im Beitrag von Ralf Gallup über die "Psychologie des Glücks". Nach Gallup gehören zur Lebensqualität ein aktives Sozialleben, das Erleben der eigenen Sinnhaftigkeit, Gesundheit, eine ausreichende materielle Lebensgrundlage sowie bestimmte Kompetenzen im Umgang mit der Außenwelt oder mit anderen Menschen (vgl. S. 133). Es verwundert somit nicht, wenn die Forschung feststellt, dass "Menschen in objektiv schlechteren Lebensumständen zufriedener oder zumindest ebenso zufrieden oder glücklich sein können wie Menschen, denen es gemessen an äußeren Faktoren, deutlich besser geht" (S. 134).

Weitere Aufsätze beschäftigen sich beispielsweise mit den Themen Bürgerarbeit, nachhaltige Medizin, postmodernen Familienformen und anderen, die in Schlagworten kaum zu fassen sind, so z.B.: "Reich durch die Begegnung mit anderen" oder "Gesundes Leben, erfüllte Arbeit, faires Teilen".

In den einzelnen Beiträgen wird überdeutlich, dass Wohlstand bzw. Lebensqualität nur be-

dingt durch quantitative Maße wie das Brutto-sozialprodukt ausgedrückt werden kann, da sich Lebensqualität – wie der Begriff bereits impliziert – in qualitativen Größen äußert. Insofern verfolgt die heutige Wirtschaftspolitik immer noch hauptsächlich ein Konzept der "Lebensquantität".

"Kinder des Wohlstands" ist ein erfrischend kritisches und konstruktives Buch und seine Lektüre selbst trägt sicherlich auch ein Stück weit zur Lebensqualität bei.

Thomas Lang

**Bernd Senf
Die blinden Flecken der Ökonomie –
Wirtschaftstheorien in der Krise**

München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2001. 303 Seiten.

Mit seinem neuen Buch leistet Bernd Senf eigentlich zweierlei: Zum einen liefert er einen umfassenden Überblick über die wesentlichen und prägenden ökonomischen Denkschulen, der bewusst laienverständlich gehalten ist – vielleicht sein größtes Verdienst – und der auch vor den Tabuthemen Karl Marx und Silvio Gesell nicht halt macht. Unabhängig von persönlicher Motivation und weltanschaulicher Provenienz kann sich so auch der akademisch wenig oder nicht Vorbelastete einen Überblick darüber verschaffen, worum es in der Ökonomie und den entsprechenden Diskussionen eigentlich geht. Und er weiß dann auch, dass es nicht angeht, dass er als "Nichtwissender" mundtot gemacht und ignoriert und über seinen Kopf entschieden wird. Zum anderen unterwirft Senf ausnahmslos alle Schulen einer strengen Kritik, prüft und bewertet sie unter Zugrundelegung von Kriterien insbesondere der Ökologie, der Verteilungsgerechtigkeit, der Geschlechterfrage, der Realitätsnähe sowie der Zukunftsfähigkeit. So findet er eben zu den "blinden Flecken der Ökonomie", die sich wie ein roter Faden durch das Buch ziehen. Obwohl die Flecken in Anzahl wie Bedeutung durchaus nicht gleichverteilt sind, gibt es doch auch keine Denkrichtung, die verschont bleibt. Dem Autor ist auch weniger daran gelegen, im Sinne von "gut" oder "schlecht" zu polarisieren und einzuteilen, sondern im besten Sinne integrativ zu wirken; d.h. im Sinne eines "von jedem

das Beste" eine Weiter- bzw. Höherentwicklung ökonomischer Theorie anzugehen.

Senf beginnt in chronologischer Abfolge zunächst mit der ältesten Schule, der Feudalismus-Legitimations-Ökonomie der Physiokraten (F. Quesnay), der er immerhin zubilligen kann, dass sie – im Gegensatz zu späteren Theorien – die Natur als Produktivkraft erkannt hat, welche insoweit auch zu schützen und deren Reproduktionsfähigkeit zu gewährleisten ist. Es folgt die Klassik (Adam Smith und Jean B. Say), die nunmehr dem Boden, dem Kapital, dem – vorgeschossenen – Geldkapital, aber eben auch der Arbeit Produktivkraft zuerkennt. Die blinden Flecken sieht Senf in der – von der Klassik nicht gesehenen, aber durch die Teilung der Arbeit bedingten – Entfremdung (von der Arbeit, vom Produkt, aber auch der Menschen voneinander und von sich selbst), in den durch die Planungsprozesse entstehenden Hierarchien, Dominanzen, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen, in der ungleichen Verteilung des Gesamtproduktes, auch auf der Makro-Ebene des internationalen Austausches der Güter.

Der – historische wie im Buch – Nachfolger ist Karl Marx und seine Theorie. Er übernimmt einige Elemente der Klassik, insbesondere die Arbeitswertlehre und entwickelt diese weiter zur Mehrwerttheorie, stellt die klassische Schule aber ansonsten auf den Kopf (oder auf die Füße; je nachdem). Im Buch findet sich ein überschaubarer und nachvollziehbarer Überblick über die Marx'sche Theorie, der die wesentlichen Zusammenhänge veranschaulicht und auch wieder die Augen für die blinden Flecken öffnet; allen voran für den monetären: Marx übernimmt von der Klassik die Geldvorstellung eines vollkommenen und neutralen Tauschäquivalentes. Damit bleibt ihm der Blick für die besondere – und überlegene – Rolle des Geldes sowie für Prozesse, die ihren Ursprung in der monetären Sphäre haben und auf die reale Sphäre (die der Güter und Dienstleistungen) ausstrahlen, verschlossen. Senf erwähnt in dem Zusammenhang auch die defizitäre Analyse von Inflation und Deflation während der Weltwirtschaftskrise durch den Marxismus. Angesprochen wird auch der ökologische blinde Fleck, denn die Natur als Produktivkraft

war bereits bei den Klassikern wieder verschwunden und auch bei Marx nicht wieder aufgetaucht. Zwar finden sich bei ihm auch Ausführungen über den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Naturzerstörung, nicht aber im Rahmen seiner Mehrwerttheorie. Unter den Reproduktionskosten der Arbeit werden zwar auch diejenigen der Familien einschließlich der Kinder und der Frauen subsumiert, aber die besondere gesellschaftliche Wertschöpfung der Frauen findet bei Marx keine gesonderte Berücksichtigung und insofern verortet der Autor auch einen feministischen blinden Fleck. Mit dem massenpsychologisch blinden Fleck wird schließlich das Phänomen beschrieben, dass mit sich verschärfender Krise die Massen keineswegs ganz zwangsläufig zum revolutionären Subjekt wurden (und werden?), sondern auch schon mal – wie in Deutschland und andernorts geschehen – in das entgegengesetzte Lager abdriften können.

Es folgt ein Ausflug in die sog. Neoklassik (S. Jevons, C. Menger, L. Walras) und deren Haushalts-, Markt- und Mehrwerttheorie, die die Grundlagen der ökonomischen Orthodoxie bis zur Gegenwart bilden. Trotz der Namens-Bezugnahme finden sich wesentliche Grundlagen der Klassik, insbesondere die Wertschöpfung durch die menschliche Arbeit sowie die Arbeitswertlehre, in der Neoklassik nicht mehr. Der eigentliche Prozess der Wertschöpfung bleibt insoweit auch im Dunkeln und so beschränkt sich die Betrachtung auf die Preisbildung auf den einzelnen Märkten unter den verschiedensten Bedingungen. Krisen, die eine Theorie mit Anspruch auf Vollständigkeit eigentlich erklären können sollte, werden externalisiert und Störgrößen genannt. Ansonsten ist alles im Gleichgewicht bzw. tendiert langfristig dorthin. Obzwar die frühe Neoklassik eine Zeitgenossin des Marxismus war, hat sie sich nie an eine inhaltliche Auseinandersetzung mit selbigem gewagt. Statt dessen wurde jedenfalls versucht, ihn totzuschweigen und vermittels einer gewaltigen Mathematisierung wissenschaftliche Exaktheit vorgeschützt, ohne die Grundannahmen und Prämissen der Theorie bzw. ihrer Teile jemals einer wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen zu haben. Das holte dann erst 100 Jahre später Reinhard

Selten nach, der als erster Deutscher 1994 den Nobelpreis für Ökonomie erhielt; im Wesentlichen für den Nachweis, dass die neoklassischen Grundannahmen jeder Grundlage entbehren (steht zwar nicht im Buch, ist und wäre aber in diesem Zusammenhang interessant zu erfahren). Allein der sattsam bekannte "homo oeconomicus", der vollständig bewusste, informierte und allzeit rationale Konsument mit seinem individuellen Präferenzsystem, tragende Säule des Theoriegebäudes, erweist sich als pures Hirngespinnst. Entsprechend wird von Senf auch insbesondere die "emotionale Blindheit" der Neoklassik thematisiert, ansonsten aber das gesamte Gebäude als ein einziger großer blinder Fleck rezipiert und folgerichtig zum Einsturz gebracht (bildhafte Darstellung zu bestaunen auf S. 149).

Der Bewohner einer der "wenigen Nischen, in denen abweichendes Denken und Verhalten sozusagen als Narrenfreiheit noch geduldet wird" (S. 8), stellt nun Silvio Gesell und die Freihandelslehre in eine Reihe mit den anderen genannten Schulen. Er kommt zunächst auf Gesells Kritik an Marx zu sprechen (monetäre Blindheit; s.o.) sowie auf die von Gesell ins Visier genommene Golddeckung der Währung und stellt fest, dass die Welt jedenfalls diesbezüglich bereits zu besserer Einsicht gelangt ist; alle nationalen Währungen wurden nach dem 2. Weltkrieg vom Gold gelöst. Derartige Einsichten stehen allerdings im Hinblick auf die von Gesell in erster Linie thematisierte Problematik des Zinssystems noch aus. Unter Bezugnahme auf Gesell – und in Anlehnung an sein Buch "Der Nebel um das Geld" (Gauke, 6. Aufl. 2001) – diskutiert Senf den Zins als Ursache und/oder Verstärker der fünf Krisen von Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Staat und Dritter Welt und arbeitet als Grundproblem die Parallelität der Geldfunktionen Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Spekulationsmittel heraus (und nennt dies "monetäre Kernspaltung"; S. 183). Er spricht die Ächtung des Zinses im Christentum an, mögliche Problemlösungen und den Modellversuch Wörgl. Aber auch die Freihandelslehre – so konstatiert er – hat einen blinden Fleck; den gegenüber der Natur: Zwar würde eine freiwirtschaftliche Reform dem zinsinduzierten Wachstumszwang Einhalt gebieten, aber der Teufel der

Naturzerstörung stecke in den einzelwirtschaftlichen Grundbegriffen; insbesondere in dem Umstand, dass die notwendige Reproduktion der Natur keine Berücksichtigung in der einzelwirtschaftlichen Kostenrechnung findet. Des Weiteren kritisiert Senf, dass Gesell – gemeinsam mit der Neoklassik – die Arbeitswertlehre (der Klassik wie des Marxismus) unberücksichtigt lässt und sich dadurch ein tieferes Verständnis von Wertentstehung und Wertschöpfung verbaut. U.a. deshalb bedauert er eine beiderseitige dogmatische Erstarrung von Freihandelslehre und Marxismus und plädiert für mehr Dialog.

Der nächste in der Reihe ist nun John Maynard Keynes, der die systemimmanente Krisenanfälligkeit des Kapitalismus nicht mehr in Abrede stellt, aber eine Revolution für überflüssig, staatliche Interventionen hingegen für notwendig und unerlässlich hält. Die Keynes'schen Konsum-, Spar-, Investitions-, Liquiditätspräferenz- und Beschäftigungstheorien werden erläutert, wichtige Zusammenhänge wie die allgemeine Tendenz zur Nachfragerückgang und der durch Ungleichverteilung induzierte Nachfrageausfall dargestellt. Bezüge sowohl zu Marx (sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und tendenzieller Fall der Profitrate) als auch zu Gesell (Liquiditätspräferenz und Tendenz zum Horten) werden aufgezeigt und schließlich Keynes eigenes Gesell-Lob und das "Gesell-Kapitel" in der "General Theory" angesprochen. Neben der Stärkung der Konsumnachfrage durch entsprechende Einkommens- und Sozialpolitik forderte Keynes eine weitere Nachfragestärkung durch entsprechende Geld- (niedrige Zinsen) und Fiskalpolitik (staatliche Investitionen). Insbesondere bei den beiden letzteren handelt es sich um Maßnahmen, die zumindest die Gefahr einer Inflation in sich bergen. Gemäß der Theorie sollten den genannten expansiv wirkenden Maßnahmen in Zeiten der Hochkonjunktur auch wieder kontraktiv wirkende entgegengesetzt werden (höhere Steuern und höhere Zinsen). Die Erfahrung zeigte jedoch, dass diese in demokratisch verfassten Staaten aufgrund ihrer Unpopularität (und dem Bedürfnis der Regierenden, wiedergewählt zu werden) kaum bzw. nicht in ausreichendem Maße durchsetzbar sind. Neben der Inflation ist deshalb die zweite Langfristwirkung – bei unver-

änderter Geldverfassung, also Beibehaltung des Zinssystems – eine hohe und immer höher werdende Staatsverschuldung, von der letztlich die Geldvermögensbesitzer am meisten profitieren. Diese Gefahren nicht zu sehen bzw. nicht gesehen zu haben, sind für Senf die blinden Flecken des Keynesianismus.

Entsprechend wird ihm auch eine bedeutende Mitverantwortung für das erneute Erstarken der Neoklassik bzw. für das Erlühen des Monetarismus (Milton Friedman) seit Beginn der 1980er Jahre angelastet. Friedman ist der Meinung, dass antizyklische Fiskalpolitik viel zu spät wirkt und dadurch sogar die Gefahr besteht, dass Konjunkturschwankungen eher verstärkt statt abgeschwächt werden. Fundamentale Kreislaufstörungen des Kapitalismus müsse es dann nicht geben, wenn der Staat für konstante monetäre Rahmenbedingungen sorgt und die Geldmenge mit einer gleichbleibenden – und mit dem Wachstum der Realsphäre korrespondierenden – Wachstumsrate sich entwickeln lässt. Ansonsten ist das System nicht weiter problematisch und deshalb Enthaltensamkeit des Staates, ja sogar Rück- und Abbau desselben angesagt. Der Staat soll – genau wie die privaten Unternehmen – vor allem seine Kosten senken bzw. unter Kontrolle halten. Das ist auch der – theoretische – Hintergrund für alle Privatisierungen und Diskussionen um leere Kassen und Sparzwänge, für die sog. Deregulierungen, Flexibilisierungen und Liberalisierungen auch und gerade im Zusammenhang mit der Globalisierung, für die Senkung der Reallöhne (bzw. den geringeren Anteil am Produktivitätszuwachs), für die Arbeitslosigkeit, für die Schwäche der Gewerkschaften, für die Verschärfung der sozialen Gegensätze.

Abgerundet wird deshalb der in jeder Hinsicht empfehlenswerte Band mit einem Überblick globalisierungskritischer Literatur und Besprechungen von: James Goldsmith "Die Falle", Jeremy Rifkin "Das Ende der Arbeit", Hans-Peter Martin und Harald Schuhmann "Die Globalisierungsfalle", Maria Mies und Claudia von Werlhof "Lizenz zum Plündern – Das multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI)", Viviane Forrester "Der Terror der Ökonomie", George Soros "Die Krise des globalen Kapitalismus".

Thomas Betz

31. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Sind Ideologien am Ende? – Von der Geschichte, dem Scheitern und der Zukunft politischer Ideen und Maxime

Samstag / Sonntag, 23. / 24. März 2002,
Werratal-Hotels, Hannoversch Münden, Ortsteil Laubach

SAMSTAG, 23. MÄRZ 2002

- 9.30 Uhr **Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema**
Ekkehard Lindner, Tagungsleiter
- 9.45 Uhr **Kritik der Ideologie der IdeologieKritik**
Jörg Gude, Dipl. Vw.Ass.jur, Steinfurt
- 11.15 Uhr **Ideologie und Politik - Ist die Freiwirtschaftslehre politisch durchsetzbar?**
Wolfram Triebler, Dipl.-Kfm., 1. Vors. der Humanwirtschaftspartei (vorm. FSU), Dortmund.
- 12.45 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Fundamentalismus als Triebfeder politischen Handelns**
Christian Böttcher, Dipl.-Politologe, Dortmund
- 16.15 Uhr Kaffeepause
- 17.00 Uhr **Noch Spielräume für Dritte Wege? Zum theoretischen Beitrag neuerer Forschungsansätze zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft**
Prof. Dr. Roland Sturm, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg.
- 19.00 Uhr Ende der Samstagtagung

SONNTAG, 28. OKTOBER 2001

- 9.30 Uhr **Der Marxismus als klassische Ideologie und Deutschland im Spannungsfeld konträrer Wertsysteme**
Günter Bartsch, Publizist, Steyerberg
- Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern**
Leitung: Prof. Dr. Dirk Löhr, 1. Vors. der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Mannheim
- 12.00 Uhr Ende der Tagung

– Änderungen vorbehalten! –

Buch- und Schriftenpräsentation allein durch den Veranstalter bzw. nach Rücksprache mit diesem. Anmeldung nicht erforderlich. Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. – Einladung ggf. anfordern von: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Postfach 1550, D-37145 Northeim | Fon & Fax 05503-3205 (E. Lindner). E-Mail: sowi.lindner@freenet.de

Thomas Huth
Die Goldene Regel als
Wettbewerbsgleichgewicht –
Ein Versuch über Keynes

Berlin: Duncker & Humblot, 2001. 207 Seiten.

Das Buch von Thomas Huth ist, soviel sei hier schon vorweg genommen, ein Highlight unter den Neuerscheinungen zum Thema Geld und Kapital. Huth arbeitet die wichtigsten dogmatischen Ansätze systematisch ab. Ausgehend von der Goldenen Regel der Kapitalakkumulation (Kapitel A) thematisiert er die Theorie des Produktionsgleichgewichts (Kapitel B), analysiert sodann die neoklassischen Theorien des Wettbewerbs, der Rente und des Zinses (Kapitel C), um dann das ricardianische Gleichgewicht zu kritisieren (Kapitel D). Das Thema Wachstum, Geld und Kapital spielt dabei eine Schlüsselrolle. Huth folgt also im allgemeinen einer dynamischen Perspektive. In Kapitel E geht er von dem bislang verwendeten Einsektorenmodell ab und entwickelt seine Schlußfolgerungen auf der Grundlage eines neoklassischen Zweisektoren-Modells.

Kapitel F behandelt sodann das makroökonomische Gleichgewicht. Interessant ist hierbei Huths These, daß in einer stationären Wirtschaft die Inflationsrate so hoch wie der Geldzinssatz sein muß, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten (S. 116 ff.). Dies erinnert an die auch in Teilen der Freiwirtschaftsbewegung verbreiteten Thesen einer Geldumlaufsicherung durch "dosierte Inflation". Huth stellt auch heraus, daß die zu Hortzwecken verwendete Geldmenge durchaus begrenzt ist – anders als dies der Verlauf der Hick'schen LM-Kurve suggeriert (S. 142). Er versucht zudem den Beweis dafür zu erbringen, daß die von Gesell und Keynes erbrachte – intuitive – Behauptung zutrifft, daß Zinssatz und Wachstumsrate in einer (funktionierenden) marktwirtschaftlich-kapitalistischen Geldwirtschaft nicht unter den Mindestzinssatz absinken können, der durch die Liquiditätsprämie bestimmt wird. In Kapitel V wird der – für ökologisch interessierte Zeitgenossen – besonders interessante stationäre Zustand (Schumpeter-These) analysiert. Huth zeigt, daß bei entsprechender Geldmengenent-

wicklung die Ökonomie den stationären Zustand mit einer Nettogrenzleistungsfähigkeit von Null erreichen kann. Zinssatz, Wachstumsrate und Nettogrenzleistungsfähigkeit des Kapitals sind dann ebenfalls Null. Auch diese These wird in Teilen der Freiwirtschaftsbewegung vertreten. Huth diskutiert sodann die Gegenthesen. Dabei behauptet er interessanterweise, daß selbst dann, wenn bei einer Annäherung an den stationären Zustand die Liquiditätsprämie des Geldes immer höher werden würde, der Fall des Realzinses nicht aufgehalten werden kann (S. 151). Es gibt nämlich – so Huth – immer eine reale Geldmenge, die in jeder Periode die Realisierung eines maximalen Bruttooutputs gewährleistet (S. 150). An dieser Stelle stellt sich Huth m.E. in Gegensatz sowohl zu Keynes wie auch zu Gesell. Auch die Implikationen betreffend den Bodenwert sind diskussionswürdig: In einem stationären Zustand würde der Bodenwert nach Huth nur dann gegen unendlich gehen, wenn der nominale Geldzinssatz Null ist, und nicht schon, wenn lediglich der Realzinssatz gegen Null strebt (S. 158).

Kapitel G geht auf den Kapitalzins in der Geschichte der ökonomischen Theorien ein. Ausgehend von Johann Heinrich von Thünen diskutiert Huth die Kapitaltheorie Ricardos und Marxens. Die von Marx aufgestellte falsche These, daß niemand seinen eigenen Profit in seinen Kostpreis einrechnet, wird jedoch auch durch Wiederholung nicht richtiger (S. 175 und 180). Hier war der Praktiker Ricardo wohl näher an der wirtschaftlichen Realität als der Elfenbeinturm-Akrobat Marx (S. 175). Die auf dieser Basis gezogenen Schlüsse Huths bedürften daher auch noch einmal eingehender Beleuchtung.

Insgesamt handelt es sich um ein gleichermaßen mutiges wie scharfsinniges Werk. Huth ist ein Kenner der Materie, der sich eingehend und tief mit den verschiedenen gedanklichen Strömungen in der Geld-, Kapital- und Wachstumstheorie auseinandergesetzt hat. Speziell die Gesell-Anhänger wird erfreuen, daß Huth dem Vater der Freiwirtschaftslehre ebenfalls einen würdigen Platz einräumt, was unter den Fachökonomien selten ist. Ich möchte jedoch angesichts der gedanklichen Radikalität Zweifel an-

melden, ob das Buch in der Fachwelt ohne weiteres diejenige Aufmerksamkeit erfahren wird, die ihm gebührt (wenngleich es im Rahmen einer renommierten Reihe erschienen ist). Hinzu kommt, daß das Werk nicht so leicht zu lesen ist und selbst dem Fachmann einiges an Denkarbeit abverlangt. Ohne solide mathematische Grundkenntnisse ist auch dieser verloren. Dem in der Materie stehenden Ökonomen ist zwar die Verwendung des Formelapparates durchaus klar. Für denjenigen allerdings, der nicht mehr so tief in der Thematik steckt, wäre eine weitergehende Erläuterung der mathematischen Notationen und des verwendeten Formelapparates sicher hilfreich gewesen. Auch wäre es zu wünschen gewesen, wenn die zum Teil sehr differenzierten Schlußfolgerungen am Ende jedes Kapitels noch einmal zusammengefaßt worden wären.

Es bleibt zu hoffen, dass der Autor in diesem Sinne die eine oder andere seiner Thesen noch einmal eingehender in den einschlägigen Zeitschriften ausführt, damit die Diskussion zustande kommen kann, die dieses Werk auch verdient.

Dirk Löhr

Joachim Rau
Märkte, Mächte, Monopole – Was die
Wirtschaft im Innersten zusammenhält

Zürich: Conzett Verlag im Oesch, 2001. 359 Seiten.

Dieses Buch reiht sich ein in eine modern gewordene Form populärwissenschaftlicher Betrachtungen der Wirtschaft. Rau ist promovierter Wirtschaftsingenieur und Lehrbeauftragter an einer Universität, der dem Leser die heutige Wirtschaft nahe bringen will. In acht Kapiteln werden unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaft der Gegenwart fokussiert.

Für die Leser der Zeitschrift für Sozialökonomie, die in ihrem Grundanliegen an die geld- und bodenreformerischen Vorschläge Silvio Gesells anknüpft, ist es von Bedeutung, dass Rau im zweiten Kapitel seines Buches, welches den Prägungen des wirtschaftlichen Denkens durch große Ökonomen nachgeht, Gesell mehr als sechs Seiten widmet. Er wird als einer von neun Ideenträgern in eine Reihe mit Adam Smith, Karl Marx,

John Maynard Keynes und Milton Friedman gestellt. Das geld- und bodenreformerische Anliegen wird in dem Abschnitt "Jean Silvio Gesell – Marktwirtschaft ohne Ausbeutung" herausgearbeitet. Die Rezeption Gesells erfolgt im Bezug auf Arbeiten von Gesell, Keynes und Hahn sowie Senft und Onken. Dem Abschnitt vorangestellt ist folgendes Gesell-Zitat: "Die schönste, wirklich umstürzlerische Leistung des Freigeldes wird aber die sein, dass der Zins bald in einer Überfülle des Kapitals ersäuft. Das Freigeld wird das tausendfach verfluchte Geld nicht beseitigen, sondern es nach den richtig erkannten Bedürfnissen der Volkswirtschaft umgestalten." (zitiert nach der 5. Auflage der *Natürlichen Wirtschaftsordnung*. Potsdam und Berlin 1922, S. 255) Der Abschnitt endet wie folgt: "Keine der gängigen ökonomischen Theorien hat Geld- und Zinsproblemen wirksame Rezepte entgegensetzen. Die Renditehörigkeit wird kaum ernsthaft in Frage gestellt. Vielleicht ist die 'Natürliche Wirtschaftsordnung' deshalb heute lesenswerter als zuvor." Rau fügt noch eine Äußerung des Ökonomen Oswald Hahn an: "Gesell entwickelte geniale Konzeptionen und wurde vergessen, während die jeweiligen weniger genialen Zeitgenossen einige Generationen blendeten ..." (Oswald Hahn, In memoriam Silvio Gesell, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* Nr. 6/1980, S. 211)

Erfrischend zu lesen sind die ausgewählten Eingangszitate zu den Kapiteln und Abschnitten. Auf dem Cover bescheinigt der Verlag dem Autor Esprit und Humor. Diese werden allerdings auch an Nebensächlichkeiten deutlich – etwa wenn Rau behauptet, eine Keynes-Biografie (die von Hession) wolle den Einfluss von Keynes' Bisexualität auf dessen Ökonomie nachzeichnen, oder wenn er die These von Max Weber zum Verhältnis von Protestantismus und Kapitalismus als innerweltlicher Askese zurückführt auf die psychische Bewältigung von Webers eigener arbeitswütigen Opferrolle gegenüber der protestantischen Ethik.

Durch die Lektüre von Raus Buch können die Leser vieles über die Börse, Spekulationen, Globalisierung, ökologische Zusammenhänge und Marktversagen lernen. Als Anhang werden wirtschaftliche Stichworte als Wirtschaftswissen von

A bis Z glossarmäßig abgedruckt, ebenso eine Übersicht über die Nobelpreisträger der Ökonomie. Wo institutionelle Zusammenhänge erörtert werden, wie über regionale Wirtschaftsgemeinschaften, darunter auch die EU, fehlt allerdings der in den ersten Kapiteln spürbare Esprit. Leider fehlt ein Schlusskapitel mit einer wertenenden Zusammenfassung. Lesenswert sind auch die elf Exkurse über so unterschiedliche Themen wie "Liebe als Zweckgemeinschaft – Eine ökonomische Interpretation der Ehe" oder "George Soros – König der Spekulanten".

Jörg Gude

www.systemfehler.de

Auf dieser Homepage können die englische und die spanische Übersetzung von Silvio Gesells "Natürlicher Wirtschaftsordnung" eingesehen werden.

Wer die Möglichkeit hat, die französische Übersetzung einzuscannen, wende sich wegen weiterer Einzelheiten und der Originalvorlage bitte an: redaktion-onken@web.de.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Dipl.-Vw. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Dipl.-Vw. Thomas Lang
Friedrichstr. 19, 90408 Nürnberg

Prof. Dr. Dirk Löhr
Schliffkopfstr. 20, 61863 Mannheim

Dr. Elisio Macamo
c/o Universität Bayreuth - Entwicklungssoziologie
95440 Bayreuth

Jörg Seifert-Granzin
c/o Kinderothilfe
Düsseldorfer Landstr. 180, 47249 Duisburg

Dr. Steffen Wippel
c/o Zentrum Moderner Orient
Kirchweg 33, 14129 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Christliche, jüdische und islamische Wirtschaftsethik

Tagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 12. bis 14. April 2002. Unter der Leitung von Michael Goldbach und Prof. Dr. Hans Georg Nutzinger geht es auf dieser Tagung um das Verhältnis von Wirtschaft und Religionen in den drei großen monotheistischen Religionen. Welche Arten des Wirtschaftens sind erlaubt, welche gar erwünscht, welche verboten? Wie weit reicht das Zinsverbot des Islam? Haben Judentum und Islam in ihren jeweils eigenen Ländern andere ethische Vorgaben für das Wirtschaften als christlich geprägte Länder Europas?

Auskunft und Anmeldung:

Sekretariat der Akademie, Schlösschen Schönburg
34362 Hofgeismar | Tel.: 05671-8810
E-Mail: Ev.Akademie.Hofgeismar@ekkw.de
Internet: ekkw.de/akademie.hofgeismar/

Kultur, Staat und Wirtschaft als Entfaltungsräume des Menschen

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Boll am 13. und 14. April 2002 unter der Leitung von Eckhard Behrens, Fritz Andres und Jobst von Heynitz.

Auskunft und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars
Tel.: 07164-3573 | Fax: 07164-7034
E-Mail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

Geld und Kultur

8. CGW-/INWO-Tagung im Gästehaus des Karmelitenklosters in Birkenwerder bei Berlin mit Dr. Wolfgang Pircher: "Symbolon und Diabolon – Kulturfördernde und kulturgefährdende Wirkungen des Geldes", Dr. Karla Fohrbeck: "Die öffentliche und kommerzielle Finanzierung von Kultur", Fritz Andres: "Wie die Kultur und mit ihr die Gesellschaft durch Schenkungen gedeihen könnten", Christof Lützel: "Eine Initiative auf dem Weg – Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS)" und einem Rahmenprogramm.

Auskunft und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel.
Tel.: 04451-956480 | Fax: 04451-956481.
E-Mail: redaktion-onken@web.de